D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 31
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

6. August 1982
Preis 1,80 DM

Völkermord in Westbeirut

thm. In einem weiteren Beschluß forderte vergangene Woche der UNO-Sicherheitsrat, daß Beobachter der UNO nach Beirut gelassen werden. Israel hat dies strikt abgelehnt. Die Gründe kann man sich denken. So würde offiziell werden, daß Israel beständig die Waffenstillstandsabkommen bricht und es sich bei den beständigen Bombardements keineswegs um Antworten auf vorherige PLO-Angriffe handelt. Die beständige Beschießung Westbeiruts, wobei vergangenen Sonntag einer der größten israelischen Aktionen stattfand und jetzt mit Angriffen direkt an den Grenzen Westbeiruts begonnen wurde, um den Ring um die Stadt noch enger zu ziehen, ist Bestandteil der israelischen Taktik. Die Bevölkerung soll Schritt für Schritt aus Westbeirut herausgebombt werden, um die PLO-Kräfte reif für die Liquidierung zu machen.

Dabei unterscheidet sich das Vorgehen Israels nur formal von dem der USA im Vietnam-Krieg. Dort wurden die Dschungelgebiete mit Flächenbombardements belegt, um die Bevölkerung in die Hauptstadt zu treiben, hier wird eine permanente Bombardierung aufrechterhalten, um die Bevölkerung aus der Stadt aufs Land zu treiben.

Die Behauptung der Israelis, die

aus der Stadt aufs Land zu treiben.

Die Behauptung der Israelis, die PLO halte die Bevölkerung als Geisel, ist eine billige Erklärung der Tatsache, daß trotz dieser Taktik die Israelis, gekoppelt mit der dauernden Blockierung der Wasser- und Nahrungsmittelversorgung, die Bevölkerung im großen und ganzen bisher nicht aus der Stadt geflüchtet ist. Eine Flucht würde die Bevölkerung in das ökonomische Nichts führen und Beirut der Vernichtung durch israelische Truppen vollends preisgeben.

Sage keiner, die Israelis ständen unter erheblichem Zeitdruck. Im wesentlichen haben sie die Reservisten von Beirut zurückgezogen und durch Wehrpflichtige ersetzt, so daß eine längere Präsenz vor Beirut gewährleistet werden kann. Und Reagan hat schon mitgeteilt, daß es keine zeitliche Begrenzung für Vermittlungsversuche gebe, was zwar die israelische Regierung immer wieder behauptet, die aber bisher nie mit einem ernsthaften Ultimatum hervorgetreten ist. Spielt somit die Zeit durchaus für die politische Initiative der PLO eine Rolle, so ist es andererseits keineswegs so, daß Israel sich *militärisch* diese Zeit nicht erlauben könnte.

Derweil hat das Libanon-Komitee der Arabischen Liga, in der die Außenminister Saudi-Arabiens, Syriens, Kuweits, Algeriens und Libanons sowie der Leiter der politischen Abteilung der PLO, Kaddumi, vertreten sind, einen 6-Punkte-Plan beschlossen:

1. Der zwischen Israel und der PLO vereinbarte Waffenstillstand muß überall durchgesetzt und eingehalten werden.
2. Die PLO gibt eine Reihe von Garantieforderungen bekannt, die sie erfüllt sehen will, bevor ihre Kämpfer aus Beirut abrücken. Ferner werden Garantien für die Sicherheit der palästinensischen Flüchtlinge im Libanon gefordert. Die Regierung in Beirut erklärte sich zu einer solchen Garantie bereit.
3. Alle Parteien bemühen sich um eine Aufhebung der Belagerung Westbeiruts und einen Rückzug der israelischen Streitkräfte.
4. Die libanesische Regierung unternimmt alle ihr möglichen Schritte, um die Sicherheit der Bewohner Westbeiruts und seiner Vororte einschließlich der palästinensischen Flüchtlingslager zu garantieren.
5. Eine internationale Friedenstruppe wird zur Sicherung Beiruts und seiner Vororte stationiert.
6. Die arabischen Staaten gehen gemeinsam politisch vor, um Libanon dabei zu unterstützen, eine völlige Verwirklichung der UNO-Resolution 508 und 509 zu erreichen. (Darin waren ein Waffenstillstand und der Rückzug der Israelis aus dem Land gefordert worden).

Parallel zu diesem Beschluß hat Arafat dem libanesischen Regierungschef Wazzan mitgeteilt, rund 5000 der geschätzten 6000 PLO-Kämpfer könnten nach Ägypten, Syrien, dem Irak und Jordanien abziehen. Dem Rückzug selber müsse eine einwöchige Vorbereitungszeit vorausgehen, der Rückzug selber würde drei Wochen in Anspruch nehmen.

Israel widersetzt sich weiterhin einem solchen Abkommen, weil es weder eine politische noch eine wenn auch viel geringere militärische Präsenz der PLO im Libanon akzeptieren

auch viel geringere militärische Präsenz der PLO im Libanon akzeptieren

will.

Während sich so alle Augen auf Beirut richten, verfolgt Israel konsequent seine Politik des Aufbaus von Tatsachen zwecks Annexion. So im Südlibanon, wo die Israelis mit der Schaffung einer Infrastruktur beginnen, wobei sie zunächst vor allem auf die Stärkung der Position der christlichen Milizen achten. Vorbereitungen für ein späteres israelisches Touristenzentrum laufen. In Sidon wurde ein Büro der Fluglinie El Al eingerichtet.

In der Westbank und Gaza hat Israel nach dem Einmarsch im Libanon den Druck verstärkt, um eine Verwaltung der Kollaborateure zu etablieren. Obwohl mit dem bisherigen Verlauf des Libanon-Krieges unter der dortigen Bevölkerung neue politische Hoffnungen aufkeimen, hat doch der Einmarsch zunächst zu einer Lähmung geführt, weshalb die Demonstrationen und Streiks weitgehend gescheitert sind, einmal abgesehen von der israelischen Repression. Neben der direkten Amtsenthebung palästinensischer Bürgermeister durch die israelischen Besatzer haben die Israelis vor allem die finanziellen und wirtschaftlichen Schikanen angezogen. Mit den Militäranweisungen 973 und 974 vom 9. Juni wurde die finanzielle Isolation der sich einer Kollaboration widersetzenden Gemeinden perfektioniert. Eine wesentliche Finanzquelle für diese Gemeinden ist der palästinensisch-jordanische Unterstützungsfonds für die Westbank. Die Annahme dieser Gelder wurde von den Besatzungstruppen zwar für illegal erklärt, es fanden sich aber immer noch Umwege. Jede finanzielle Überweisung aus der jordanischen Hauptstadt Amman ist aber mit den neuen Militäranweisungen jetzt nur noch mit Genehmigung möglich. In einigen Gemeinden mußten aufgrund dieser Maßnahmen jetzt schon örtliche Projekte eingestellt werden. Die israelische Herrschaft in diesen Gebieten läuft auf eine Annexion vervollkommnet werden.



Um den IGM-Hauptvorstand vom Abriß der ehemaligen Jugendbildungsstätte „Heidehof" in Dortmund abzubringen, ketten sich drei Paten der jetzigen Besetzer des Heidehofes am Montag am IGM-Hochhaus in Frankfurt an. *Bericht a. S. 5*

Vertragsentwürfe und kein Ende

Propagandafeuer, aber kein Ergebnis bei Abrüstungsverhandlungen

gkr. Vielleicht, ja sogar wahrscheinlich, wird am Ende der Verhandlungen über die Abrüstung in Europa etwas ähnliches stehen, wie am Ende der letzten UNO-Abrüstungskonferenz: das Eingeständnis, daß nichts geht. Am 30. November 1981 begannen in Genf die Verhandlungen über eine Begrenzung der nuklearen Mittelstreckenwaffen (INF). Seit dem 20. Juli sind sie zum zweitenmal für einen längeren Zeitraum, bis 30. September, unterbrochen. Die Delegationen, so heißt es, müßten über den weiteren Verlauf mit ihren Regierungen beraten. Einstweilen sind nur gegenseitige Störmanöver zu vernehmen. US-amerikanische und in ihrem Gefolge westdeutsche Geheimdienstspezialisten beschuldigen die Sowjetunion, auch nach dem angekündigten Stationierungsmoratorium für neue SS 20-Raketen weitere Stellungen bzw. Abschußbasen ausgebaut zu haben. Der sowjetische Verteidigungsminister Ustinow beschuldigte im Gegenzug die USA, in Genf jeden Fortschritt zu blockieren und bei den Verhandlungen alleine auf Reagans „Null-Option" zu beharren, die dem Westen einen Vorteil vor allem durch seegestützte Raketen und Flugzeuge mit großer Reichweite brächten.

Umgekehrt: Der Vorschlag der Sowjetunion, die Systeme auf beiden Seiten unter Einbeziehung der französischen sowie der britischen Mittelstreckenwaffen auf 300 zu begrenzen, würden die USA zu einem fast vollständigen Abzug ihrer Nuklearwaffen mittlerer Reichweite (vor allem die Bomber) aus Europa zwingen – diese „Abkoppelung" wollen die NATO-Staaten keinesfalls hinnehmen.

Wenn bis Ende 1982 keine greifbaren Ergebnisse in Genf vorlägen, dann wolle die NATO mit der Stationierung ihrer Mittelstreckenwaffen in Europa beginnen – so hieß es. Das wäre also so gut wie sicher – falls es gegen den Widerstand durchzusetzen wäre. Allerdings kommt offensichtlich noch eine weitere Schwierigkeit hinzu: Die Pershing II ist noch nicht einsatzbereit, und auch die Marschflugkörper cruise missile weisen noch erhebliche Probleme auf. Nach den ursprünglichen Plänen sollte die Pershing II auch erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre serienreif entwickelt sein. Die beispiellose Hektik der US-amerikanischen Politik der Stärke hat auch diesen Zeitplan geändert und damit einige zusätzliche Widersprüche geschaffen, wie z.B. auch bei der Entwicklung der neuen Interkontinentalrakete MX.

Bei den seit 9 Jahren laufenden Verhandlungen über die Truppenreduzierung in Mitteleuropa in Wien (MBFR) liegt seit Anfang Juli in der 27. Verhandlungsrunde ebenfalls ein neuer Vorschlag auf dem Tisch. Wesentliche Änderung: Es ist ein Vertragsentwurf für die gesamte Truppenreduzierung, aufgeteilt in einzelne Phasen, während die westlichen Staaten bisher erst die Verhandlungen über eine erste Phase der Reduzierung abgeschlossen haben wollten, bevor über eine weitere Phase verhandelt wird. Aber die Frage der gegenwärtigen Stärke der Warschauer Pakt-Staaten, wesentlicher Streitpunkt, so daß bisher noch keine Annäherung erfolgt ist, ist damit auch keinen Schritt weiter.

Die zwei Supermächte werden sich schwerlich gegenseitig mehr abringen, als wozu sie aufgrund ökonomischer Zwänge so oder so gezwungen sind. Denn schließlich sind die Militärpotentiale ja gerade aufgehäuft, um gegeneinander Krieg führen zu können. Man könnte noch hoffen, daß nicht *direkt* Beteiligte die beiden Supermächte zu Abrüstungsschritten zwingen, das wären vor allem die Länder der Dritten Welt. Aber selbst da sieht es ja mit den Möglichkeiten schlecht aus, wie die UNO-Abrüstungskonferenz zeigte.

Der Rechtsstaat und die Nazis

gkr. In Worten und zu feierlichen Anlässen wird über zunehmenden Rechtsradikalismus geklagt, wie zuletzt von Innenminister Baum, aber die staatlichen Taten sind anders. „Zerschlagt Rotfront und Reaktion" aus dem Horst Wessel Lied und „Rotfront Verrecke", „Euch Schweine hat man wohl vergessen zu vergasen" durften NPD-Anhänger ungestraft in Stade von sich geben (geschehen nicht nur im August 1980), ein 33jähriger Lehrer aber, der in einem Leserbrief daraus den Schluß gezogen hat, damit würden neue Konzentrationslager gefordert, wird wegen Verletzung der Ehre der NPD in erster Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt. Die gegen dies Urteil protestierten, wie Heinrich Albertz, Günter Grass und Jurek Becker, mußten sich vom Landgerichtspräsidenten sagen lassen, der Vorwurf der Konzentrationslager sei nicht exakt bewiesen und eine Rüge wegen unzulässiger Einflußnahme auf das Landgericht, vor dem inzwischen die Berufung anhängig war, gefallen lassen. Was aber war die Äußerung des Landgerichtspräsidenten dann?

In der Berufungsverhandlung wurde der Lehrer Fritz Tiemann jetzt zwar freigesprochen, aber nur mit Rücksicht auf das „Grundrecht der Meinungsfreiheit". Objektiv seien die Tatbestände

heit". Objektiv seien die Tatbestände

der Beleidigung und der üblen Nachrede erfüllt.

Da wird in Bielefeld erneut ein riesiges Waffenlager ausgehoben und einem der Hauptbeschuldigten wirft sogar die Staatsanwaltschaft vor, er habe früher Kontakt zu dem Forstarbeiter Heinz Lembke gehabt, ebenfalls Waffenhorter und als Einzeltäter bezeichnet. Auch jetzt in Bielefeld soll es sich vor allem um „Waffennarren" ohne nachgewiesene rechtsradikale Kontakte handeln. Es mutet beinahe schon naiv an, wenn man nicht genau wüßte, daß hinter dieser Verharmlosung Methode steckt. Dabei hat die Zahl der Gesetzesverletzung durch Rechtsextremisten, durch Faschisten, im vergangenen Jahr den höchsten Stand seit dem Ende des Krieges erreicht. Sie äußern sich vor allem gegen Ausländer.

Bundesinnenminister Gerhart Baum hat „große Sorge" hierüber geäußert. Gerade in der Bundesrepublik sei der Rechtsextremismus, der sich jetzt auf Ausländerfeindlichkeit konzentriere, „mit besonderer Sensibilität und Aufmerksamkeit zu verfolgen".

Ist die Justiz demgegenüber blind? Ohne Zweifel. Aber jede Krankheit hat eine Ursache und offensichtlich gilt es auch, die zu treffen. Zumindest eine Grundlage findet sich im Staatsverständnis: Staat als Ausdruck eines geheuchelten Allgemeininteresses *aller*, starker Staat, das verträgt sich ausgezeichnet mit dem Faschismus. Nicht ohne Grund folgt z.B. die Strafrechtsreform, die gegenwärtig beraten wird, Empfehlungen, wie sie die Rechtsgelehrten schon im „Dritten Reich" entworfen haben. Nicht ohne Grund suchen die Befehlsgewaltigen der westdeutschen Justiz gegenwärtig wieder mal eine Aufarbeitung der Verbrechen der Justiz in der Nazi-Zeit zu verhindern. Dazu hört man von Baum in seiner Kritik natürlich nichts.

Europäische Gehversuche

Von Friedemann Bleicher

Wer es nicht mit dem altdeutschen Spruch hält „viel Feind, viel Ehr", wer darauf hinarbeitet, die Kräfte des Gegners zu differenzieren, und wer den Blick schon mal über den Tellerrand der eigenen Landesgrenze („Der Hauptfeind steht.") hebt, dem kann der Stahl- und Ostexport-Krach über den Atlantik hinweg bloß recht sein. Das ist kein Theaterspiel für die Schaubühne, auch kein Familienkrach unter Exportkaufleuten, der uns nichts anginge. Es geht darum, ob die USA ihre vorherrschende Stellung über Westeuropa festigen können oder wenistens einige weitere Beulen abbekommen. Daher wäre es günstig, wenn die EG mal etwas standfester bliebe, worauf man allerdings bislang vergeblich gehofft hat.

Etwas anderes ist es, die Ursachen der Wirtschaftskrise im allgemeinen und der Stahlkrise im besonderen zu ergründen, um die herrschende Wirtschaftsweise zu kritisieren und Alternativen zu entwickeln. Da wäre auch einiges zu sagen; die Anlagen in den USA sind jetzt noch zu 48% ausgelastet, 70000 Stahlarbeiter weniger als 1980 werden beschäftigt, und in Westeuropa sieht es in manchen Konzernen nicht besser aus. Aber dies ist ein anderes Thema, über dem nicht die Entwicklung der politischen Widersprüche vergessen werden darf.

Es ist keine Floskel, daß EG-Kommissar Haferkamp vor seinem Abflug nach Washington dem „Handelsblatt" sagt, es komme darauf an, eine Einigung zu erreichen, die zum Abbau der handelspolitischen Spannungen beiträgt. Und deshalb müsse der politische Aspekt der laufenden Verhandlungen mit den USA bei aller Bedeutung für den Sektor Stahl im Vordergrund stehen.

Auseinandersetzungen gibt es nicht nur auf dem Gebiet Stahl. Kürzlich erst war mit Müh und Not ein bereits wieder brüchiger Kompromiß für die mit Staatshilfe verbilligten Exportkredite erzielt worden. Seit Herbst letzten Jahres machen die USA verschärft Front gegen die EG-Agrarpolitik, in der sie eine Behinderung ihrer Agrarexporte sehen. Es geht dabei um Sojalieferungen, um Weizenmehl, Geflügel, Zucker und italienische Nudeln. Und kürzlich haben nun gar die Zitrus-Millionäre von Arizone und Kalifornien ihre Regierung aufgefordert, gegen die seit den 70er Jahren bestehenden Zollpräferenzen der EG für Zitrusfrüchte aus den Mittelmeerländern anzugehen. Damit schießen sie gegen das Freihandelsabkommen, das die EG mit 61 afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern, den AKP-Staaten, geschlossen hat. 1973 hatte sich EG-Außenkommissar Soames die amerikanische Genehmigung hierfür eingeholt, heute wollen die USA davon nichts mehr wissen.

All diese Punkte sind nicht für sich zu sehen, und fast jede einzelne Auseinandersetzung wurde von den USA angezettelt. Das hat auch die EG-Staaten bisher zusammengehalten. Obwohl gerade beim Stahl die EG-internen Gegensätze kräftig sind, was von den USA bewußt geschürt wird. Die höchsten Strafzölle von 40% drohen British Steel, während vor allem die westdeutschen Stahlunternehmen mit 0,5% bislang günstig wegkommen. Allerdings drohen die USA nun auch westdeutschem Stahl höhere Strafzölle an, wegen der Kokskohlebeihilfe. So ist die Einheit der EG brüchig, aber *gemeinsame Interessen gegenüber den USA* halten sie zusammen.

Die Krise ist nicht der Grund für die jetzigen Auseinandersetzungen, sie hat sie allenfalls ausgelöst und verschärft. Die Widersprüche bestehen schon länger. Sie haben ihren Grund in der domnierenden Stellung der USA einerseits, im relativen Aufholen der EG (und Japans) andererseits. Was wir jetzt erleben, ist eine neue Stufe der Entwicklung, die mit dem Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton Woods zu Beginn der 70er Jahre ihren Anfang genommen hat. Die USA verlieren ihren Vorsprung, was die Produktivität und Modernität der Industrie angeht, und sie schlagen zurück, indem sie die Macht ihrer überlegenen Kapitalmasse einsetzen. Konkret können sie sich viel eher auf einen Handelskrieg einlassen, weil für sie der Warenexport weniger wichtig ist, als die Tätigkeit ihrer rund um die Welt tätigen Tochterunternehmen. Dies unterscheidet sie von allen anderen westlichen Industrieländern.

So ist der jetzige Handelskrach mehr als ein Kampf zwischen EG und USA um Märkte. Es geht um die Stellung der USA als Supermacht, um die Differenzierung ihrer Interessen zu denen Westeuropas.

Die Solidarität Hunderttausender gefordert

Benefizkonzerte zu den Brokdorfprozessen in Hamburg, Neumünster und Bremen

edd.Hamburg. Inge Ammon, Vorstandsmitglied des BBU und Mitinitiatorin der bundesweiten Unterschriftenkampagne gegen die politischen Urteile gegen Teilnehmer der Demonstration gegen das AKW Brokdorf am 28. Februar 1981, erklärte, daß diese angelaufen sei und alleine in der ersten Woche über 2000 Unterschriften eingegangen seien. Diese Sammlung, getragen von einem breiten Spektrum politischer Kräfte, wie z.B. den Evangelischen Studentengemeinden, dem Aktionskreis Leben, dem BBU, der GRÜNEN Bundespartei, der GAL, der DKP und linken Organisationen wie KBW, KPD und GIM, soll das Ziel haben, politischen Druck auf den Bundesgerichtshof auszuüben bei der Forderung, die Urteil von insgesamt 8,5 Jahren gegen Markus Mohr und Michael Duffke aufzuheben.

Ein Sprecher des Aktionskreises Leben (AKL, Gewerkschafter gegen Atom) in Hamburg erklärte, daß die Zielsetzung sei, über 100000 Unterschriften zu sammeln, um in der Öffentlichkeit deutlich zu machen, daß nicht nur die 100000 Menschen, die in Brokdorf demonstriert haben, sondern breite Kreise der demokratischen, alternativen, linken und gewerkschaftlichen Bewegung diesen Angriff auf die Demonstrationsfreiheit exemplarisch zurückweisen.

Als ein Höhepunkt dieser Kampagne werden im November in Norddeutschland drei Solidaritätskonzerte mit bekannten Musikgruppen durchgeführt. Schmetterlinge, Ton-Steine-Scherben und andere haben sich bereit erklärt, für die Angeklagten zu spielen und auf Anregung des AKL führen die Initiatoren der Unterschriftenkampagne am 20. November in Hamburg, am 21. November in Neumünster, wo Michael Duffke noch immer in Untersuchungshaft gehalten wird, und am 22. November in Bremen diese Benefizkonzerte durch. Mit ihnen soll nicht nur ein großer finanzieller Beitrag für die

Solidaritätsveranstaltung
20. Oktober, Curio-Haus Hamburg

Benefizkonzert
mit: Die Schmetterlinge, Ina Deter Band, Ton Steine Scherben u.a., gegen die Brokdorfprozesse
am 20. November in Hamburg in der Ernst Merk Halle,
21. November in Neumünster in der Holsten-Halle und
am 22. November in Bremen in der Stadthalle.

Unterschriftenlisten und Plakate können bezogen werden über
BUCHVERTRIEB HAGER
Postfach 111162
6000 Frankfurt 11
sowie über:
Aktionskreis Leben
Gewerkschafter gegen Atom
Gustav Falke-Str. 2
2000 Hamburg 50
Tel.: 040/443946

Angeklagten und Verurteilten in den Brokdorfprozessen durch den kostenlosen Auftritt der Gruppen erreicht werden, sondern auch von der Öffentlichkeit auf die Forderung nach Freiheit für Markus Mohr und Michael Duffke, Einstellung aller Verfahren gegen AKW-Gegner und uneingeschränkte Demonstrationsfreiheit hingewiesen werden.

Um auch diese Forderungen zu unterstützen, führen zur Zeit Betriebsräte, Vertrauensleute und Gewerkschafter in Hamburg eine Unterschriftenkampagne für einen Aufruf zu einer Solidaritätsveranstaltung am 20. Oktober in Hamburg im Curio-Haus durch, zu dem u.a. auch die IG Druck und Papier und GEW aufrufen wollen. Vorstandsmitglieder der IG Druck Hamburg wollen auf der Veranstaltung sprechen. Entsprechend dem Beschluß der Delegiertenversammlung der IG Druck in Hamburg hat der Ortsvereinsvorstand einen Rechtsschutzantrag eines Angeklagten des AKL, dem Kollegen Karl Seligmann, der am 14. September in Itzehoe vor Gericht steht, zuzustimmen. Karl Seligmann, selber jahrelang Funktionär der IG Druck, wird damit politisch durch seine Organisation verteidigt werden.

Die Entscheidung, ob dieser Angriff auf die Demonstrationsfreiheit von der Gewerkschaft, die am 28. Februar nach Brokdorf aufgerufen hat, verteidigt wird, liegt jetzt beim Landesbezirk und Hauptvorstand der IG Druck und Papier. Einen ähnlichen Antrag hat der IG Metall-Vertrauensmann Uwe Zabel gestellt, der zusammen mit Seligmann in Ithehoe am 14. September wegen dem Überfall der Polizei auf den AKL-Lautsprecherwagen seinen Prozeß hat.

Souveränität der BRD?

kvz. Im Zusammenhang mit dem US-amerikanischen Embargo gegen das Erdgasröhrengeschäft hatte Karl-Heinz Hansen im Bundestag die Bundesregierung nach Gesetzesinitiativen gegen das Embargo gefragt, „oder ist die Bundesregierung wegen eingeschränkter Souveränität daran gehindert"? Grüner, Parlamentarischer Staatssekretär, antwortete „namens der Bundesregierung": „Im Unterschied zur britischen Regierung steht der Bundesregierung keine eindeutige Rechtsgrundlage zur Verfügung, auf die ein Verbot, dem Embargo im Erdgasröhrengeschäft Folge zu leisten, gestützt werden könnte." Und nach erneuter Nachfrage fügte er hinzu, nach der Verfassungsordnung seien alle Handlungen frei, die nicht ausdrücklich verboten sind. Die betroffenen Firmen mithin so „frei", sich den Drohungen zu unterwerfen.



Arbeitgebertaktik bei rationalisierungen

Hungerstreik beendet, geringe Zusagen

gkr. Nach etwas über einem Monat andauerndem Hungerstreik beendeten Sieglinde Hofmann und Ingrid Barabaß am 27. Juli ihre Aktion. Ebenfalls Verena Becker in Köln, die am 19. Juli in Hungerstreik getreten war. Bernd Rößner, in Straubing/Bayern in Isolationshaft, setzt seinen Hungerstreik nach wie vor fort. Allen vieren ging es um die Aufhebung der Isolationshaft, um Zusammenlegung. Bei Sieglinde Hofmann und Ingrid Barabaß hatten die Justizubehörden dies bisher immer mit dem Hinweis auf das noch laufende Verfahren abgelehnt. Beide sind aber mittlerweile verurteilt, so daß dieser vorgeschobene Hinderungsgrund wegfiel.

Nachdem die hessischen Justizbehörden erst versucht hatten, Sieglinde und Ingrid von jeder Unterstützung in der JVA Preungesheim/Frankfurt, wo sie mit dem Hungerstreik begonnen hatten und wo sie auch von anderen Frauen unterstützt worden waren, abzukoppeln, mußten sie jetzt doch geringfügige Zugeständnisse zur Zusammenlegung machen: Sieglinde Hofmann soll mit Verena Becker in Köln/Ossendorf zusammengelegt werden, Ingrid Barabaß zuerst nach Preungesheim zurückkommen und von dort aus dann zu anderen Gefangenen der RAF gelegt werden. Diese Zusagen bleiben tatsächlich noch hinter dem zurück, was nach dem Hungerstreik im Frühjahr 1981 generell selbst von Justizminister Schmude zugesagt worden war, nämlich die Bildung von Kleingruppen, in der Regel von wenigstens vier Gefangenen. Das wäre auch das Minimum, um eine psychische Zerstörung der Gefangenen zu verhindern.

Für Bernd Rößner besteht nach wie vor keine Zusage auf Zusammenlegung.

Die Gefangenen der RAF werden in ihrem Kampf um menschenwürdige Haftbedingungen unterstützt von den Angehörigen von politischen Gefangenen in der BRD, die sich z.B. während des Hungerstreiks in Frankfurt vor dem Gericht anketteten. Sie vermitteln auch Zeitungsabonnements, Büchersendungen und Geldüberweisungen für Lebensmitteleinkäufe an politische Gefangene ohne Familienangehörige. Hierfür wie für ihre Öffentlichkeitsarbeit bitten sie um Spenden auf das „Spendenkonto Angehörige", Heidelberger Volksbank (BLZ 67290000), Kto.Nr. 124702909.

Bilanz des Vorgehens der Polizei und Justiz in Berlin

hot. Westberlin. Nach Angaben des Berliner Ermittlungsausschusses und der Knastgruppe Chamissoladen gibt es in Berlin seit dem 12.12.1980 ca. 4000 Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Hausbesetzungen und Demonstrationen. Ca. 2600 Menschen wurden erkennungsdienstlich behandelt. Von Januar 1981 bis April 1982 fanden in diesem Zusammenhang 174 Prozesse gegen 218 Leute statt. 18 Betroffene wurden zu Haftstrafen von insgesamt 24 Jahren ohne Bewährung verurteilt; 51 zu 36 Jahren mit Bewährung. Freisprüche gab es in 30% der Fälle. In den letzten Monaten nahm die Tendenz, hohe Geldstrafen und Auflagen zu erteilen, zu. Bis 1984 werden noch ca. 400 Prozesse erwartet; ca. 100 Betroffene haben derzeit Haftverschonung. Zwischen Dezember 1980 und Dezember 1981 wurden bei Polizeieinsätzen über 2000 Menschen verletzt, Knochenbrüche und Schädelverletzungen waren am häufigsten. Auch gegen die besonders gekennzeichneten autonomen Sanitäter wurde vorgegangen. Seit neuestem werden gegen sie Prozesse geführt mit der Beschuldigung, das Zeichen des Roten Kreuzes mißbräuchlich zu verwenden. In dem ersten Prozeß am 22.7. wurde überraschend ein Freispruch ausgesprochen. Es liegen jedoch noch ca. 10 Bußgeldbescheide in dieser Sache vor. (Nach „Radikal", August 1982)

„Spudok" gibt es schon seit 1977

kvz. Was Egbert Möcklinghoff, niedersächsischer Innenminister, da über „Spudok", das „Spurendokumentationssystem", alles offiziell zugab, ist schon ganz beachtlich. Er antwortete auf eine parlamentarische Anfrage, lehnte es aber gleichzeitig ab, konkrete Einzelheiten zu nennen. Im Frühjahr war bekannt geworden, daß Autokennzeichen im Umkreis linker Wohngemeinschaften und Veranstaltungslokale sowie Personalien der Fahrer und Mitfahrer von bei der Abfahrt gestoppten Autos in dies System eingespeist wurden. Möcklinghoff bestätigte, daß es „Spudok" schon seit 1977 gibt, natürlich „für einen jeweils begrenzten Raum und für einen Einzelfall orientierte begrenzte Zeit". Das System diene „nur zur Verhinderung und Aufklärung schwerer Straftaten". Dazu gehörten aber auch leichtere Straftaten wie Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch oder Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, wenn sie gemeinschaftlich oder fortgesetzt begangen würden (z.B. also bei Hausbesetzungen). Mit anderen Worten, die jetzt von den Innenministern beschlossene Störer-Datei existiert in Niedersachsen praktisch längst. Es würden auch neben Tatverdächtigen solche Personen erfaßt, „die nicht als Störer in Betracht kommen und auch keiner Straftat verdächtig sind", zum Bespiel gefährdete Personen, Anzeigenerstatter, Hinweisgeber, Zeugen, Geschädigte und Personen „Personen aus dem Umfeld". Eine Praxis, die der Bundesdatenschutzbeauftragte Bull bei anderen Dateien schon ausdrücklich als nicht rechtmäßig kritisiert hatte. Und die Amtshilfe? „Grundsätzlich", so Möcklinghoff, dienten die Daten nur der Polizei selbst. Aber es gibt halt auch Ausnahmen.

Zunächst strenge Auslegung?

kvz. Der erste von insgesamt 459 Radpanzern des Typs „Condor" wurde von Rheinmetall mittlerweile an die Streitkräfte von Malaysia ausgeliefert, allerdings ohne Panzerturm und Maschinenwaffe, so, wie auch die bundesdeutsche Polizei das Fahrzeug benutzen würde. Es falle also nicht unter die Genehmigungspflicht für Waffen, sondern sei schon nach dem Außenwirtschaftsgesetz genehmigt worden. Mittlerweile will Malaysia aber weitere Fahrzeuge dieses Typs, nun voll bewaffnet, haben. 108 Spähpanzer „Condor". Rheinmetall weist denn auch gleich auf die Folgen für die Arbeitsplätze hin, 1500 seien für die kommenden zwei Jahre mit diesem Auftrag gesichert. Die Bundesregierung aber will offensichtlich bei einem weniger heiklen Kunden erst einmal demonstrieren, daß sie die neuen Waffenexport-Richtlinien eng auslegen will. Anfang September wird der Bundessicherheitsrat entscheiden.

mine · Termine · Te

August

- **6. Hiroshima.** Jahrestag des Bombenabwurfs auf Hiroshima
  Wien. Internationales Friedensfestival, bis 9.8.
- **7. Würzburg.** Bundeshauptausschuß der GRÜNEN tagt, bis 8.8.
  Burglengenfeld. Rockfestival „Keine WAA in der Oberpfalz", bis 8.8.
- **18. Bonn.** Kabinett will die Gesetzentwürfe zum Haushalt '83 und zu den Sparmaßnahmen verabschieden
- **21. Kassel.** Arbeitstreffen zur „Bundesweiten Hauswurfsendung Energiebroschüre", bis 22.

mine · Termine · Te

Hausarbeit

Möglichkeiten und Grenzen der Vergesellschaftung

Der folgende Beitrag soll als Einstieg in die Diskussion dienen und zur Beteiligung an der theoretischen Auseinandersetzung, die unter dem Schlagwort Marxismus – Feminismus geführt wird, sowie zur Einbeziehung der Frauenfrage in die praktische Politik und strategische Überlegungen anregen.

Von Hilde Simon

In der BRD gibt es rund 10 Mio. Hausfrauen in Haushalten mit ledigen Kindern. Rechnet man noch die Haushalte, die nur aus einem Ehepaar ohne Kinder bestehen, hinzu, erhöht sich die Zahl der Hausfrauen auf sogar 16 Mio. Die Bezeichnung Hausfrau besagt hier nicht, daß diese Frauen ausschließlich ihren Haushalt führen; allein von den Frauen mit Kindern unter 18 Jahren waren 1980 43,4% erwerbstätig. Sicherlich verbergen sich hinter der Statistik auch einige Hausmänner oder Haushalte, die partnerschaftlich von Frau und Mann geführt werden, aber ihre Zahl dürfte nach Untersuchungen (noch) so verschwindend gering sein, daß man insgesamt davon ausgehen muß, daß die Verantwortung und die Hauptlast der privaten Haushaltsführung bei den Frauen liegt.

Nicht nur, daß Frauen diese Arbeit verrichten, sie tragen auch die Folgen der privaten Verrichtung dieser Arbeit; in Gestalt von gesellschaftlicher Isolation und persönlicher Abhängigkeit vom Ehemann, wenn sie nicht selbst Geld verdienen, und mangelhafter Altersversorgung; in Gestalt von enormer psychischer und physischer Beanspruchung, wenn sie werktätig sind, und völliger Absorption von Beruf und Hausarbeit, der für persönliche Bedürfnisse und gesellschaftliche Betätigung keinen Raum läßt. Obwohl Frauen aufgrund ihrer gesellschaftlichen Unterdrückung ein besonderes Interesse an der Aufhebung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung und Rollenfixierung haben, die durch die Gleichsetzung von Hausarbeit = Frauenarbeit und die bürgerliche Familienstruktur immer wieder perpetuiert wird, handelt es sich hier um ein gesellschaftliches Problem.





Obwohl also ein großer Teil der erwachsenen Bevölkerung mit der privaten Haushaltsführung beansprucht ist und es sich bei dieser Tätigkeit – wie man an der Kinderversorgung und -erziehung deutlich sehen kann – um gesellschaftlich nützliche und notwendige Arbeit handelt, taucht sie als Größe in keiner volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf. Selbst Untersuchungen über Ausmaß und Umfang der privaten Reproduktionsarbeit sind rar. Untersuchungen in den USA kamen 1970 zu dem Ergebnis, daß die Nur-Hausfrau 55 Stunden und die berufstätige Frau 26 Stunden in der Woche im Haushalt arbeitet. Helge Pross kam in ihrer Untersuchung Mitte der 70er Jahre in der BRD zu dem Ergebnis von 60 Stunden. Was eine Hausfrau kostet, würde sie bezahlt, wurde nur ab und an für spektakuläre Versicherungsfälle errechnet. Die Juli-Ausgabe der Zeitschrift „Eltern" zitiert jetzt eine Studie, die für eine Haushälterin, in einem 4-Personen-Haushalt, an die die Ansprüche einer Hausfrau und Mutter zu stellen sind, 4000,00 DM im Monat veranschlagt.

Aber solche gelegentlichen Untersuchungen haben schon den Charakter von Enthüllungen gegenüber einer gesellschaftlichen Praxis, die die Fähigkeiten einer praktizierenden Hausfrau nicht als berufliche Qualifikation und Praxis anerkennt, die die erzwungene Aufgabe der Berufstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern diesen zum Nachteil bei der Altersversorgung gereichen läßt, usw. Eine Hausfrau arbeitet nicht – so ist der allgemeine Sprachgebrauch. Aber um was anderes als Arbeit soll es sich handeln bei Waschen, Putzen, Kochen, Einkaufen, Kinder versorgen, erziehen, bei den Hausaufgaben unterstützen usw.?

Die Vorstellung, daß allein durch den Einsatz technischer Geräte sich der Zeitaufwand für die Hausarbeit verkürzen ließe, hat sich als Illusion erwiesen. Zwar sind Waschmaschine, Staubsauger z.B. heute in nahezu jedem Haushalt zu finden und sie bedeuten auch eine Erleichterung, besonders was die Entlastung von harter körperlicher Arbeit angeht. Andererseits haben sich Lebens-, Umwelt- und Wohnverhältnisse so verändert, daß neue Arbeit oder häufigere Wiederholung bestimmter Arbeiten anfallen. Um nur Beispiele zu nennen: die Verschmutzung der Städte erfordert häufigeres Putzen, Wischen, Saugen und Wäschewaschen (hier spielt natürlich auch ein größeres Hygienebewußtsein eine Rolle), veränderte Arbeitsbedingungen (Zunahme geistiger Arbeit, Akkord- und Schichtarbeit) stellen höhere Ansprüche an die Nahrungszubereitung; Folgen der Stadtentwicklung sind, daß Kinder nicht mehr auf Hof und Straße spielen können, also ständig beschäftigt werden müssen und – falls sie in Vereine oder Spielhäuser gehen – dorthin gebracht werden müssen, Folge der Stadtentwicklung sind ebenfalls weite Wege zum Einkaufen usw. Sind die Kinder dann in der Schule, stehen Hausaufgaben und Elternabende auf dem Programm – und nicht zuletzt und häufig genug die psychische Stabilisierung des durch Schulstreß geschädigten Kindes. Kleine Wohnungen ohne Keller und Lagerfläche blähen den Zeitaufwand für den Einkauf unnötig auf, dies um so mehr, je mehr auf den Pfennig geschaut werden muß und für Milch, Wurst und Babynahrung in drei verschiedene Geschäfte gerannt werden muß wegen dem Preis.

Die Vielfalt der haushälterischen Tätigkeiten verlangt von der Hausfrau einiges Organisationstalent, die Anforderung völlig verschiedener Tätigkeiten – gleichzeitig Kleinkind beaufsichtigen und Essen kochen – unter einen Hut zu bringen, macht wohl im wesentlichen den Stress aus.

Häufig wird als positives Charakteristikum der Hausarbeit angeführt, daß sie viel größere Freiräume in der Arbeitsgestaltung biete als Lohnarbeit. Faktisch ist der Spielraum aber minimal: die Hausfrau kann zwar selbst entscheiden, ob sie zuerst das Klo putzt oder den Teppich saugt, sie legt auch selbständig den Speisezettel fest, aber Essenszeiten und damit auch Zubereitungszeiten werden ihr durch Arbeits- und Schulzeiten der Familienmitglieder diktiert. Einkaufen kann man auch nicht jederzeit. Natürlich können bestimmte Arbeiten auch verschoben werden, gemacht werden müssen sie trotzdem. Im wesentlichen bewegt sich die Hausarbeit immer im selben Trott und bringt wenig Befriedigung, es sei denn es bleibt Raum für die hobbymäßige Betreibung handwerklicher Geschicklichkeiten, das ist aber in der Regel nicht der Fall. Auch Erfüllung und Befriedigung in der Betreuung und Erziehung von Kindern täuscht nicht über die gesellschaftliche Isolation hinweg, der besonders die Nur-Hausfrauen unterliegen. Sie leiden besonders unter der gesellschaftlichen Nicht-Anerkennung ihrer Arbeit, die sich auch in der Unterdrückung der Frau in der Familie selbst ausdrückt und bei den Frauen immer wieder verzweifelte Anstrengungen fördert, durch noch mehr Arbeit, phantasievolle Gerichte, superweiße Wäsche usw. Dank und Anerkennung zu erzwingen.

Was ist die Ursache für die Diskriminierung der Hausarbeit? Die Erklärung, daß sie deshalb kein gesellschaftliches Ansehen genießt, da sie privat verrichtet wird und nicht als Warenproduktion in den gesellschaftlichen Austausch eingeht, ist nur scheinbar eine und verweist auf die Frage, warum sie privat verrichtet wird, bzw. was die Grenzen der Vergesellschaftung sind. Ohne hier auf die historische Entwicklung der Hausarbeit eingehen zu können, kann hier festgehalten werden, daß der Kapitalismus durch die Enteignung der unmittelbaren Produzenten die Trennung von Produktion und Reproduktion auf die Spitze getrieben hat und die geschlechtliche Arbeitsteilung, die es vorher schon gegeben hat, durch die Trennung von gesellschaftlicher Produktion und individueller Reproduktion vertieft hat. Gleichzeitig ist ein duktion vertieft hat. Gleichzeitig ist ein zunehmender Teil der Hausarbeit durch Einbeziehung in die kapitalistische Warenproduktion, aber auch durch die Entwicklung eines Versicherungswesen, vergesellschaftet worden. Die Hausarbeit wurde produktiver Funktionen wie Backen, Einwecken, Stricken usw. entledigt, alte und kranke Menschen werden zunehmend in gesellschaftlichen Einrichtungen gepflegt, auch in der Kindererziehung gab es Fortschritte gesellschaftlicher Organisierung.

Die These der Feministinnen, daß der Kapitalismus auf unbezahlter Hausarbeit beruhe, ja mit dieser stehe und falle, muß bezweifelt werden. Denn offensichtlich verbietet der Kapitalismus keineswegs grundsätzlich eine gesellschaftliche Organisierung (was im Kapitalismus heißt, über den Markt oder über den Staat) von Funktionen der Hausarbeit. Volkswirtschaftlich gesehen ist die private Verrichtung der Hausarbeit eine ungeheure Verschwendung von Arbeitskraft und -zeit. Die dem Kapitalismus eigene Tendenz, alle Arbeitskraft zu mobilisieren, fördert objektiv die Vergesellschaftung der privaten Reproduktionsarbeit, während die Existenz einer industriellen Reservearmee dieser Entwicklung immer wieder Schranken setzt (und im Kapitalismus sind Frauen grundsätzlich aufgrund ihres Geschlechts Teil der industriellen Reservearmee – dies ist Ausdruck der Jahrhunderte alten Unterdrückung der Frau).

Es wäre eine Untersuchung wert, einen direkten Zusammenhang von Bestrebungen zur Rationalisierung und Vergesellschaftung von Hausarbeit mit dem Interesse der Kapitalisten an Freisetzung von weiblicher Arbeitskraft für den kapitalistischen Arbeitsmarkt – Dienstboten und Hausfrauen – nachzuweisen. In der jüngsten Vergangenheit der BRD geht die zunehmende Berufstätigkeit von Müttern mit Kindern unter 16 Jahren von Anfang der 60er bis Mitte der 70er Jahre einher mit einer Steigerung der Kindertages- und Kinderkrippenplätze, was wohl auch auf den Druck der demokratischen Bewegung in diesem Bereich zurückzuführen ist, zum Teil auch auf eine reformistische Bildungspolitik im Vorschulbereich. Trotzdem kann von einer Bedarfsdeckung mit einer Versorgungsquote von 60% für 3 – 6jährige in öffentlichen Kindergärten 1974 und 1,3% in Kinderkrippen 1975 keine Rede sein, zumal sich seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre die Auswirkungen der Krise in diesem Bereich drastisch zeigten in Stellen- und Mittelkürzungen und einer Verschärfung der Staatsaufsicht, die in der Folge die Qualität der Betreuung, die ohnehin meist schon kritikwürdig genug ist, noch weiter verschlechterte. Gleichzeitig wurden die Gebühren für diese Einrichtungen erhöht, was Wirkung auf die Berufstätigkeit von Müttern zeigen muß, wenn für den Kindergartenplatz schon über 100 DM gezahlt werden müssen und für die Tagesmutter des Kleinkindes nochmal ca. 400 DM (wenn ein Krippenplatz, wie in Frankfurt, in den meisten Vierteln nur noch für soziale Härtefälle, also Armutsgrenze, zu haben ist), nicht gerechnet die Folgekosten in Form von teurerer Lebensführung und zusätzlicher Transportkosten bei Berufstätigkeit der Frau und außerhäuslicher Versorgung der Kinder.

Außer der Existenz einer industriellen Reservearmee gibt es noch eine weitere Grenze der Vergesellschaftung der Hausarbeit, die nicht in der Natur des Kapitalismus begründet ist. Es ist der zwitterhafte Charakter privat in der Familie verrichteter Hausarbeit, der ihr die Charakteristik „Arbeit aus Liebe" eingebracht hat. So verlogen eine Argumentation ist, die behauptet, daß Kloputzen etwas mit Liebe zu tun hat, wird andererseits kein vernünftiger Mensch fordern, daß Eltern ihre Kinder nach der Geburt in öffentlichen Erziehungseinrichtungen abgeben. Es ziehungseinrichtungen abgeben. Es handelt sich bei großen Teilen der Hausarbeit nicht einfach um Arbeit, sondern auch um die Befriedigung natürlicher persönlicher Bedürfnisse und die Organisierung eines privaten Bereichs. Ohne gleich in eine „Trautes Heim – Glück allein"-Ideologie abzugleiten, muß doch dieser Aspekt bei der Überlegung, wie der Reproduktionsbereich in der Gesellschaft bewußt gestaltet werden soll, eine große Rolle spielen.

Hausarbeit ist 1. nicht vollständig vergesellschaftbar, das Bettenmachen z.B. genausowenig wie Zähneputzen (es sei denn, man stellt sich Vergesellschaftung als Zofen- und Lakaienhaltung vor), 2. ist eine Vergesellschaftung, die den privaten Haushalt weitgehend überflüssig macht, auch nicht erstrebenswert, da sie die Bedürfnisbefriedigung einschränkt.

Es ist z.B. die Frage, ob August Bebel recht hatte, als er sagte, daß im Sozialismus die „Privatküche eine ebenso rückständige und überwundene Einrichtung wie die Werkstätte des Kleinmeisters" ist (die Skepsis bezieht sich auch auf die kleine Werkstätte). Natürlich ist die Garantie einer warmen Mahlzeit in Kantinen an Arbeitsstätten, Schulen usw. grundlegend, wird es ein preiswertes Speiseangebot in den Wohnvierteln in Gemeinschaftszentren oder Restaurants geben müssen. Aber es wird sicher auch das Bedürfnis von Familien und Wohngemeinschaften geben, gemeinsam zu Hause zu essen und zu kochen. Es wird weiter private Küchen geben, aber ein größeres, zweckmäßigeres öffentliches Angebot, so daß die private Essensversorgung nicht eine notwendige, lästige Pflicht ist, sondern Ausdruck einer freien Entscheidung. Ob in jeder Wohneinheit eine Küche sein muß, oder ob kollektiv genutzte ausreichen, wird sich in der Praxis herausstellen müssen. Die Erfahrungen mit kollektiv genutzten Waschmaschinen z.B. in Wohnhäusern zeigen jedoch, daß das, was ökonomischer ist, nicht auch bequem ist, weil eine gemeinsame Nutzung immer organisiert werden muß. Ich will das hier nicht weiter ausführen, Erfahrungen aus anderen Ländern mit alternativen Wohnformen, Servicehäusern usw. müssen zu Rate gezogen werden.

Ebenso ist zu hinterfragen, ob der Einsatz der Technik im Haushalt so wenig effektiv und zeitsparend sein muß, wie er gegenwärtig ist, oder ob nicht die Hausfrauenreserve die Entwicklung von wirtschaftlichen Haushaltsgeräten hemmt?

Da die Versorgung von Kindern den größten Anteil an der Hausarbeit hat, kommt der gesellschaftlichen Lösung dieses Problems besondere Bedeutung zu, auch im Hinblick auf die Emanzipation der Frau, da unter gegenwärtigen Bedingungen es in der Regel die Frau ist, die zu Hause bleiben muß oder will, jedenfalls solange die Kinder noch klein sind. Außerdem ist das Problem aktuell. DIE GRÜNEN-HESSEN fordern z.B. in ihrem Programm 18 Monate Elternurlaub bei vollem Lohnausgleich nach Geburt eines Kindes. Man muß die Forderung wahrscheinlich nicht verstehen als Bekräftigung des von bürgerlichen Pädagogen gepflegten Vorurteils, daß Kollektiverziehung für Säuglinge und Kleinkinder schädlich und das Kind bei der Mutter bzw. den Eltern am besten aufgehoben sei. Man kann diese Forderung auch so verstehen, daß mit dem Elternurlaub Bedingungen geschaffen werden für eine kollektive Selbstorganisation der Kindererziehung durch freie Zusammenschlüsse von Eltern, denn die kostet Zeit. Diese Forderung würde es auch ins Belieben der Eltern stellen, ob sie ihre Kinder allein versorgen wollen, was bei vielen Eltern so ist, oder gemeinsam. Vom Gesichtspunkt der Freizügigkeit her ist allerdings auch zu bedenken, daß es nicht jeder/jedem gefällt, 18 Monate zu Hause zu bleiben, um sich hauptsächlich einem ben, um sich hauptsächlich einem Kleinkind zu widmen. Die Forderung müßte zumindest verbunden werden mit der Forderung nach Ausweitung des öffentlichen Angebots an Erziehungseinrichtungen mit Rechten für die Eltern und Förderung selbstverwalteter, freier Initiativen. Ansonsten stehen beide Forderungen in Konkurrenz zueinander. Das schwedische Beispiel zeigt, daß allein die Verlängerung des Elternurlaubs (neun Monate) und die Verkürzung der Arbeitszeit für Eltern spontan dazu führt, daß die Eltern die Kinderversorgung individuell lösen müssen, da es z.B. nur für 10% der Kinder Kindergartenplätze gibt. M.E. bleibt die Forderung der GRÜNEN an der Betrachtung der gegenwärtigen Verhältnisse kleben, in denen eben Beruf und Kindererziehung, solange die Kinder noch klein sind, nicht vereinbar sind, und zieht daraus die Konsequenz, daß nur eines von beidem möglich ist. Ist es nicht sinnvoller, zu fragen, wie beides zu vereinbaren ist? Zumal 18 Monate Elternurlaub bei vollem Lohnausgleich auch nicht leichter durchzusetzen sind, als eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung (ebenfalls bei vollem Lohnausgleich) und eine zusätzliche für Eltern mit Kindern bis zu einem bestimmten Alter und eine bedarfsgerechte Ausstattung mit gesellschaftlichen Einrichtungen. Die Kinderversorgung wäre kein privates Problem mehr, und die Eltern hätten trotzdem Zeit für ihre Kinder und hätten Zeit und das Recht, auf die Einrichtungen Einfluß zu nehmen. Ökonomisch wäre das kein Problem, wenn alle Frauen in den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß einbezogen werden. Ohne Veränderung der Machtverhältnisse wird das aber nicht abgehen.











Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung ist auch die Voraussetzung dafür, daß bei allgemeiner Erwerbstätigkeit von Frauen in der Hausarbeit erworbene produktive und soziale Fähigkeiten weiter entwickelt und gepflegt werden können.

Nichts bleibt vom „liberalen Ausländerrecht"

Zu dem Artikel „Was ist mit dem liberalen Ausländerrecht?", KVZ 30/1982

Der Artikel gibt eine recht gute Übersicht über die Bestimmungen über Arbeits- und Aufenthaltsberechtigung für Ausländer. Er abstrahiert allerdings an manchen Punkten von der konkreten momentanen Situation, wo die Behörden jede Möglichkeit nutzen, auch festgelegte Rechte der Ausländer durch ihre „berühmt-berüchtigten" Ermessensspielräume und internen Erlasse einzuschränken. Zum anderen werden in dem Artikel die Bedingungen für die Aufenthaltserlaubnis und -berechtigung benannt, aber nicht bewertet und eingeschätzt, was allerdings wesentlich für das Verständnis ist. Im Folgenden einige Punkte, die in dem Artikel fehlen, bzw. zu kurz gekommen sind, und die wesentlich sind für eine Einschätzung der gegenwärtigen Ausländergesetze.

1. Aufenthaltserlaubnis:
Bedingungen für eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis:
– mindestens fünfjährige ununterbrochener und rechtmäßiger Aufenthalt in der BRD (Unterbrechungen für Wehrdienst und unter sechs Wochen werden nicht berücksichtigt),
– in dieser Zeit darf der Ausländer nicht gegen die Rechtsordnung verstoßen haben,
– Nachweis von ausreichendem Wohnraum, d.h. mindestens 12 m² für alle Personen über sechs Jahre und mindestens 8 m² für Kinder unter sechs Jahre.

Diese Bedingung ist gegenwärtig mit am schwersten zu erfüllen, und die Berechnungen für einen nachzuweisenden Wohnraum für Ausländer liegen über denen, die das Wohnungsamt Deutschen für eine Sozialwohnung zugesteht. Bei 1,2 Millionen deutschen Staatsbürgern liegen die für Ausländer gültigen Wohnraumbestimmungen auch nicht vor, zu 70% sind es Haushalte mit fünf oder mehr Personen.

Inzwischen existieren Verwaltungsvorschriften in einigen Bundesländern, die einen Nachweis der Mindestwohnfläche von 12 m² je nachzugsberechtigtem Familienmitglied fordern, unabhängig davon, ob dieses nachzieht oder nicht (Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg). D.h. jedes neugeborene Kind, selbst wenn es im Ausland geboren wird, kann dazu führen, daß die Aufenthaltserlaubnis bei Neubeantragung für alle Familienmitglieder erlischt.
land geboren wird, kann dazu führen, daß die Aufenthaltserlaubnis bei Neubeantragung für alle Familienmitglieder erlischt.
Gerade diese Bedingungen werden seit den neuesten Maßnahmen der Bundesregierung gegen die Ausländer besonders genau überprüft.
– Deutsche Sprachkenntnis, Angaben über die persönlichen Verhältnisse müssen in deutscher Sprache gemacht werden können;
– der Ausländer muß in der Lage sein, seinen Lebensunterhalt und seine Unterhaltsverpflichtung selbst bestreiten zu können (Arbeitserlaubnis nach §2 der Arbeitserlaubnisverordnung);
– die schulpflichtigen Kinder müssen während des letzten Jahres ordnungsgemäß und regelmäßig ihrer Schulpflicht nachgekommen sein. Aufgrund der schulischen Bedingungen kann der Schulbesuch der ausländischen Kinder häufig nicht regelmäßig sein.

Nach der Repräsentativumfrage 1980 zur Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der BRD vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung sind von den Nicht-EG-Staatsangehörigen 25,5% (von den Türken 16,6%) im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis (nach ZAR 2/3 1981, S. 81).

Das weist darauf hin, daß die Erlangung dieser Erlaubnis gerade durch die strikte Überprüfung dieser Bestimmungen schwerer zu erlangen ist, als es nach dem Gesetz den Anschein hat. Vor allem die Bestimmungen über den nachzuweisenden Wohnraum und zur Erlangung einer Arbeitserlaubnis sind für viele Ausländer nicht erreichbar. Viele trauen sich deshalb auch nicht, sich den geforderten behördlichen Ermessensentscheidungen immer wieder zu stellen.

Nach der gleichen Untersuchung sind nur 2,6% (Türken 1,7%) im Besitz einer Aufenthaltsberechtigung.

Also nur 28,1% der Ausländer verfügen über einen verfestigten aufenthaltsrechtlichen Status. Man kann sich ausmalen, was in Anbetracht der Vorhaben der Parteien und der Bundesregierung demnächst noch an schikanösen Bestimmungen auf die Ausländer zukommt.

2. Arbeitserlaubnis
Nach der o.g. Untersuchung sieht es mit der Arbeitserlaubnis folgendermaßen aus: Von den Nicht-EG-Staatsangehörigen verfügen 26,8% (Türken 14,2%) über die besondere Arbeitserlaubnis ohne Befristung; 38,3% (Türken 24,1%) über die allgemeine Arbeitserlaubnis mit 2jähriger Befristung und 12,3% (Türken 16,1%) über eine 1jährige Arbeitserlaubnis.

65,1% der arbeitserlaubnispflichtigen ausländischen Arbeitnehmer verfügen damit über eine verfestigte arbeitserlaubnisrechtliche Position, die sie vom Vorrang Deutscher und EG-Staatsangehöriger unabhängig macht. Die besondere Arbeitserlaubnis setzt jedoch einen fünfjährigen Aufenthalt in der BRD voraus, doch auch dies kann immer noch nicht als gesicherte Rechtsposition angesehen werden.

Für alle anderen ausländischen Arbeiter aus Nicht-EG-Staaten ist gegenwärtig der Arbeitsmarkt dicht, da das Arbeitsamt prinzipiell nach §19 des AFG handelt, der bei Besetzung aller Arbeitsplätze den deutschen Arbeitern und denen aus EG-Staaten den Vorrang gibt und damit die Erteilung einer Arbeitserlaubnis von der Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes abhängig gemacht ist.

In der letzten Zeit gab es eine Reihe von Prozessen, z.B. bei Putzfirmen, bei denen sich die Kapitalisten dafür eingesetzt haben, türkische Arbeiter und Arbeiterinnen einzustellen, weil sie billiger sind, die jedoch immer negativ für die ausländischen Arbeiter ausgingen. Außerdem bedeutet die Beschreitung des Rechtsweges viel Zeit, und welcher Kapitalist hält so lange eine Stelle frei.

Der §19 AFG ist einer der Hauptgründe, warum viele Türken jetzt in die Türkei zurückkehren müssen. Selbst bei Ausländern, die die besondere Arbeitserlaubnis haben, ist die Hauptangst die vor der Arbeitslosigkeit, denn sie befürchten, daß der §19 AFG ausgedehnt wird und sie kaum eine Chance haben, vermittelt zu werden. Das kam auch bei der Befragung in Frankfurter Betrieben heraus, in denen die Arbeiter, vor allem die ausländischen, gegen die Werksschließung und Stillegung von Abteilungen gekämpft haben.

Diese Ausländergesetze stehen gegenwärtig von seiten der Regierungen zur Diskussion und sollen im Herbst novelliert werden. D.h. sie sollen vereinheitlicht werden, da durch die unterschiedlichen Verwaltungsvorschriften der Länder vieles unterschiedlich gehandhabt wurde. Die Ermessensspielräume der einzelnen Ausländerbehörde sollen damit eingeschränkt werden. Doch da man sich schon jetzt nicht über die Familiennachzugsregelung einigen kann, wird das wohl noch einige Zeit dauern.

In Anbetracht der Vorhaben der Regierung und erst recht, wenn die CDU-Mehrheit sich auf Bundesebene durchsetzt, wird wohl nicht ein einziger positiver Rest von dem „liberalen Ausländerrecht" übrigbleiben. Darauf deuten auch alle inzwischen erlassenen Verwaltungsvorschriften der Landesregierungen und Erlasse der BA hin. Insofern wäre es schon richtig, sich etwas kritischer mit diesen Gesetzen in der KVZ auseinanderzusetzen.

wal, Frankfurt

Die historische Chance der PLO

Zum Artikel von Theo Mehlen in KVZ 30/1982 zu Palästina

Zu drei Punkten möchte ich Stellung nehmen:
1. Es ist eine Situation entstanden, in der ein palästinensischer Teilstaat nicht nur notwendig, sondern auch in den Bereich des möglichen gerückt ist.
2. Die Teilstaatlösung hat die vollständige und weltweite Anerkennung der PLO, vor allem von seiten der USA, zur Voraussetzung. Sie hat aber auch die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes einer jüdisch-israelischen Nation zur Voraussetzung. Das schließt die Anerkennung eines Staatswesens dieser Nation mit ein.
3. Die Anerkennung eines israelischen Staates von seiten des palästinensischen Nationalrates ist kein Kniefall vor dem Zionismus, sondern kann ihn in seinen Grundlagen erschüttern.

Alle Überlegungen über die Zukunft der palästinensischen Revolution, wie Mehlen sie in der KVZ aufwirft, haben zur Voraus-
Alle Überlegungen über die Zukunft der palästinensischen Revolution, wie Mehlen sie in der KVZ aufwirft, haben zur Voraus-
setzung, daß es weiterhin gelingt, den israelischen Angriff zur Eroberung Westbeiruts zu verhindern. Zwei Faktoren spielen da m.E. weiterhin die ausschlaggebende Rolle. Das ist zum einen, daß die PLO ihre Handlungsfähigkeit aufrecht erhalten kann und sogar politisches Terrain gewinnt, das ist zum anderen, daß der Krieg in Israel Risse hervorgerufen hat, die bis in die Armee hineinreichen und die Kriegstauglichkeit dieser Invasionsarmee erheblich beeinträchtigen.

Zu 1: Mehlen erklärt die Notwendigkeit eines palästinensischen Teilstaates aus der nach 1967 in den besetzten Gebieten entstandenen Lage. Der Beschluß des palästinensischen Nationalrates von 1974, auf jedem von Israel befreiten oder geräumten Gebiet Palästinas die palästinensische Souveränität zu errichten, war ein Reflex auf die Erfahrungen der PLO nach dem Schwarzen September 1970. Es hat sich die Einsicht durchgesetzt, daß die palästinensische Revolution keine Zukunft hat, wenn es ihr nicht gelingt, sich eine politische und strategische Basis zu schaffen (siehe die Rede Hawatmehs – Demokratische Front – Dezember 1973). Dieser Beschluß ermöglichte es der PLO, eine Massenbasis in den besetzten Gebieten zu erlangen.

Israels Politik der „vollendeten Tatsachen" ist die Antwort auf genau diesen Umstand, wie auf die wachsende internationale Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes. Die Politik Israels zielt darauf, eine Teilstaatenlösung unmöglich zu machen.

Zu 2: Die strategische Forderung der PLO nach einem weltlichen demokratischen Staat, in dem Juden, Moslems und Christen friedlich zusammenleben sollen, trägt utopische Züge. Es ist sicherlich ein Fehler, daß damit die Existenz einer jüdisch-israelischen Nation nicht anerkannt wird; diese Losung hatte in der Vergangenheit ihre Bedeutung, die man nicht unter-
disch-israelischen Nation nicht anerkannt wird; diese Losung hatte in der Vergangenheit ihre Bedeutung, die man nicht unter-
schätzen sollte.

Sie richtete sich direkt gegen die Legende von der Vertreibung der Juden ins Meer, gegen eine Politik der rassistischen Umkehrung. Sie beinhaltet die Willenserklärung des palästinensischen Volkes, daß es keine rassistische, keine nationale Diskriminierung geben wird und alle Menschen das Recht haben, eigene politische und nationale Organisationen zu gründen.

Der eigentliche Fehler liegt nicht darin, daß die PLO die Existenz einer jüdisch-israelischen Nation leugnet, sondern daß nach 35 Jahren Krieg, Unterdrückung, Haß und Angst für ein friedliches Zusammenleben beider Völker in *einem* Staat die Voraussetzungen fehlen. Auch dies ist eine der „Glanzleistungen" des Zionismus.

Es gibt heute eine jüdisch-israelische Nation. Sie ist das entscheidende Produkt der Politik der „vollendeten Tatsachen", die der Zionismus geschaffen hat. Es ist eine Nation mit eigener Sprache, Kultur, Geschichte und einem Staat.

Mich verwundert aber, wieso Mehlen dieser einfache Umstand nicht als Beweis für die Existenz dieser Nation ausreicht – ja, gar keine Erwähnung findet. Statt dessen wird eine Position referiert, wo dieser Beweis aus dem Zionismus als Emanzipationsbewegung hergeleitet werden soll. Die Leichtfüßigkeit, mit der der Zionismus seines rassistischen Charakters entkleidet wird, ist schlicht verantwortungslos. Der Hinweis auf den Unterschied zum südafrikanischen Rassismus ist dünn. Zu diesem Problem wird aber noch Gelegenheit zur Auseinandersetzung sein, hier nur soviel. Der Kern aller Strömungen des Zionismus besteht in der „Jüdischen Exklusivität". Wenn das kein Rassismus ist, was dann?

Ein weiterer Fehler Mehlens besteht m.E. in der Unterschätzung der Bedeutung der Anerkennung der PLO durch die USA. Diese Anerkennung eröffnet eine internationale Lösung in Richtung Teilstaat und sie eröffnet der PLO auch die Beteiligung an solchen Verhandlungen. Man muß sich auch darüber klar sein, daß es ohne internationale Garantien nie zu diesem Staat kommen wird und er auch nicht gegen Israel durchgesetzt werden kann.

Israel wird freiwillig nie die PLO anerkennen und damit das Recht eines palästinensischen Staates auf palästinensischen Boden, denn es beansprucht das ganze Gebiet für Erez Israel.

Zu 3: Die Anerkennung des Staates Israel mag schmerzlich sein und eine Zustimmung für die Palästinenser, wie Micha Brumlik schreibt, aber dieser Staat ist auch so eine der *unumstößlich* geschaffenen Tatsachen. Zum anderen hat die israelische Regierung zu Recht eine Heidenangst vor einem solchen Schritt der Palästinenser.

Eine internationale Regelung zur Schaffung eines Teilstaates Palästina und die Anerkennung Israels durch den palästinensischen Nationalrat hätte zum Inhalt, daß erstmals seit 1948 die international anzuerkennenden Grenzen Israels vereinbart werden müßten und daß erstmals geklärt werden müßte, wer denn neben den arabischen Israelis Anspruch auf die Staatsbürgerschaft hat – die in Israel geborenen und aufgewachsenen Juden oder ob alle in der Welt lebenden Juden den Status von „Staatsbürgern fern der Heimat" genießen.

Beide Fragen berühren die Grundlagen des Zionismus. Ob die beiden zukünftigen Staaten dann Formen des Zusammenlebens finden, ob sie sich vereinigen, brennt heute wohl niemanden unter den Nägeln.

Michael Riese, Westberlin

Die PLO anerkennen
Michael Riese, Westberlin

Die PLO anerkennen

In seinem Artikel in KVZ 30/1982 kommt Theo Mehlen zu dem Schluß, daß der israelische Staat als „koloniale Besiedlungsorganisation" richtig charakterisiert ist. Davon unabhängig müsse das eventuell nationale Existenzrecht des jüdischen Volkes anerkannt werden.

Nun ist das so: Es handelt sich um die nationale Existenz von Juden. Diese nationale Existenz schließt aus, daß am selben Fleck Nichtjuden wohnen. Daraus ergibt sich, da am selben Fleck eine Nation existiert, nämlich die palästinensische, die sich seit Jahrhunderten mehr oder weniger dort entwickelt hat, daß Menschen dieser Nation vertrieben und vernichtet werden. Das hat der Zionismus seit den 20er Jahren gemacht, und Begin hat dabei selbst Hand angelegt. Diese Sorte Kolonisierung ist zwangsläufig, weil diese „Nation" sich nur durch Vernichtung der anderen bilden kann, und so ist es auch nicht zufällig, was heute im Libanon passiert.

Eine andere Frage ist, ob den nun in Palästina wohnenden Juden schon jetzt bestimmte nationale *Rechte* zugesichert werden sollen in einem palästinensischen Staat, ob dieser palästinensische Staat nicht am besten zu bilden ist, wenn zuerst eine Teilstaatlösung angestrebt wird, wenn zunächst weiter ein israelischer Staat existiert. Nämlich, damit er seinen Charakter vielleicht von innen ändern kann und eine Lösung des Problems durch Verhandlungen ins Auge gefaßt werden kann. Oder damit diese „koloniale Besiedlerorganisation" leichter von außen zerschlagen werden kann, falls nötig.

Jedenfalls ist es bisher noch nie gelungen, eine Siedlergesellschaft von innen zu zerschlagen, da diese meist auf ihren gemeinsamen Interessen gegenüber den ehemaligen Landbesitzern und eventuell jetzt rassistisch unterdrückten „Ureinwohnern".

Zum Schluß: Ich bin nicht dagegen, Fehler in Befreiungskriegen anderer Nationen zu diskutieren, um daraus zu lernen und um damit bewußte Unterstützung dieser Kriege zu fördern. Ich habe allerdings den Eindruck, daß vergessen wird, daß man diese Kriege erst einmal so unterstützen muß, wie diese Völker sie führen. Vielleicht wäre es in dieser Hinsicht nützlich, wenn die EG die Assoziierung Israels suspendierte, wenn die europäischen Regierungen die diplomatische Anerkennung einer „kolonialen Besiedlerorganisation" verweigerten, wenigstens so lange, wie diese so auftritt, und wenn die europäischen Regierungen vielleicht gerade jetzt die PLO anerkennen, um eine günstige Entwicklung der palästinensischen Nation zu fördern. Das scheint mir dringlicher als die Förderung einer jüdischen.

A. M., Frankfurt

Widersprüche realistisch einschätzen

In dem Leserbrief aus Münster (KVZ Nr. 30) wird Kritik an der Nah-Ost-Berichterstattung der KVZ geübt. Verschiedene Fragen werden angesprochen, zu deren Klärung die KVZ nichts beigetragen habe. Ich kann die Kritik nicht ganz teilen, weil sie von falschen Voraussetzungen ausgeht und falsche Erwartungen enthält. Es hilft ja nicht, darüber zu klagen, daß unser Beitrag wenig bringe. Es ist so! (Auch wenn es weitaus weniger ausbaufähige Positionen in der Solidaritätsbewegung gibt.) Die Forderung nach einer realistischen Einschätzung der Kräfteverhältnisse im Nahen Osten wird mit realpolitischen Argumenten des Verfassers begründet, die m.E. nur einen Teil der Realität einfangen. Zumindest verstehe ich
mit realpolitischen Argumenten des Verfassers begründet, die m.E. nur einen Teil der Realität einfangen. Zumindest verstehe ich
die Tendenz der Fragen so, daß sie eine Niederlage der palästinensischen Revolution konstatieren, die es zu erklären gelte.

Angezweifelt wird, daß die Demonstrationen in Israel von nennenswerter Bedeutung seien. Der von uns seit Jahren „verbuchte" Zuwachs an Widersprüchen habe nichts an der Schlagkraft Israels geändert. Was hätte er ändern können bzw. was kann er ändern? Die Regierung Begin, Sharon und Shamir steht damit nicht zur Disposition. Die Absage an die Aufrechterhaltung des nationalen Konsens (um jeden Preis) ist aber *einer* der Gründe, die Israel den vollen Einsatz seiner Militärmaschinerie und seiner Soldaten *politisch* erschweren ...

Am 18. Juni schrieb der Militärberichterstatter von „Yediot Aharonot": „Die Kämpfer der PLO, die von uns als Haufen angesehen wurden, haben im Verlauf dieses Krieges ein Beharrungsvermögen und eine Intelligenz gezeigt, die man nicht unterschätzen darf. Die israelischen Soldaten, die über Jahre hinweg die Fedayin mißachtet haben, haben auf äußerst schmerzliche Weise diese bittere Wahrheit erfahren. Die Kinder der PLO haben die ganze Welt in Erstaunen versetzt, indem sie ganz aufrecht vor den Panzern mit Raketenwerfern stehenblieben und mit nicht zu übersehendem Mut schossen." Es kommt mir hier nicht darauf an, mit den Worten des Feindes sozusagen, die Kampfkraft der palästinensischen Befreiungsbewegung zu „feiern", aber erledigt ist die PLO auch militärisch nicht. Das ist wichtig für die politische Unterstützung, die wir ihr vor allem leisten sollten.

Die Feststellung, Israel behaupte sich immer wieder, halte ich auch unter anderen Gesichtspunkten für nicht richtig. Natürlich schreien seine Vertreter markig-martialisch, etwa, daß sie niemals mit der PLO verhandeln würden. Sowieso führen nicht *sie* Verhandlungen, sondern die USA tut es mit ihnen und den Palästinensern. Ein Korrespondent der „Berliner Allgemeinen jüdischen Wochenzeitung" berichtet aus Tel Aviv, Rabin und andere Minister des Begin-Kabinetts seien für eine Revision der „Forderung nach dem totalem Abzug der PLO und der Syrer aus dem ganzen Libanon zugunsten einer Evakuierung der PLO-Kämpfer und Syrer aus Westbeirut nach Nord- und Ostlibanon und der Fernhaltung der PLO aus einem 45-km-Streifen im israelisch-libanesischen Grenzgebiet". Welche Gründe auch immer die angeführten Politiker bewegen mögen, unnachgiebige Stärke läßt sich aus solchen Äußerungen jedenfalls nicht entnehmen ...

jup. Westberlin

Aufruf zur Solidarität mit der NZS, dem unabhängigen Studentenverband in Polen

jöf.Köln. Von den Basisgruppen im Kölner Uni-AStA wurde zusammen mit den anderen „Basisgruppen in-und außerhalb der vds" und linksunabhängigen Listen, wie z.B. der LUST Uni Bonn und der LUFT TH Aachen, sowie einigen ASten, darunter der GHS Essen, der Uni Kiel und der Fachschaftsräte-Vollversammlungen Tübingen und Heidelberg, und einer Reihe von AStA- und Fachschaftsmitgliedern eine Initiative zur Solidarität mit NZS gestartet. Zu den Erstunterzeichnern gehören auch Norbert Kunz, Juso und Vorstandsmitglied im vds, und Malte Ristau, Bundesgeschäftsführer der Jungsozialisten-Hochschulgruppen. Die Initiative umfaßt eine Unterschriftenaktion, mit der die Forderung nach Freilassung aller internierten und inhaftierten Student/inn/en und Hochschullehrer gefordert wird, insbesondere die Freilassung der seit Januar 1982 inhaftierten und inzwischen schwer erkrankten NZS-Mitglieder Krzysztof Krzysztoflak (Herausgeber des NZS-Bulletin), Bogdan Klich (Mitglied des Nationalen Komitees des NZS), Zbigniew Solak und Jerzy Pelkarsky – alle aus Krakau. Des weiteren wird gefordert: Rücknahme aller Relegationen und Entlassungen, Wiederzulassung des NZS, Entfernung des Militärs aus den Universitäten, Aufhebung des Kriegsrechts in der VR Polen. Studenten, Fachschaften und ASten sind aufgefordert, selbst Unterschriften zu sammeln. Listen sind zu beziehen über D. Asselhoven c/o Initiative Solidarität mit NZS, AStA Uni Köln, Universitätsstr. 16, 5000 Köln 41. Die Unterschriftenlisten werden in Köln zusammengefaßt und den polnischen Behörden in passender Form überbracht.

Darüber hinaus rufen die Initiatoren auf, selbst Briefe insbesondere für die Freilassung der vier von Vertretungs- und Selbstverwaltungsorganen zu verfassen, die Möglichkeit einer Patenschaft zwischen einem AStA und einer polnischen örtlichen Studentenschaft zu prüfen, polnische Studenten und Wissenschaftler an die Hochschule in Westdeutschland einzuladen und die Durchführung eines Transports an eine polnische Universität zu organisieren. Zur Unterstützung der Tätigkeit des NZS im Exil wie im polnischen Untergrund wurde in Köln ein Spendenkonto eingerichtet (Postscheckkonto Köln und Selbstverwaltungsorganen zu verfassen, die Möglichkeit einer Patenschaft zwischen einem AStA und einer polnischen örtlichen Studentenschaft zu prüfen, polnische Studenten und Wissenschaftler an die Hochschule in Westdeutschland einzuladen und die Durchführung eines Transports an eine polnische Universität zu organisieren. Zur Unterstützung der Tätigkeit des NZS im Exil wie im polnischen Untergrund wurde in Köln ein Spendenkonto eingerichtet (Postscheckkonto Köln Nr. 323810 – 505, P. Stein, Stichwort „NZS"). So hat z.B. das Studentenparlament der Uni Köln auf Antrag der Basisgruppenfraktion im Mai mehrheitlich den AStA damit beauftragt, eine Patenschaft mit einer polnischen Studentenschaft herzustellen.

Die Initiatoren verstehen diese Initiative als „universitätsbezogene Ergänzung" der Solidaritätsbewegung mit „Solidarność" im gewerkschaftlichen und anderen Bereichen, wie sie durch den Frankfurter Koordinationsausschuß „Solidarität mit Solidarność" repräsentiert wird. Die Initiative ist gerade deshalb auch wichtig, weil die Zustände an den polnischen Hochschulen und die Situation der in der Mehrheit oppositionellen Studenten bisher in der Solidaritätsarbeit kaum Berücksichtigung fanden. Dabei sind gerade auch die Hochschulen vom revolutionären Umwälzungsprozeß miterfaßt worden.

Im Aufruf heißt es dazu: „So wie ‚Solidarność' in der VR Polen für Arbeiterselbstverwaltung, fundamentale Demokratisierung und für die Verbesserung der Lebensbedingungen der polnischen Arbeiterklasse steht, für eine Umwälzung des ‚realen Sozialismus' zu einer wirklich befreiten Gesellschaft – so haben sich die polnischen Student/inn/en in ihrer überwiegenden Mehrheit von Anfang an auf die Seite dieser Emanzipationsbewegung gestellt und aktiven Anteil daran gehabt ... Studentenbewegung und NZS (Niezalenzne Zrzesznie Studenow), Hochschullehrer und Solidarność haben sich gemeinsam für eine progressive Veränderung der polnischen Hochschulen im Interesse der Bevölkerung eingesetzt, u.a. mit den Zielen: maximale Unabhängigkeit der Universitäten vom Staat; demokratisch gewählte Selbstverwaltungsgremien (Fachbereichsräte, Rektoren, Dekane); Drittelparität für die studentischen Vertreter in den Hochschulgremien; Wiedereinstellung aller aus politischen Gründen entlassenen Hochschullehrer und der relegierten Student/inn/en; keine politische Zensur durch staatliche Stellen und freier Zugang zu allen wissenschaftlichen Unterlagen; Abschaffung der Zwangskurse mit der offiziellen Staatsapologie des stalinistischen Katechismus (‚Marxismus-Leninismus-Pflichtkurse'); Umfassende Studienreform durch die beteiligten Hochschulangehörigen und die Vertreter der Bevölkerung; ausreichende materielle Absicherung des Studiums; Beseitigung des Systems der ‚kleinen Privilegien' (Auslandsreisen, Wohnheimplätze) für staatskonformes Verhalten."





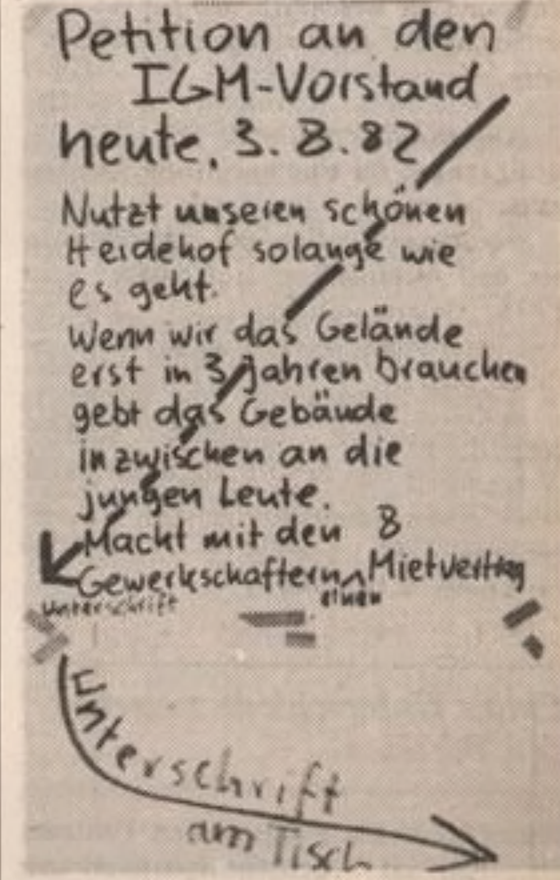
Am 6. August werden sie in Wien eintreffen, die Friedensmärsche aus Berlin (im Bild), aus Skandinavien, Finnland, England, Sizilien, Italien, Griechenland und wohl auch aus der Sowjetunion. Am 6. August, an dem Tag, an dem vor 37 Jahren in Hiroshima die erste Atombombe abgeworfen wurde. Wien, weil hier die Abrüstungsverhandlungen stattfinden, so wie für das kommende Jahr schon Genf als Zielpunkt im Gespräch ist. Knapp 200 Frauen und Männer sind auf dem Marsch von Berlin bis Wien unterwegs. – Seit Sonntag Mittag 12.00 Uhr läuft die Blockadeaktion gegen das Atomsprengkopflager bei Großengstingen auf der Schwäbischen Alb. Dort ist die „Sondermunition" für die sechs in der benachbarten Kaserne stationierten „Lance"-Kurzstreckenraketensysteme gelagert. Im Wechsel blockieren jeweils 3 Bezugsgruppen (ca. 10 bis 15 Menschen) die Zufahrtsstraße. Drei weitere Gruppen stehen bereit, um einzuspringen, falls von Polizei geräumt wird, was mehrmals schon passierte. Die ca. 750 Mitglieder der Blockadegruppen sind auf 5 Camps in der Umgebung Großenstingens verteilt. Neben der Blockade führen sie zur Information der Bevölkerung eine Friedenswoche durch. Die Blockade soll noch bis zum Wochenende dauern und danach in Diskussionen ausgewertet werden.

Ankett-Aktion zur Erhaltung des Heidehofes

„Lernt erst mal das Eigentum anderer Leute zu respektieren"

acm.Frankfurt. Am Montagabend ketteten sich drei der 35 „Paten" der Besetzer des „Heidehofes" (ehemalige Schulungsstätte der IG Metall in Dortmund) am IG-Metall-Hochhaus an, um Druck auf den Hauptvorstand zu machen. Schon seit mehreren Wochen haben Besetzer und Patengemeinschaft mit verschiedenen Aktionen versucht, auf den Hauptvorstand einzuwirken, damit dieser seinen Beschluß auf Abriß des „Heidehofs" zurückzieht. Die drei Paten erklärten am Dienstag, daß mit Druck auf den IGM-Vorstand in Dortmund kaum noch etwas zu erreichen sei. Nur der Hauptvorstand könne jetzt noch eine andersartige Entscheidung herbeiführen. Die Ankettungsaktion wurde jetzt von acht Paten mit dem Vorschlag verbunden, den Heidehof für drei Jahre stellvertretend für die jetzigen Bewohner anzumieten. Eugen Loderer, der am Dienstagmorgen in die Zentrale der IG Metall eilte, reagierte nach Ansprache durch die Angeketteten auf seine Weise: „Lernt erst mal, das Eigentum anderer Leute zu respektieren."

– In Dortmund selbst steht praktisch der Abrißbeschluß. Die Stadtverwaltung hat der IGM grünes Licht gegeben und seit dem 20. Juli sind schon Strom und Wasser abgedreht worden. Daß es sich bei der ganzen Geschichte um einen Spekulationsfall handelt, ist nicht sofort von der Hand zu weisen. Nach Beschluß der IGM soll nach Abriß vorläufig keine Gewerkschaftsschule an den Platz der alten treten, und der Wert des Geländes beträgt insgesamt 15 Mio. DM. So konzentriert sich der Kampf vieler Jugendlicher in Dortmund auf die Verhinderung des Abrisses des Heidehofes. Seit einem halben Jahr ist der Hof besetzt und entfalten sich hier die verschiedensten politischen und kulturellen Tätigkeiten. Auch ohne Strom werden Musikveranstaltungen durchgeführt, jetzt soll das Sommerfest der Szene-Kneipe Checoolala im Heidehof gefeiert werden. Erste Werkstätten sind innerhalb des Heidehofes entstanden, unter anderem eine Holz- und eine Fahrradwerkstatt. Die Tagungsräume wurden für Theater- und Musikveranstaltungen genutzt. Im letzten halben Jahr zählte der Heidehof über 10000 Besucher.



Die Aktion wurde am Dienstag Nachmittag beendet, nachdem Eugen Loderer Zugesagt hat, den Heidehof bis zur nächsten Vorstandssitzung am 7. September nicht abzubrechen. Die Zukunft des „Heidehofes" soll noch einmal grundlegend auf einer Vorstandssitzung beraten werden.

Veranstaltungen

Bremen

stration kann eine Terminänderung notwendig werden; bitte Hinweise in unserer nächsten Ausgabe beachten)

Anmeldung bis 15.8. an KVZ-Redaktion

Arbeitsgruppen:

Veranstaltungen

Bremen

Öffentliche Mitgliederversammlung des Bezirks Bremen/Unterweser zur Vorbereitung des Antikriegstages in Bremen. Gaststätte Gerken, Feldstraße

Sonntag, 8.8.1982, 10.00 Uhr

Arbeitstreffen zum Palästina-Problem / Nahost-Konflikt

Erfahrungsaustausch über die bisherige Arbeit in den örtlichen Solidaritätsinitiativen – Debatte um die inhaltlichen Fragen, u.a. anhand der bisher erschienenen KVZ-Artikel: Israelische Politik, Strategie der PLO, innerarabische Widersprüche, Rolle der Supermächte.

Beginn: Samstag, 21.8.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 22.8.1982, 13.00 Uhr
(Wegen der geplanten zentralen Demonstration kann eine Terminänderung notwendig werden; bitte Hinweise in unserer nächsten Ausgabe beachten)

Anmeldung bis 15.8. an KVZ-Redaktion

Arbeitsgruppen:

Wohnungspolitik
Beginn: Samstag, 28.8.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 29.8.1982, gegen 16.00 Uhr

Fragen der Friedensbewegung
Beginn: Samstag, 4.9.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 5.9.1982, gegen 16.00 Uhr

Anmeldungen bis spätestens 1 Woche vorher

Die Arbeitsgruppen und Schulungen finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 11, Mainzer Landstraße 147, Tel. 0611/730231. Weitere Informationen sind dort ebenfalls erhältlich.

Verrenkungen der Parlamentsjuristen, zur Ehre Reagans

kvz. Als der amerikanische Präsident Reagan im Bundestag sprach, hatten Hansen und Coppik ihrem Mißfallen deutlich Ausdruck verliehen: Auf zwei Schemeln nahmen sie noch vor den Abgeordnetenbänken Platz und pfiffen mehrmals mit Trillerpfeifen. Parlamentspräsident Stücklen, angesichts des hohen Besuchs um die Würde des Hauses besorgt, sprach den beiden unter Berufung auf die Geschäftsordnung seine „schärfste Mißbilligung" aus. Hansen wollte daraufhin vom Parlamentspräsidenten wissen, auf welcher Rechtsgrundlage eigentlich Reagan vor dem Parlament habe reden können. Mit fragwürdigen juristischen Winkelzügen hat der „Fachbereich Parlamentsrecht" der Bundestagsverwaltung diese Frage beantwortet.

Soweit für Nichtwinkeladvokaten erfaßbar, lautete die verschlungene Antwort der Parlamentsjuristen: Zwar habe Reagan außerhalb der Tagesordnung, jedoch innerhalb der an diesem Tag anberaumten Bundestagssitzung, wiewohl bei unterbrochener Beratung gesprochen. Folglich sei das Ganze dennoch eine von der Geschäftsordnung gedeckte Bundestagsveranstaltung gewesen, in der der Bundestagspräsident über ein Disziplinarrecht gegenüber den Abgeordneten verfüge.

Zitat: „Die Möglichkeit einer Rede im Bundestag in der Form einer Erklärung außerhalb der Tagesordnung ist für den amerikanischen Präsidenten vor allem deshalb gewählt worden, weil man eine anschließende Aussprache im Parlament als unangebracht ansah. Wäre die Rede auf die Tagesordnung gesetzt worden, hätte sich die Frage gestellt, ob gemäß §23 GOBT nach der Rede die Aussprache zu eröffnen war, sobald es gewünscht wurde. Wenn auch außerhalb der Tagesordnung, so sollte der Gast aber doch innerhalb einer Plenarsitzung empfangen werden. Denn nur auf diese Weise sprach der amerikanische Präsident vor dem Verfassungsorgan Bundestag."

Es werden auch vergleichend Rechtsgelehrte angeführt, von denen freilich zwei (Lerche und Maunz) eine solche Redemöglichkeit verneinen, während sie ein Dritter (Maassen) aus „Gründen der Courtiosie" bejaht. Besonders spitzfindig wurde die Parlamentsjuristen, als sie auseinanderdividierten, daß zwar ein Minderheitenrecht – die Eröffnung einer Aussprache zu verlangen – bestehe, wenn Regierungsmitglieder außerhalb der Tagesordnung das Wort ergriffen, dieser „besondere Fall" treffe aber nicht auf den US-Präsidenten zu. (nach „Bonner Extra-Dienst")

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Friedemann Bleicher · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse · Ausland: cof, Theo Mehlen · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag;
Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 11 62, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730236 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM; Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 501 900 00)

Parteien gleich Wachstumsparteien – oder kann man Widersprüche ausnutzen?

Wir drucken im folgenden Auszüge aus einem überarbeiteten Referat von W. Preßmar, das er auf der Mitgliederversammlung des Bezirks Frankfurt des KBW zur Einleitung der Diskussion über die Aufgaben zu den Landtagswahlen in Hessen gehalten hat.

Die Landtagswahl in Hessen hat mehr noch als die beiden vorangegangenen bundespolitische Bedeutung. Eine CDU-geführte Koalitionsregierung in Wiesbaden würde die Bundesregierung kaum lange überstehen. Von noch größerem Interesse ist aber eine Konstellation, die die CDU von der Landesregierung fernhält, weil sie die absolute Mehrheit und die FDP die 5%-Hürde verfehlt. Die SPD könnte erneut die Regierung übernehmen – müßte sich aber mit den GRÜNEN einigen. Ein solches Bündnis, bisweilen von SPD-Führung wie GRÜNEN abgelehnt, könnte das Parteiengefüge bis zur Bundestagswahl so erschüttern, daß es tatsächlich erstmals seit Jahrzehnten zu einer „Polarisierung der demokratischen Kräfte" kommt, wovor gerade noch F.J. Strauß die SPD gewarnt hat. Die Sozialdemokratie könnte und müßte nach links gehen (zu diesem Gesichtspunkt siehe den Artikel des Genossen Schmierer, „Oberflächengesäusel, oder mehr?", KVZ 28, S. 14/15 mit Dokumentation). Mittlerweile gibt es in zahlreichen Ortsvereinen Vorstöße für die Zusammenarbeit mit den GRÜNEN nach der Wahl, und bei den GRÜNEN wird an einem Katalog von Sachfragen gearbeitet, die ggf. in Verhandlungen um eine begrenzte Zusammenarbeit eingehen sollten. M.E. bietet das SPD-Programm dafür auch einige Anhaltspunkte für eine Zusammenarbeit – ganz im Unterschied zum CDU-Programm.

Einige Unterschiede zwischen den Parteien

Wenn man die bürgerlichen Parteien aber nur als Wachstumsparteien mit ihrer Großprojekte-Politik sieht, schränkt das den Blick bis zur Verzerrung ein. Aus dieser Perspektive kann man sich dann auch nicht mehr erklären, wie einerseits diese „Wachstumsparteien" zusammen vielleicht 80 bis 90% der Stimmen bekommen, andererseits über ein Drittel der Bevölkerung bewußt gegen das „Großprojekt" Startbahn West ist.

Zudem werden die Unterschiede der Politik dieser bürgerlichen Parteien nicht mehr wahrnehmbar. Interessant ist z.B., daß sich im SPD-Programm, das sich Regierungsprogramm 1982 bis 1986 nennt, mit keinem Wort der Flughafenausbau, die Startbahn West, erwähnt wird. Die Programme von CDU und FDP nehmen ausdrücklich befürwortend und begründend dazu Stellung. Natürlich schwankt Börner nicht in seinem Kurs, die Startbahn zu bauen. Er hat eine solche ausdrückliche Festlegung dennoch nicht einfach so unterlassen, sondern schonmal deshalb, weil er den Konsens in der eigenen Partei nicht über Gebühr strapazieren wollte. Das ist ein gutes Zeichen und bestätigt viele Bürgerliche, z.B. Hoffie, die sagen, die verschiedenen Projekte würden nur noch gegen, kaum mit der SPD durchzusetzen sein.

Ein anderes Beispiel. Im Entwurf des SPD-Programms wurde der Ausbau des Kernkraftwerks Biblis um einen dritten Block (Biblis C), wenn auch nur indirekt, namentlich benannt. In der Endfassung ist nichts mehr von Biblis C drin; geblieben ist eine schwammige Passage zur Kernenergie. CDU und FDP machen dazu glasklare Aussagen. Übrigens sucht man auch im Forderungskatalog des DGB, der mehr als dünn ist, vergeblich den Ausbau des Flughafens, den Bau von Kernkraftwerken und WAA. Ich schließe daraus, daß die SPD in diesen Fragen nicht mehr frei operieren kann, was z.B. Regelungen nach der Wahl begünstigen könnte, daß auf diese Projekte verzichtet wird.

Mir geht es im folgenden darum, aufzuzeigen, daß die beiden großen bürgerlichen Parteien tatsächlich unterschiedliche, teils sogar konträre politische Konzepte vertreten, wie aus der gegenwärtigen Krise herauszukommen ist. Das gilt insbesondere für die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Tatsächliche Differenzen gibt es auch in der Schulpolitik, eine ziemliche Annäherung dagegen in der Ausländerpolitik. Ich kann hier nicht ins Detail gehen, sondern nur die Hauptlinien der Differenzen herausheben und der Frage nachgehen, wie es kommt, daß die CDU mit ihrer Programmatik dennoch mehrheitsfähig ist.

Das allgemeine Motto des SPD-Programms läßt sich gut in die Blödel-Parole der Börner-Plakate fassen: „Hessen hats gut." Es soll alles so bleiben, wie es ist, nur noch da und dort besser werden. Entsprechend allgemein und nichtssagend-breit ist es auch über weite Passagen. Konkret ist es nur beim Aufzählen der angeblich positiven Bilanz – und das auch nur beim Umweltschutz und in der Bildungspolitik.

Anders das Programm der CDU: jeder Programmpunkt ist gegliedert: knappe Hintergrundanalyse (die freilich eher der gezielten Desinformation dient), gefolgt von einer ebenso knappen Zusammenfassung der Grundrichtung ihrer Politik. Dann eine Auflistung der Forderungen. Das ganze ist natürlich auf *Angriff*, in der Sozial- und Bildungspolitik ausdrücklich auf *Wende* orientiert.

Das FDP-Programm ist in den entscheidenden landespolitischen Fragen eindeutig an der CDU-Politik orientiert, insbesondere in der Finanz-, Wirtschafts-, Energie- und Sozialpolitik.

Die CDU setzt auf die Selbstheilungskräfte des Marktes. Unter dem Motto „Die Wirtschaft wieder in Schwung bringen" fordert sie die Beseitigung aller Hindernisse, „die die Produktivität und die Entfaltung der Wirtschaft einschränken". In der Sozialpolitik steht im Mittelpunkt des Interesses der Reaktion die „mißbräuchliche Inanspruchnahme sozialer Leistungen". „Nur wer *wirklich* nicht aus eigener Kraft seinen Lebensunterhalt bestreiten kann, hat Anspruch auf Sozialleistungen."

Als Beschäftigungsprogramm gelten der CDU beschäftigungssichernde Investitionen insbesondere für die Bereiche Medientechnologie (Verkabelung, Privatfunk und -fernsehen), Ausbau che Medientechnologie (Verkabelung, Privatfunk und -fernsehen), Ausbau der Kernenergie, Ausbau des Autobahnnetzes in Hessen und im Wohnungsbau der Abbau gesetzlicher Hemmnisse und steuerliche Anreize für Privatinvestitionen. Staatliche Ausgabenprogramme lehnt die CDU ausdrücklich ab.

In der Schulpolitik richtet sich das Hauptaugenmerk auf die Beseitigung der Förderstufe. Sie verlangt das vielfältig gegliederte Schulwesen, das die unterschiedlichen Begabungen der Schüler genügend berücksichtigt; erneut die Säuberung des Schuldienstes von Verfassungsfeinden, eine effiziente und wirksame Schulaufsicht usw. Etwas ausführlicher wurde das CDU-Programm in der KVZ 24, Seite 5, vorgestellt. Es ist ganz direkt das Konzept der Kapitalistenklasse selbst.

Warum kann die CDU für ein solches Programm Mehrheiten gewinnen?

In der Schulpolitik ist das nur zu verstehen, wenn man sich klarmacht, welchen Verlauf die Bildungsreform genommen hat und welche Auswirkungen sie mittlerweile zeitigt. Ursprünglich war ja die Bildungsreform auf große Erwartungen gestoßen. Mit den Gesamtschulen und Mittelpunktschulen einher ging die Bürokratisierung. Ein erheblicher Teil des Lehrpersonals bzw. der Arbeitszeit der Lehrer wurde in Konferenzen und mit bürokratischen Aufgaben vertan. In den letzten Jahren verschärfte sich die Situation im Schulalltag mancher Schulen erheblich. Lehrermangel bei zunehmender Lehrerarbeitslosigkeit, Unterrichtsausfall, Notunterricht usw. häuften sich. In den Ballungsgebieten mit hohem Ausländeranteil, z.B. in Frankfurt, kann der Unterricht an manchen Grund- und Hauptschulen teilweise nicht einmal mehr formal aufrechterhalten werden.

In dem Maße, wie sich die allgemeinen Ausbildungsbedingungen verschlechtern, treten m.E. große Teile der Massen, jeder der kann, die Flucht nach vorn an, versuchen, möglichst schnell den unerträglichen Zuständen an Grund- und Hauptschulen zu entrinnen und die Kinder auf einer weiterführenden Schule unterzubringen – weil dort die Lernbedingungen besser zu sein scheinen. Das Interesse, die Kinder noch jahrelang unter gleichen Bedingungen in eine Förderstufe zu stecken, kann da nicht mehr groß sein. Nicht weil die Massen gegen vereinheitlichende Elemente in der Ausbildung oder auch gegen eine einheitliche Ausbildung wären, sondern weil die Bedingungen dieser Vereinheitlichung so katastrophal sind, daß man sein Kind, vielleicht gegen die eigene Grundanschauung, dann doch lieber gleich aufs Gymnasium schickt.

Nur so wird m.E. verständlich, daß viele Eltern dann die allgemeine Förderstufe tatsächlich als Zwang sehen und die CDU mit der Parole von der Zwangsförderstufe hausieren gehen kann.

Was die Wirtschafts- und Sozialpolitik betrifft, so kann die CDU sich zunutze machen, daß es die SPD-geführte Regierung ist, die die Wende in der Sozialpolitik einleitet und damit sozialdemokratische „Stammwähler" irritiert und verbittert. Sie kann sich zunutze machen, daß die SPD-geführten Regierungen auf Bundes- und auch auf Landesebene inzwischen so unglaubwürdig und verschlissen sind, weil sie es sich sowohl mit der Arbeiterbewegung wie auch mit den neuen sozialen Bewegungen verdorben haben. Das kann hier nicht näher ausgeführt werden. Die CDU kann sich diese Situation zu eigen machen, ein noch unverbrauchtes Konzept für den angeblichen Ausweg aus der Krise anbieten und Ausweg aus der Krise anbieten und noch über Erfahrungen im Wiederaufbau der 50er Jahre spekulieren, wo das Erfolgsrezept ja auch lautete: arbeiten und nochmals arbeiten, einschränken und maßhalten, Soziale Marktwirtschaft.



Die Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktion ist weiterhin versperrt

In weiten Teilen der Gewerkschaftsbewegung, auch unter den Linken in der Gewerkschaft, herrscht ein falsches Bewußtsein über die Ursachen, Verlauf und Wirkungen der gegenwärtigen Krise, was natürlich auch zu verkürzten Krisenlösungsrezepten führt. In dem Maße, wie diese Fragen ungeklärt sind oder im dunkeln bleiben, bestechen die Konzepte der Bourgeoisie, haben sie einen hohen Grad an Plausibilität. Wenn z.B. die FDP in ihrem Programm schreibt: „Neue Arbeitsplätze erfordern zusätzliche Investitionen. Mehr Investitionen werden wir bei unserer Exportabhängigkeit nur erreichen, wenn wir international wettbewerbsfähig bleiben. Dazu müssen die Rahmenbedingungen auch bei den Kosten verbessert werden", so ist diese Argumentation für den einzelnen Arbeiter aus seiner eigenen Betriebserfahrung ohne weiteres nachvollziehbar und einleuchtend. Es bedarf dagegen ziemlich allgemeiner und komplizierter Einsichten, die nicht einfach aus den eigenen Erfahrungen gewonnen sind, derartige Erklärungen zu widerlegen, zumal sie ohnehin nicht einfach falsch sind.

Solange die Einsicht in die Ursachen und den Verlauf dieser Krise fehlt bzw. falsche Auffassungen in der Arbeiterbewegung dominieren, müssen die Rezepte der Bourgeoisie vielen einleuchten. Solange wird auch ein beträchtlicher Teil der Lohnabhängigen den Losungen „Wir leben über unsere Verhältnisse" aufsitzen und eine Wende in der Sozialpolitik befürworten, sofern nicht gerade Bereiche wie die Renten, sondern eher Randbereiche wie die Sozialhilfe und auch noch die Arbeitslosenversicherung betroffen sind. Interessant ist ja auch, daß die CDU dort, wo alle unmittelbar betroffen sind, sich sehr zurückhält: *Sie* hat 1976 den Rentenbetrug „aufgedeckt" und von der Rentnerausbeutung gesprochen; sie spricht allgemein gegen Steuererhöhungen, womit sie natürlich insbesondere die Besteuerung von Vermögen und hohen Einkommen meint, was aber in der allgemeinen Form der Forderung untergeht (der Genosse Bleicher hat dies am Beispiel Ehegatten-Splitting (KVZ 27, S. 11) gut aufgezeigt). Gleichzeitig kann sie es sich aber leisten, in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung tiefgreifende Einschnitte zu verlangen, weil sie damit nur einen Ausschnitt der Arbeiter und Lohnabhängigen trifft und bei dem nicht unmittelbar betroffenen Teil das Vorurteil von der Faulenzerei als Ursache der Arbeitslosigkeit noch ziemlich populär ist. Wenn nicht als Ursache, so immerhin, daß gerade Faulenzer die Krise nutzen, sich arbeitslos zu melden. Natürlich sind es die Kranken, die Älteren, die eh keinen Bock haben; die weniger Leistungsfähigen und weniger Leistungswilligen, die rausfliegen. Die hatten natürlich zu anderen Zeiten alle gearbeitet, ob sie wollten oder konnten oder nicht. Der Augenschein verdeckt oder nicht. Der Augenschein verdeckt halt Ursachen und Verlauf dieses schärfsten Ausdrucks der Krise. Die Verwaltung dieser Arbeitslosenversicherung, überhaupt der Sozialleistungen, von Staats wegen tut natürlich ein übriges, um diese Widersprüche zu erhalten und zu verschärfen.

Ansätze im SPD-Programm

Das SPD-Programm stellt in den Mittelpunkt ausdrücklich das Problem der Arbeitslosigkeit und kommt zu konträr anderen Forderungen als CDU und FDP. Im ursprünglichen *Entwurf* vom Januar fand sich dazu noch kein politisches Programm, wurde sich darauf beschränkt zu sagen, das darf nicht sein, und jenes sollte nicht sein, wir erwarten von den Arbeitgebern und wir hoffen ... blablabla. Prinzip Hoffnung. Da wurde die Senkung der Zinsen erwartet und die Bedeutung der Mitbestimmung hervorgehoben. In vagen Andeutungen wurde ein Zusammenhang von Rationalisierung, Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung gesehen. Mehr nicht. Seit dem Januar hat sich allerdings das Koalitionsklima in Wiesbaden merklich verschlechtert, und im April ist Börner mit einer Denkschrift herausgekommen, die er auf dem SPD-Parteitag in München vorgelegt hatte. Er hat gefordert, in Zukunft wieder deutlicher sozialdemokratische Politik zu machen, gerade in der gegenwärtigen Krise mit der hohen Arbeitslosigkeit nicht aus Rücksicht auf die FDP darauf zu verzichten, deutlicher sozialdemokratisches Profil zu zeigen. Im Kern fordert er ein „großes Investitionsprogramm" für Wohnungsbau, Umweltschutz, Ausbau der Fernwärme, Alternativen für „Weg vom Öl" und Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Die Finanzierung soll über eine zeitlich begrenzte Ergänzungsabgabe von Besserverdienenden sichergestellt werden. Börner hat sich eng am DGB-Beschäftigungsprogramm orientiert. Interessant ist, daß die Forderung nach Investitionsprogramm und Ergänzungsabgabe in das Mitte Juni endgültig verabschiedete Programm aufgenommen wurde, was ganz sicher damit zusammenhängt, daß damals der Ausstieg der FDP aus der Koalition bereits absehbar war. Hineingenommen wurde auch eine deutlichere Befürwortung von Arbeitszeitverkürzungen. Ich erwähne dies so ausführlich, weil sichtbar wird, daß die Auflösung dieser Koalition die SPD eher nach links drückt und eine entsprechende Bündnispolitik seitens der GRÜNEN diesen Druck nach links wesentlich erhöhen kann.

Die Börner-Denkschrift ist aber auch insofern interessant, als m.E. der Versuch gemacht wird, nachdem insbesondere über die Startbahn-Auseinandersetzung die SPD viel eingebüßt hat, sich, bezüglich der sozialen Interessen der Massen, links zu profilieren. Börner hat ja auch angezeigt, er sei nicht bereit, die Operation '83 im Bundesrat mitzutragen. Börner, der sich in der Auseinandersetzung mit der Ökologiebewegung sehr weit, wahrscheinlich zu weit vorgewagt hat, will sich hier den Rückhalt der Gewerkschaften sichern. M.E. ist das eine gute Voraussetzung, hieran anzuknüpfen und aus dem Investitionsprogramm die Finanzierung solcher Projekte zu fordern, die zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse in Hessen sinnvoll und notwendig sind.

Ansonsten finden sich im SPD-Programm kaum aufregende Punkte. Gegenüber dem CDU-Programm wird Gegenüber dem CDU-Programm wird am sozialen Wohnungsbau festgehalten, die Garantie des sozialen Mietrechts gefordert und ganz allgemein gegen das Geschrei vom Mißbrauch sozialer Leistungen an der Beibehaltung des sozialen Netzes festgehalten.

Ausführlich werden die Friedens- und Entspannungspolitik breitgetreten, wobei auch in diesem Programmteil gegenüber dem Entwurf stärker die Friedensbewegung bedient wird: mit der ausdrücklichen Ächtung von Neutronenbomben, mit der Schaffung von „atomwaffenfreien Zonen" in Europa, mit der Verweigerung von Rüstungsexporten in Länder mit undemokratischen Regimen usw. Die Friedensbewegung, im Entwurf noch respektiert, wird jetzt ausdrücklich begrüßt. Zum NATO-Doppelbeschluß findet sich allerdings nichts.

Abgesehen davon, daß das SPD-Programm ohnehin wenig Überzeugungskraft hat, hängt die Realisierung des Herzstücks, das Investitionsprogramm, in der Luft. Die vorgesehene Finanzierung über eine Ergänzungsabgabe läßt sich nämlich nicht von der Landesregierung oder dem Landtag beschließen, die müßte erst mal der Bundestag verabschieden! Inzwischen hat auch der DGB-Landesvorstand sich einige Forderungen zur Landtagswahl abgepreßt. Das ganze Produkt ist dem SPD-Programm auf den Leib geschneidert, aber doch so abgefaßt, daß auch getrost die Grünen sich darauf beziehen könnten – nicht aber CDU und FDP. Der brave Gewerkschafter wird allerdings gewarnt, „durch Stimmenzersplitterung der falschen Sache zu nützen". Das ist doppelt hohl: Erstens gibt es in Hessen nur eine Stimme pro Wähler und zweitens dürfte dem DGB-Vorstand auch nicht entgangen sein, daß die GRÜNEN mit Sicherheit im nächsten Landtag vertreten sein werden *und* daß die *einzige* Möglichkeit der SPD, weiterhin die Regierung zu bilden, darin besteht, daß die GRÜNEN im Landtag sind und unter bestimmten, sehr konkreten Bedingungen eine SPD-Regierung mittragen. Alle denkbaren anderen Lösungen bedeuten das Aus für Börner.

Putsch in Kenia gescheitert

kvz. Am vergangenen Sonntag wurde ein Putschversuch in Kenia niedergeschlagen. Offensichtlich, weil es in Kenia keine organisierte politische Opposition gibt, hatten sich, ähnlich wie in Liberia und Ghana, untere schlechtbezahlte Ränge der Armee, vor allem der Luftwaffe, zum Sprecher gegen die in den letzten Monaten eskalierenden Mißstände in Kenia gemacht. Präsident Moi war im Oktober 1978 Nachfolger von Kenyatta geworden und begann mit einer liberalen Politik, wirtschaftlich mit dem Schwerpunkt auf den Kampf gegen die Korruption. Als am 9. Juni dieses Jahres das Parlament die „KANU" zur einzig legalen Partei erklärte, die sie eh schon war, zeugte das schon von wachsender Nervosität gegenüber oppositionellen Strömungen. Unbequeme Politiker wurden ins Gefängnis gesteckt, ja es gibt inzwischen sogar 7 politische Gefangene, die ohne Prozeß festgehalten werden. International am bekanntesten ist die Unterdrückung des berühmten Schriftstellers Ngugi wa Thiong'o. Die von ihm initiierte Theatergruppe wurde aufgelöst, Polizisten zerstörten das Freilichttheater. Für eine Gastspielreise nach Zimbabwe erhielt die Theatergruppe keine Pässe. Neben der staatlichen Repression war ein weiterer Unruhegrund die allzustarke Anlehnung an den Westen. Die USA haben feste Militärbasen in Kenia. Weiterhin ist die Wirtschaft in einer Krise. Hauptsächlich auf den Export von Kaffee ausgerichtet, nahmen die Einnahmen der Bauern und die Devisenreserven erheblich ab, als die Kaffeepreise sanken. Aufgrund staatlicher Fehlplanungen ging selbst die Versorgung mit Mais, dem Grundnahrungsmittel, zurück.

Machels Regierung in großen Schwierigkeiten

kvz. Einer von vielen Zwischenfällen in Mozambik. Guerillas unterbrechen die Strom- und Wasserzufuhr in der zweitgrößten Stadt Beira und sprengen dann an einer Stelle die 180 km lange Benzin- und Dieselpipeline zwischen Beira und der zimbabwischen Stadt Mutare in die Luft. Letzte Woche haben die auf 25000 Mann geschätzten Streitkräfte Mozambiks mit Unterstützung von tansanischen und zimbabwischen Soldaten eine umfassende Gegenoperation gegen Stützpunkte der Guerillas eingeleitet. Verantwortlich für die Anschläge wird die MNRM (Mocambique National Resistence Movement) gemacht. Ihre Kräfte wurden 1975 noch auf nur 500 Mann geschätzt, heute sollen es an die 15000 sein. Nach unterschiedlichen Verlautbarungen sollen sie sogar schon fast die Hälfte des Gebietes Mozambiks kontrollieren. Unbestritten ist, daß die Guerillas von Südafrika unterstützt werden. Dabei dürfte sich Südafrika nicht nur Vorteile von einem evtl. Sturz Machels versprechen, der bisher jedenfalls seine außenpolitischen Freunde im Lager der Sowjetunion gesucht hat, sondern auch einen Machtzuwachs im gesamten südlichen Afrika. Z.B. sind bevorzugte Ziele der Guerilla Verbindungsstraßen und Eisenbahnen zwischen Zimbabwe und Mozambik, die beide Länder ökonomisch erheblich unter Druck setzen. Allerdings stützen sich die Guerilla nicht allein auf Kräfte von Außen. Sie scheinen erheblichen Zulauf durch die vollkommene Zerrüttung der Wirtschaft Mozambiks zu erhalten, die der Bevölkerung nicht einmal den Lebensstandard zu Zeiten der portugiesischen Kolonialherrschaft sichern kann. Innerhalb der Frelimo soll es inzwischen Kräfte geben, die auf einen Kompromiß und eine Koalition mit der MNRM zielen.

Namibia-Gespräche

kvz. Wie wir schon vor einigen Wochen in dieser Zeitung berichteten, bestehen bei den gegenwärtigen Namibia-Gesprächen in New York Chancen für eine Unabhängigkeit Namibias. Die SWAPO hat nun einen Waffenstillstandstermin zum 15. August abgelehnt, vor allem mit der Begründung, daß die Frage des Wahlmodus noch nicht geregelt ist. Der frühestmögliche Termin für einen Waffenstillstand wird nun für den September gesehen. Neben dem Wahlmodus verzögert die Forderung nach Abzug der kubanischen Truppen aus Angola die Verhandlungslösung der Namibia-Frage.

Sowjetische Gebietsansprüche gegenüber Schweden

kvz. Letzten Donnerstag ist in Schweden wiederum zweimal U-Boot-Alarm gegeben worden. Seit der Verletzung der schwedischen Gewässer durch ein sowjetisches U-Boot bei Karlskrona und einer weiteren Verletzung durch zwei U-Boote im Juni gehört dies schon zum täglichen Brot der schwedischen Marine. Der Vizeadmiral Bengt Schuback sprach von „Kriegsvorbereitungen einer ausländischen Macht gegen Schweden". Möglich ist aber auch, daß diese U-Boote Übungen fahren, die unerläßlich für eine genaue militärische Planung für einen Seekrieg in der Ostsee sind. Ein weiterer Hintergrund der sowjetischen Aktivitäten könnte in den sowjetischen Gebietsansprüchen gegenüber Schweden zu finden sein. Dabei geht es um eine 13500 km² große Zone in der Ostsee. Je nach Interpretation des „Mittellinienprinzips", d.h. je nachdem, von wo aus die Vermessungen vorgenommen werden, leiten sich verschiedene Ansprüche ab. Schweden mißt von Gotland aus, wobei es sich auf international anerkannte Beispiele, wie bei der Grenzziehung zwischen Großbritannien und Norwegen, stützt. Die Sowjetuntion will die Vermessung von Gotland aus nicht akzeptieren, weil dies eine kleine unbewohnte Insel sei. Nun ist Gotland eine sehr große Insel und zweitens geht es der SU gar nicht ums Prinzip. Gegenüber Rumänien und Japan will die SU nämlich genau das Mittellinienprinzip durchsetzen, das es bei den Verhandlungen mit Schweden umgehen will. Der SU geht es vor allem um militärische Vorteile wie auch um das Leerfischen der Gewässer durch die sowjetischen Fangfabriken.

Wachsende Regionalisierung der Konfrontationen in Mittelamerika

Kritik in den USA an Militärhilfe für El Salvador

thm. „Ich glaube, wir stehen am Beginn einer Konfrontation in der gesamten Region," schätzte Daniel Ortega, Mitglied der Regierung von Nicaragua, die Lage in Mittelamerika ein. Die Regierung von Panama hat einen erneuten Friedensplan vorgelegt, dessen Erfolgsaussichten zu bezweifeln sind, in dem aber versucht wird, die Konfrontation in der Region auf eine Verhandlungsebene zu führen. Drei Schwerpunkte hat der Plan: 1. Nichtangriffspakt zwischen Nicaragua und den USA samt Anhangs, den US-unterstützten Regimes der „Demokratischen Gemeinschaft Zentralamerikas" Honduras, El Salvador, Costa Rica und Guatemala; 2. Verhandlungslösung im Bürgerkrieg in El Salvador; 3. Entspannungsprozeß zwischen Kuba und den USA. Die Politik der USA zielt aber auf etwas ganz anderes: Mobilisierung aller vier Länder der „Demokratischen Gemeinschaft" einschließlich der konterrevolutionären Gruppen des ehemaligen Somoza-Regimes gegen Nicaragua sowie die Guerilla in El Salvador.

Springpunkt hierfür war die Einbeziehung der Truppen Honduras in den Kampf gegen die Guerilla *in* El Salvador. Die Truppen El Salvadors stehen vor erheblichen Problemen mit den Guerilla, obwohl diese vor wie nach den Wahlen nicht die Kraft finden, zum entscheidenden Schlag auszuholen. Selbst das von den USA ausgebildete Spezial-Bataillon „Ramón Belloso", das mit vielen Vorschußlorbeeren in der Guerilla-Bekämpfung bedacht worden war, stieß bei seinem ersten Angriff in der Nordprovinz Chalatenango ins Leere. Statt dessen wurden nach Beobachtungen eines honduranischen Offiziers flüchtende Zivilisten an der Grenze zu Honduras niedergemacht.

So ist es also nicht verwunderlich, daß sich El Salvador einverstanden erklärte, daß Honduras in die Kämpfe eingreift. Somit können Truppen aus Honduras mehrere strittige Grenzstreifen besetzen, um die Honduras und El Salvador noch 1969 den sogenannten „Fußballkrieg" führten und die seitdem entmilitarisiert und unter Verwaltung der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) stehen. Ein gefundenes Fressen für die Regierung von Honduras. Dazu mag kommen, daß wohl die USA für dieses Zweckbündnis Druck ausgeübt und hiervon ihre Erhöhung der Militärhilfe an Honduras von 10 auf 17 Mio. $ abhängig gemacht hatten.

Für die FMLN ist dieser Schlag prekär, weil sie in diesen Grenzstreifen wichtige Rückzugsbasen hat. Bei dem Vorgehen der honduranischen Armee wurde denn auch sofort ein Lager für 400 Guerilla-Kämpfer zerstört und ein großes Waffendepot ausgehoben. Die Guerilla reagierten schnell. In Tegucigalpa, der Hauptstadt von Honduras, wurden zwei Elektrostationen gesprengt, woraufhin die Stadt in der Dunkelheit versank.

Honduras ist für die Strategie der USA der Dreh- und Angelpunkt, weil es sowohl an El Salvador als auch an Nicaragua grenzt. Von hier operieren auch die 2000 ehemaligen Mitglieder der Somoza-Nationalgarde. Sie nennen sich selber F.D.N. – Nicaraguan Democratic Front. Im Rahmen von Aktionen dieser Gruppe im Grenzgebiet zu Nicaragua kam es auch schon zu Zwischenfällen zwischen der Armee Nicaraguas und der von Honduras. Verbindungen gibt es auch zwischen F.D.N. und den Miskito-Indianern, die z.T. von Somoza bewaffnet und ausgebildet worden waren. Aufgrund einer falschen Umsiedlungspolitik der Sandinisten gegenüber den ca. 250000 Miskitos sind diese zum größten Gegner der Sandinisten innerhalb Nicaraguas geworden. Offensichtlich ist es den Reaktionären wohl besser gelungen, sie auf ihre Seite zu ziehen als umgekehrt den Sandinisten mit einer klügeren Politik. Aufgrund der beständigen Auseinandersetzung an den Grenzen mußte die Regierung den Notstand um sechs Monate verlängern.

Auf einer anderen Ebene liegen die Schwierigkeiten, die durch die Diskussion um den ehemaligen sandinistischen Kommandanten Eden Pastora entstanden sind. Weniger militärisch als politisch und auf internationaler Ebene. Vor allem auf dieser Diskussion beruhen Überlegungen der Sozialistischen Internationale, ihre Unterstützung für die Revolution in Nicaragua zu verringern oder einzustellen. Dies würde einer großen diplomatischen Niederlage gleichkommen.

Sowohl wirtschaftlich wie militärisch versuchen die USA, ihre Strategie zu stützen. Wirtschaftlich von Belang ist vor allem der Karibik-Plan, für den aber bisher die Zustimmung des Kongresses fehlt. 350 Mio. $ sollen an 28 karibische oder zentralamerikanische Regierungen gehen. Versprochen sind Vorteile für US-Privatinvestitionen in diesen Ländern sowie erleichterter Zugang für Waren aus diesen Ländern in die USA. Militärisch versuchen die USA mit gezielten Waffenlieferungen, vor allem an El Salvador, die Lage im Griff zu halten. Hieran entzündet sich auch die Hauptkritik in den USA bis in den Kongreß hinein.

Laut einem Beschluß des Kongresses muß Reagan jedes halbe Jahr Bericht erstatten u.a. über die Lage der Menschenrechte in El Salvador sowie die dortige Landreform. Von diesem Bericht will der Kongreß jeweils seine Zustimmung für Militärhilfe abhängig machen. Gegen den jetzt vorgelegten Bericht von Shultz haben 75 von 435 Kongreßabgeordneten eine Resolution unterschrieben. Sie kritisieren, daß weder in bezug auf die Menschenrechte noch auf die Landreform irgendeine Berechtigung für Militärhilfe bestehe. Selbst US-Regierungsbeamte mußten zugestehen, daß seit Anfang des Jahres 2658 Nichtkämpfer, die aber der Unterstützung der Guerilla bezichtigt wurden, umgebracht worden sind und daß die Armee bei ihren Aktionen weiterhin keine Gefangenen macht. Die Landreform wird blockiert. Es ist aber kaum zu erwarten, daß der US-Regierung die Militärhilfe untersagt wird.



Soldaten der Armee El Salvadors in einem US-Trainingscamp in Panama.

Dokumentation:

UNO-Resolutionen zum Palästina-Problem

Im folgenden einige der wichtigsten UNO-Resolutionen in kurzen Auszügen zum Palästina-Problem. Insgesamt wurden bisher 495 Resolutionen, meist aber zu Routinefragen, befaßt.

Resolution 181, 29.11.1947: Die Generalversammlung ... *empfiehlt* dem Vereinigten Königreich als der Mandatsmacht für Palästina und allen Mitgliedern der Vereinten Nationen, hinsichtlich der künftigen Regierungsform Palästinas den Plan einer Teilung mit wirtschaftlicher Union, der weiter unten ausführlich dargelegt werden wird, anzunehmen und durchzuführen ... Unabhängige arabische und jüdische Staaten sollen ... auf jeden Fall nicht später als am 1. Oktober 1948 zur Existenz gelangen.

Resolution 212, 19.11.1948: In Anbetracht dessen, daß das Problem der Hilfe für Palästinaflüchtlinge allen Gemeinschaften von äußerster Dringlichkeit ist ... *in Anbetracht* dessen, daß die Linderung von Hungersnot und Elend bei den Palästinaflüchtlingen eine der Mindestvoraussetzungen ist für den Erfolg der Anstrengungen der Vereinten Nationen, dem Land den Frieden zu bringen; ... *Die Generalversammlung ersucht* den Generalsekretär, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um den Palästinaflüchtlingen Unterstützung zu gewähren und den Verwaltungsapparat einzurichten, der zu diesem Zweck erforderlich ist ...

Resolution 194 (III), 11.12.1948: Die Generalversammlung ... 11. *beschließt*, daß diejenigen Flüchtlinge, die zu ihren Wohnstätten zurückkehren und in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen, dies zum frühestmöglichen Zeitpunkt gestattet werden soll und daß für das Eigentum derjenigen, die sich entscheiden, nicht zurückzukehren, sowie für den Verlust oder die Beschädigung von Eigentum ... Entschädigung gezahlt werden soll ...

Resolution 273 (III), 11.5.1949: Nach Erhalt des Berichts des Sicherheitsrates über den Antrag Israels auf Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen; *zur Kenntnis nehmend*, daß nach dem Urteil des Sicherheitsrates Israel ein friedliebender Staat und fähig und willens ist, die in der Charta enthaltenen Verpflichtungen zu erfüllen ... *zur Kenntnis nehmend* auch die Erklärung Israels, daß es „vom Tage des Beginns seiner Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen" ohne Vorbehalt die Verpflichtungen der Charta der Vereinten Nationen auf sich nehmen wird und verspricht, sie zu respektieren ... *Die Generalversammlung* ... 2. *beschließt*, Israel zur Mitgliedschaft der Vereinten Nationen zuzulassen.

Resolution 242, 22.11.1967: Der Sicherheitsrat ... *1. bekräftigt*, daß die Erfüllung der Grundsätze der Charta die Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten verlangt, der die Anwendung der beiden folgenden Grundsätze einschließen sollte: (I) Rückzug israelischer Streitkräfte aus Gebieten, die während des jüngsten Konfliktes besetzt wurden; (II) Beendigung aller Behauptungen oder Formen eines Kriegszustandes sowie die Beachtung und Anerkennung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit und der politischen Unabhängigkeit eines jeden Staates in dem Gebiet und seines Rechts, innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen in Frieden zu leben frei von Drohungen und Akten der Gewalt; 2. *bekräftigt ferner die Notwendigkeit* ... b) eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems zu erreichen; ...

Resolution 338, 21./22.10.1973: Der Sicherheitsrat ... *2. fordert* die betroffenen Parteien *auf*, nach der Feuereinstellung unverzüglich mit der Erfüllung der Resolution des Sicherheitsrates 242 (1967) in allen ihren Bestandteilen zu beginnen; ...

Resolution 3210 (XXIX), 14.10.1974: Die Generalversammlung, in Anbetracht, daß das palästinensiche Volk die Hauptpartei für die Palästinafrage ist, *lädt* die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) als die Repräsentantin des palästinensischen Volkes *ein*, bei den Beratungen der Generalversammlung über die Palästinafrage an ordentlichen Tagungen teilzunehmen.

Resolution 3237 (XXIX), 22.11.1974: Die Generalversammlung ... *1. lädt* die Palästinensische Befreiungsorganisation ein, an den Tagungen und Arbeiten der Generalversammlung mit Beobachterrang teilzunehmen; 2. *lädt die Palästinensische Befreiungsorganisation ein*, an den Tagungen und Arbeiten aller internationaler Konferenzen, die unter der Schirmherrschaft der Generalversammlung einberufen werden, mit Beobachterrang teilzunehmen; ...

Resolution 31/20, 24.11.1976: Die Generalversammlung, ... erneut erklärend, daß ein gerechter und dauerhafter Frieden im Mittleren Osten nicht möglich ist, ohne daß in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen auch eine gerechte Lösung des Palästinaproblems auf der Grundlage der Verwirklichung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, darunter auch seines Rechts auf Rückkehr sowie seines Rechts auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität in Palästina erzielt wird, ... 2. *nimmt* den Bericht des Ausschusses zur Kenntnis und befürwortet die darin enthaltenen Empfehlungen als eine Grundlage für die Lösung der Palästinafrage; ... (Der Bericht empfahl die Übergabe der Westbank und Gaza über die UNO an die PLO zum Zweck der Einrichtung eines palästinensischen Staates, d. Verf.)

(Nach: Die UN-Resolutionen zum Nah-Ost-Konflikt, Berlin 1978)

Israels heiliger Terror

Dies ist ein Titel einer Studie von Livia Rokach auf der Basis des Tagebuchs von Moshe Sharett. Sharett war von 1948 bis 1956 israelischer Außenminister und 1954/55 gleichzeitig Premierminister. Sein persönliches Tagebuch umfaßt die Zeit von 1953 bis 1957. Die von Livia Rokach zitierten Passagen umfassen gerade 1% des gesamten Tagebuches. Mit Hilfe des Tagebuches zerstört sie einige Mythen, die sich um die israelische Politik spinnen. Das Buch ist vor einigen Wochen auch in deutscher Sprache erschienen. Wir drucken hier Auszüge aus dem Kapitel „Vergeltung statt Krieg" ab.

Da Sharett fürchtete, daß ein Übermaß israelischer Gewalt zu diesem Zeitpunkt die Krise mit dem Westen beschleunigen könne, versuchte er, die Kibya-Vergeltungsaktion zu blockieren; Ben Gurion hatte am Vorabend seiner Abreise in die Ferien, die seinem formalen Rücktritt vorangingen, diese



Aktion gutgeheißen. Sharett wies darauf hin, daß der kleinere Grenzzwischenfall, der als Vorwand für den geplanten Angriff auf das westjordanische Dorf dienen sollte, von Jordanien öffentlich verurteilt worden war, und daß die jordanischen Vertreter in der gemischten Waffenstillstandskommission versprochen hatten, dafür zu sorgen, daß ähnliche Vorfälle sich nicht wiederholen würden.

Ich sagte Lavon, daß dieser (Angriff) ein schwerer Fehler sein wird, indem ich verschiedene Vorfälle zitierte, erinnerte ich daran, daß nie bewiesen wurde, daß Vergeltungsaktionen ihrem erklärten Ziel dienen. Lavon lächelte ... und blieb bei seinen Vorstellungen ... Ben Gurion würde meine Ansicht nicht teilen, sagte er. (14.10.1953; Seite 37)

Nach den ersten Nachrichten von der anderen Seite wurden in einem Dorf 30 Häuser zestört. Dieser Vergeltungsschlag ist in seinen Dimensionen und der angewandten offensiven Stärke ohne Beispiel. Ich ging in meinem Zimmer auf und ab, hilflos und von meinem Gefühl der Ohnmacht furchtbar niedergeschlagen. Ich war einfach entsetzt von der Beschreibung der Zerstörung des arabischen Dorfes im Rundfunk von Radio Ramallah. Dutzende von Häusern wurden dem Erdboden gleichgemacht und Dutzende Menschen getötet. Ich kann mir den Sturm vorstellen, der morgen in den arabischen und westlichen Hauptstädten losbrechen wird. (15.10.1953; Seite 39)

Jetzt möchte die Armee wissen, wie wir (das Außenministerium) den Vorfall erklären werden. In einem gemeinsamen Treffen von Beamten des Außenministeriums und der Armee schlug Shmuel Bendor vor zu sagen, daß die Armee nicht an der Operation beteiligt gewesen sei, sondern daß die Einwohner der Grenzdörfer – von vorangegangenen Vorfällen auf die Palme gebracht und Rache fordernd – selbständig operierten. Solch eine Version wird uns lächerlich machen: jedes Kind würde sagen, daß dies eine Militäroperation war. (16.10.1953; Seite 53)

Um 15.00 Uhr kamen Russell (US chargé d'affairs) und Milton Fried (US-Attaché) ... Russells Gesicht war verdrießlich. Kibya ‚lag in der Luft'. Ich sagte, ich würde mit keinem Wort die Attacke auf Kibya rechtfertigen, müßte aber davor warnen, diese Aktion aus einer Kette von Vorfällen herauszulösen, und ich schob die Schuld für die unkontrollierte Situation auf die Hilflosigkeit und den Mangel an gutem Willen auf seiten Jordaniens. Von da an griff ich die US-Politik als einen der Faktoren an, die zur Ermutigung der Araber und zur Isolation Israels beitrügen ... Ich habe die Verrücktheit der (US-)Idee verurteilt, daß wir den Krieg wünschten und alle unsere Aktionen im Süden und Norden ausschließlich darauf ausgerichtet seien, ihn zu provozieren ... Russell fragte, ob wir Kibya verurteilen werden. Ich sagte, ich könne nicht antworten ... Katriel (Salmon) (Israels Militär-Attaché in London) brachte die Idee eines „Ablenkungsmanövers" auf: die Kibya-Affäre würde alle Aufmerksamkeit auf sich ziehen, wenn wir nicht in der Lage wären, eine andere dramatische Wendung zu erfinden ... (17.10.1953; Seite 45)

Ben Gurion bestand darauf, jede Verantwortung der Armee auszuschließen: Die Zivilbevölkerung der Grenzgebiete, durch die ständigen Morde wütend gemacht, habe die Gerechtigkeit in ihre eigenen Hände genommen. Überdies (sagte er) sind die Grenzsiedlungen voller Waffen und die Siedler ehemalige Soldaten ... Ich sagte, daß niemand in der Welt solch eine Geschichte glauben würde und wir uns nur selbst als Lügner bloßstellen würden. Aber ich konnte ernsthaft verlangen, daß das Kommuniqué explizit die Verantwortung der Armee bejahte, weil es dadurch unmöglich geworden wäre, die Aktion zu verurteilen, und wir am Ende noch dieses monströse Blutbad gebilligt hätten. (18.10.1953; Seite 51)

Für Sharett war die Armee auch untadelig. Aber warum denn der Armee die Schuld geben, wenn die Entscheidung auf politischer Ebene getroffen wurde? Hier taucht jedoch ein bedeutendes Detail auf. *Die Sicherheit der israelischen Grenzbevölkerung konnte eindeutig kaum stärker gefährdet werden als dadurch, daß man ihr die Verantwortung für solch ein Blutbad wie in Kibya zusprach.* Die Ermutigung zur Eskalation von Racheakten und weiteren Vergeltungsschlägen hatte eindeutig eine zynische, provokatorische Absicht; ebenso wie Lavons Lächeln, als Sharett ihn von der Albernheit der Vergeltungsschläge im Verhältnis zu ihrem *erklärten Zweck* überzeugen wollte. Tatsächlich beabsichtigte die Politik der Vergeltung folgendes: je stärker die Spannungen in der Region,

je demoralisierter die arabische Bevölkerung und destabilisierter die arabischen Regimes, desto stärker der Druck, die Konzentration palästinensischer Flüchtlinge in Grenznähe zugunsten einer Umsiedlung ins Innere der arabischen Welt aufzuheben – und um so besser wäre es für die Vorbereitung des nächsten Krieges. In der Zwischenzeit könnte die Armee in Übung gehalten werden.



„Vergeltungsschläge" gehören zum festen Inventar israelischer Politik – Foto: Das Lager Tell-Al-Zaatar nach dem Massaker von 1976.

Aufruf-Vorschlag für eine zentrale Libanon-Demonstration

Stoppt Israels Krieg!

Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen und libanesischen Volkes

Am 2. Juni sind 100000 israelische Soldaten mit 3000 Panzern in den Libanon einmarschiert. Das vorgebliche Ziel der israelischen Regierung sollte sein, eine 40 km breite „Sicherheitszone" zu schaffen, um Angriffe der Palästinenser auf den Norden Israels zu verhindern. Doch den „Frieden für Galiläa" hatte es de facto seit über einem Jahr gegeben, als die PLO einem Waffenstillstandsabkommen mit Israel zustimmte, das sie bis zum Tag des israelischen Einmarsches eingehalten hat. Die weitere Kriegsführung hat gezeigt, daß das eigentliche Ziel nicht der „Frieden für Galiläa" war, sondern die Zerschlagung der PLO.

Mittlerweile steht die israelische Militärmaschinerie seit mehreren Wochen in Beirut, also ca. 80 km von der Grenze entfernt. Die israelische Aggression hat inzwischen zu über 30000 Toten, tausenden Verwundeten und 100000enden Obdachlosen Palästinensern und Libanesen geführt. Städte, Dörfer und Flüchtlingslager wurden dem Erdboden gleichgemacht. Krankenhäuser, Schulen, Wirtschaftseinrichtungen und andere Infrastruktureinrichtungen der Palästinenser und Libanesen wurden zerstört.

Bei ihrer Absicht, die PLO zu vernichten, scheut die israelische Regierung selbst vor völlig willkürlichen Selektionen nicht zurück. Palästinenser, die verdächtigt werden, der PLO anzugehören, werden durch weiße Kreuze auf ihrer Kleidung von der übrigen Bevölkerung ausgesondert und als Gefangene in großen Konzentrationslagern zusammengepfercht. Bis heute weiß selbst das Internationale Rote Kreuz nicht, wieviele Palästinenser die Zionisten tatsächlich gefangen halten, da selbst die nächsten Familienangehörigen nicht über die Festnahme informiert werden. Israel weigert sich darüber hinaus, den Befreiungskämpfern den Status von Kriegsgefangenen entsprechend der Genfer Konvention zu geben.

Da es der israelischen Armee bisher nicht gelungen ist, die Führung der PLO zu liquidieren bzw. gefangenzunehmen, scheint das mit Sicherheit schlimmste Massaker noch bevorzustehen: Die Erstürmung Westbeiruts, wo sich gegenwärtig noch ca. 800000 Menschen befinden.

Mit allen Mitteln versucht die israelische Regierung, den Widerstand der vereinten libanesischen und palästinensischen Streitkräfte in Westbeirut zu brechen: Tägliche Bombardierungen und Artillerieangriffe wechseln ab mit tagelanger Unterbrechung der Strom- und Wasserzufuhr sowie der Einfuhr von Lebensmitteln. Nicht einmal medizinische Hilfssendungen können den israelischen Belagerungsring passieren.

Seit der Vertreibung aus seiner Heimat Palästina 1948 befindet sich das palästinensische Volk auf der Flucht vor israelischen Angriffen. Insbesondere im Libanon sah das palästinensische Volk sich in den letzten 10 Jahren laufenden Angriffen der israelischen Armee ausgesetzt. Wenn es den Zionisten jetzt darum geht, die PLO militärisch zu zerschlagen, dann ist dies der Versuch, alle Hoffnungen des palästinensischen Volkes auf eine nationale Identität und Eigenstaatlichkeit mit einem Schlag zu begraben. Mit der Gründung der PLO als Zusammenschluß der verschiedenen palästinensischen Gruppen und Organisationen hat sich das palästinensische Volk die Organisationsform gegeben, um diesen Kampf sowohl politisch als auch militärisch führen zu können.

Insbesondere geht es der israelischen Regierung mit der Vernichtung der PLO um die endgültige Durchsetzung der im Rahmen des Camp-David-Abkommens vereinbarten sogenannten „Autonomie-Regelung" für die Palästinenser auf den Westbanks und im Gazá-Streifen. „Autonomie" bedeutet für die Zionisten: Endgültige Einverleibung dieser Gebiete und eine „Selbstverwaltung" der Palästinenser unter israelischer Hoheit. Darüber hinaus beabsichtigen sie, im Libanon eine israel-freundliche Regierung zu installieren.

Dieser Krieg hat zum ersten Mal seit der Gründung Israels eine massenhafte Opposition nicht nur von jüdischen Kreisen im Ausland, sondern sogar in Israel selbst hervorgebracht. So demonstrierten am 19. Juni 20000 Israelis gegen diesen Krieg und für die Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes sowie für die Anerkennung der PLO. Eine Woche später waren es bereits 100000 Israelis, die gegen diesen Krieg, der auch auf israelischer Seite zu hunderten toten und verletzten Soldaten geführt hat, demonstriert haben. Zwar hat die Regierung Begin noch immer eine Mehrheit des Volkes hinter sich, trotzdem waren diese Anti-Kriegs-Kundgebungen ein ermutigender Schritt zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker im Nahen Osten.

Die israelische Regierung könnte ein solches militärisches Abenteuer nicht riskieren, würde sie nicht der Unterstützung durch die amerikanische Regierung gewiß sein.

Aber auch die Bundesregierung, die manchmal vom Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes redet, ist mit dafür verantwortlich, daß Israel diese Anggression weiterführen kann. Sie hat ein Veto gegen eine scharfe Verurteilung Israels durch die EG eingelegt und weigert sich selbst heute noch, die PLO als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anzuerkennen.

Wir sind der Auffassung, daß die demokratische Öffentlichkeit der Bundesrepublik zu den Vorgängen im Libanon und zu der drohenden Katastrophe in Beirut nicht schweigen kann. Deshalb rufen wir zu einer zentralen Demonstration am 14.8. (21.8.) in Frankfurt oder anderswo auf. Wir appellieren insbesondere an die Friedensbewegung, sich an dieser Demonstration zu beteiligen.

- Sofortiger und bedingungsloser Abzug der israelischen Truppen aus dem Libanon!
- Anerkennung der PLO durch die Bundesregierung!

Dieser Aufruf trägt die Unterschrift der Initiatoren und wird bis jetzt von folgenden Frankfurter Gruppen und Organisationen unterstützt: Palästina-Libanon-Solidaritäts-Plenum, El Salvador-Komitee, Türkei-Komitee, Friedensinitiative Bornheim, PSV, PAV, CISNU, DS, GIM, KB, KBW.

Krieg im Libanon

Nicht untätig zusehen!

Die zwischen 2000 und 4000 auf dem „Frankfurter Friedenskongreß" Mitte Juni versammelten Linken konnten sich nicht zu einer Demonstration gegen den jüngsten Krieg Israels gegen die Palästinenser und ihre libanesischen Verbündeten aufraffen. Fünf Tage zuvor hatte eine erste Demonstration von der Zusammensetzung her auch nicht gerade von einem Mobilisierungserfolg unter der Frankfurter Bevölkerung gezeugt. Nichts schien sich zu rühren, um selbst im linken Spektrum, geschweige denn in einer breiteren Öffentlichkeit das politische Verständnis für Ursachen und Chancen der israelischen Aggression und die regionalen und weltpolitischen Verwicklungen zu fördern. In der taz verlagerte sich die Debatte von der Frage nach dem Verhältnis der westdeutschen Linken zu den Rechten der Palästinenser, zur PLO, zu Judentum und Zionismus zusehends hin zu einer Debatte über linke Umgangsformen und Begrifflichkeiten.

In dieser Lage ergriff eine Gruppe „Unabhängiger", großenteils Leute, die sich aus Dritte-Welt-Komitees, vor allem aus der Arbeit für die Befreiung El Salvadors kennen, vor knapp drei Wochen eine Initiative. Nach der Diskussion über mögliche Formen, um die Solidarität mit dem palästinensischen und libanesischen Volk zum Ausdruck zu bringen und zu verbreitern, entschloß man sich, eine zentrale Demonstration anzuregen. Ergebnis ist der hier dokumentierte Aufruf, der inzwischen bundesweit an Dritte-Welt-Gruppen, ASten, Studentengemeinden und einige Friedensinitiativen verschickt wurde, zusammen mit einer Einladung zu einem Treffen aller Interessierten, das diesen Samstag in Neu-Isenburg bei Frankfurt stattfinden soll. Die Initiatoren waren sich dabei wohl bewußt, daß eine solche Demonstration (alternativ stehen noch parallel laufende Aktionstage sowie dezentrale Demonstrationen) einmal durch das Vorgehen der Israelis und möglicherweise den Rückzug der PLO überholt werden könnte und andererseits die Urlaubszeit einer zentralen Aktion entgegenstehen. Das wird neben den inhaltlichen Fragen auf dem Treffen am Wochenende zu überlegen sein. Inzwischen hat der Vorschlag die Unterstützung des neu gebildeten Frankfurter Palästina-Libanon-Solidaritäts-Plenums gefunden, und es wird angestrebt, mit Palästinensischem Studentenverein und Arbeiterverein, die ebenfalls für „Ende August" eine nationale Demonstration planen, zu gemeinsamem Handeln zu kommen.

Besagtes Plenum hat sich gebildet, nachdem auf einer Veranstaltung zum Thema: „Die Linke und der Konflikt im Libanon" vor drei Wochen in Club Voltaire allzu viele Fragen offen- bzw. umstritten geblieben waren. Um die 40 Leute aus verschiedenen politischen Gruppen und neben Palästinensern auch Vertreter der Opposition anderer arabischer Länder treffen sich jetzt wöchentlich, vor allem um die Auseinandersetzung über politisch-inhaltliche Probleme fortzuführen und so eine Arbeit in der Öffentlichkeit, an Ständen usw. zu erleichtern. Als erster Schritt wurde ein gemeinsames Flugblatt erstellt. Zugleich laufen Vorbereitungen für eine hoffentlich große Veranstaltung, die übernächste Woche im Volksbildungsheim stattfinden soll. *cof.*

Treffen zur Beratung über eine zentrale Demonstration:
Samstag, 7.8., 14.00 Uhr
im Multinationalen Zentrum
in Neu-Isenburg (südlich von Frankfurt), Ludwigstraße 11

Wöchentlicher Termin des Frankfurter Palästina-Libanon-Solidaritäts-Plenums:
Dienstags, 19.00 Uhr,
Studentenhaus der Uni Frankfurt,
Jügelstraße, Raum 107

Frankreich

Linksregierung am Ende oder „revolutionäre Austerität"?



cof. Der „Stand der Gnade" ist vorbei – soll heißen, die französische sozialistisch-kommunistische Regierung kann sich nicht länger auf Anfangsschwierigkeiten und das Erbe der Vorgänger berufen, wenn es Schwierigkeiten gibt und sie zu Maßnahmen greift, die ein Regierungschef Barre nie und nimmer durchkriegen konnte. Und mittlerweile gibt es viele Schwierigkeiten und fast ebensoviele Entscheidungen, die in Frankreich als Austeritätspolitik bezeichnet und hierzulande manchmal mit einer Politik à la Thatcher verglichen werden. Die Maßnahmen sind einschneidend, und die Methoden ihrer Durchsetzung – beispielsweise die Aussetzung der Tarifautonomie oder die Verordnung per Ausnahmegesetz – sind es ebenso. Dienten die Notverordnungen vom Januar zur Einführung der 39-Stunden-Woche und der fünften bezahlten Urlaubswoche, die Einschränkung der Zeitarbeit und die vorgezogene Verrentung noch dazu, das Reformprogramm – unter dem Motto: Kampf der Arbeitslosigkeit – zu beschleunigen und den parlamentarischen Weg abzukürzen, so sind dagegen die Beschlüsse vom April und die der vergangenen zwei Monate zutiefst kapitalistisch: der Lohn- und Preisstopp bis zum 31. Oktober (mit Ausnahmeregelungen bei den Preisen, die der Sache nach allen Erfahrungen ein recht einseitiges Gesicht verleihen), die jetzt schon avisierte Regelung für „danach", wonach die meisten Reallöhne für weitere 14 Monate ebenfalls sinken werden, die Aufhebung der Lohn-Preis-Indexierung und nicht zuletzt die Maßnahmen zur Sanierung der Arbeitslosen- und Sozialversicherung – neben staatlichen Zuwendungen nicht nur an die verstaatlichte Industrie, sondern vor allem an die kleineren und mittleren Betriebe (sie beschäftigen 46% der französischen Lohnabhängigen und sind die schärfsten Gegner der „neuen Mehrheit" in Paris), denen der Staat bei der Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge kräftig unter die Arme greifen will.

Mit dem Appell an die nationale Solidarität sollen eine „Arbeitslosensteuer" (hierzulande als Arbeitsmarktabgabe bekannt) für alle nicht beitragspflichtigen Franzosen, Beamte, Freiberufler und Bauern, eingeführt werden, allerdings erst ab einem Monatseinkommen von über ca. 1600 DM, was die „geschätzten" Einkommen der Mehrheit der Bauern verschonen wird. Die Hauptverantwortung bei der Behebung des Defizits der Arbeitslosenkassen verbleibt dabei den „Sozialpartnern", die bis Ende Oktober ein gemeinsames Konzept von Beitragserhöhungen und Leistungskürzungen vorlegen sollen – wobei das Patronat für den Fall höherer Belastungen bereits mit einer Aufkündigung des „paritätischen Sozialpartnervertrags" aus dem Jahre 1958 gedroht hat. Danach wird die Arbeitslosenversicherung paritätisch von Kapitalisten und Lohnabhängigen verwaltet, die Beiträge entrichten zur Hälfte die Kapitalisten, zu 20% die Versicherten und zu 30% der Staat.

Auch die Krankenversicherung soll durch Leistungskürzungen aus dem Defizit geführt werden, und bei der Rentenversicherung stehen Beitragserhöhungen von ca. 13 auf 15% der Löhne an. Die vorgeschlagene Rückkehr zum Verwaltungssystem der Renten von 75 zu 25 zugunsten der Gewerkschaften, wie sie vor der 1967 eingeführten Halbparität bestand, ist unterdessen nicht absehbar. Die Familienzulagen, die bislang auch unter die Sozialversicherung fielen und nach dem Regierungsantritt von Mitterrand um 25% erhöht wurden, sollen zukünftig ganz vom Ministerium für Solidarität verwaltet werden. Dabei darf man nicht übersehen, daß die Finanznot der Versicherungen zum guten Teil aus der schlichten Beitragsverweigerung der Kapitalisten führt, die einfach nicht zahlen.

Mit all diesen „Reformen" geht natürlich einher die Durchforstung der Leistungsempfänger (z.B. der 1,6 Mio. der über 2 Mio. Arbeitslosen), die Verlängerung der Wartezeiten usw. Trostpflaster bei der Krankenversicherung: eine Steuer auf die wuchernde Arzneimittel-Reklame ist angekündigt.

Doch scheinen die Fronten im weiten Bereich der Sozialversicherung nicht unüberbrückbar, so erregt sich Frankreich in erster Linie über den Lohn- und Preisstopp: Die Gewerkschaften wollen sich – in unterschiedlicher Formation – im September zu Beratungen über ein kollektives Vorgehen treffen; die Kapitalisten empört der Eingriff in ihre Handlungsfreiheit und daneben die Aufbürdung der Mehrwertsteuererhöhung von 17,6 auf 18,6%, die sie bis Ende Oktober nicht abwälzen dürfen – aber dann! Die Beratungs-Journalle der Kapitalisten sinniert derweil, wie die nicht verstaatlichte Industrie die ihr auferlegten Hindernisse zu umgehen vermag: mit Lagerreduzierung, Verzögerung von Bestellungen, um dem Preisstopp zu entkommen, verbunden mit einem Lamento über sinkende Kaufkraft und – last not least – sinkende Gewinnspannen. Darüberhinaus werden auch die „peinlichen" Grenzkontrollen beim Devisentransfer beklagt. Denn die beschränken sich nicht nur auf die Frage des französischen Zöllners, ob ich Antiquitäten, Schmuck oder sonstwas im Kofferraum über die Grenze schaffe, sondern beziehen sich vielmehr auf die Transferierung ansehnlicher Kapitalsummen auf die Schweizer Nummernkonten. Eine Untersuchungskommission der französischen Regierung hat da kürzlich einen – von schweizerischer Seite heftig bestrittenen – Kapitalfluchtstrom u.a. in Gestalt von 500 Francs-Noten ausgemacht, der den Verkehr solcher Banknoten aus dem Vorjahr bei weitem übersteigt.

Soviel ist jedenfalls sicher: So gleichmütig sich das Patronat gegenüber der nun nicht mehr ganz neuen französischen Mehrheit in der Öffentlichkeit auch geben mag (s. „Handelsblatt", wonach Vertreter des französischen Unternehmerverbandes CNPF den erstaunten westdeutschen Besuchern mitteilen, daß sich durch die Verstaatlichungen nichts ändern würde und sie auch die Manager der verstaatlichten Industrie in ihren Reihen zählten), so sind doch die Reaktionen der herrschenden Klasse insgesamt evident, kurz gesagt: Investitionsstopp und Kapitalflucht.

Linksregierung ade? Nach diesem äußerst groben Szenario steht diese Frage sicher an. Wobei wir bisher unterschlagen haben, daß all diesen restriktiven Maßnahmen wie auch der harschen Entgegnung der Kapitalisten eine ganze Reihe von Reformen vorangegangen ist – und zwar nicht nur solche, die nichts oder wenig kosten, wie die Dezentralisierung, was etwa im Straf- und Gerichtsverfahrensrecht, in der Behandlung der Minderheiten, selbst in der Betriebsverfassung, oder was die Rechte der Frauen angeht, die z.B. in den künftigen Kommunalparlamenten ein Viertel der Abgeordneten stellen sollen und wo ein Antidiskriminierungsgesetz vorbereitet wird. Schließlich hat – um es in Erinnerung zu rufen – die Regierung bereits in den ersten Wochen nach Amtsantritt:
– die gesetzlichen *Mindestlöhne* um 10%, die Mindestrenten um 20%, das Kindergeld um 25% und das Wohngeld zweimal um je 25% erhöht. Damit sollte die Lage der untersten Einkommensschichten spürbar verbessert und die *Massenkaufkraft* angeregt werden. Die Finanzierung dieser ersten Maßnahmen erfolgte durch *Nettokreditaufnahme;*
– einen Nachtragshaushalt in Höhe von 7,7 Mrd. FF zur Durchführung von *Arbeits*beschaffungsmaßnahmen, zum Bau von 50000 neuen *Sozial*wohnungen und zur *Investitions*förderung angelegt;
– zur Finanzierung dieses Nachtragshaushaltes
+ eine einmalige Sondersteuer von 25% auf Steuerbeträge über 100000 FF
+ eine 10%ige Steuer auf die „allgemeinen Unkosten" der Unternehmen
+ eine Sondergewinnsteuer für Banken und Mineralölkonzerne erhoben sowie
+ die Mehrwertsteuer für Viersterne- und Luxushotels von 7 auf 17,4% erhöht;
– zusätzliche *54000 Stellen im öffentlichen Dienst* geschaffen bzw. besetzt. (vgl. Memorandum '82, Exkurs: Zur „Machbarkeit" des beschäftigungspolitischen Sofortprogrammes – das Beispiel alternativer Wirtschaftspolitik in Frankreich)

Die Frage ist also, ob von dieser linken Regierung eine Krisenüberwindung im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung noch erwartet werden kann, ob die Konstellation in Frankreich der Vorstellung von einer Linksregierung überhaupt entspricht, oder ob dort, wie u.a. „was tun?" der GIM behauptet, „Mitterrand unter dem Mantel radikaler Worte nichts anderes tut als H. Schmidt: den Kapitalismus verwalten"?

Eine solche Interpretation liegt in Frankreich wie in Griechenland oder sonstwo nahe: große Wahlversprechen werden mehr und mehr verwässert, letzten Endes Versöhnung mit den Kapitalisten, und in der Krise sollen die Arbeiter den Gürtel enger schnallen – nicht umsonst gibt es in fast allen europäischen Sprachen einen entsprechenden Ausdruck. Doch das ist nur die halbe Wahrheit.

Natürlich nimmt sich das Programm der „neuen Industriepolitik", sprich der umfassenden Innovation, höchst kapitalistisch im Rahmen der internationalen Konkurrenz aus, und es ist auch das ausgesprochene Ziel des linken Forschungs- und Industrieministers Chevènement, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken – auf der Grundlage eines gestärkten inländischen Sektors, der gerade unter den Importen von Konsumtions- wie von Produktionsgütern vor allem aus dem bundesdeutschen Ausland leidet. Doch wenn auch hier, aufgrund der Abhängigkeit

tionsgütern vor allem aus dem bundesdeutschen Ausland leidet. Doch wenn auch hier, aufgrund der Abhängigkeit



vom Weltmarkt und unter dem Druck der Währungsrelationen, die Anfangserfolge der neuen französischen Wirtschaftspolitik gefährdet erscheinen, so läßt sich doch nicht übersehen, daß das Programm der Regierung auf der Nachfrageseite einigen Erfolg hatte, wobei das Problem darin liegt, daß es nicht bei der nationalen Industrie, sondern vor allem bei den Importen zu Buche schlug. Dem soll nun gerade die neue Industriepolitik Rechnung tragen, und hier fließen auch die staatlichen Gelder hin.

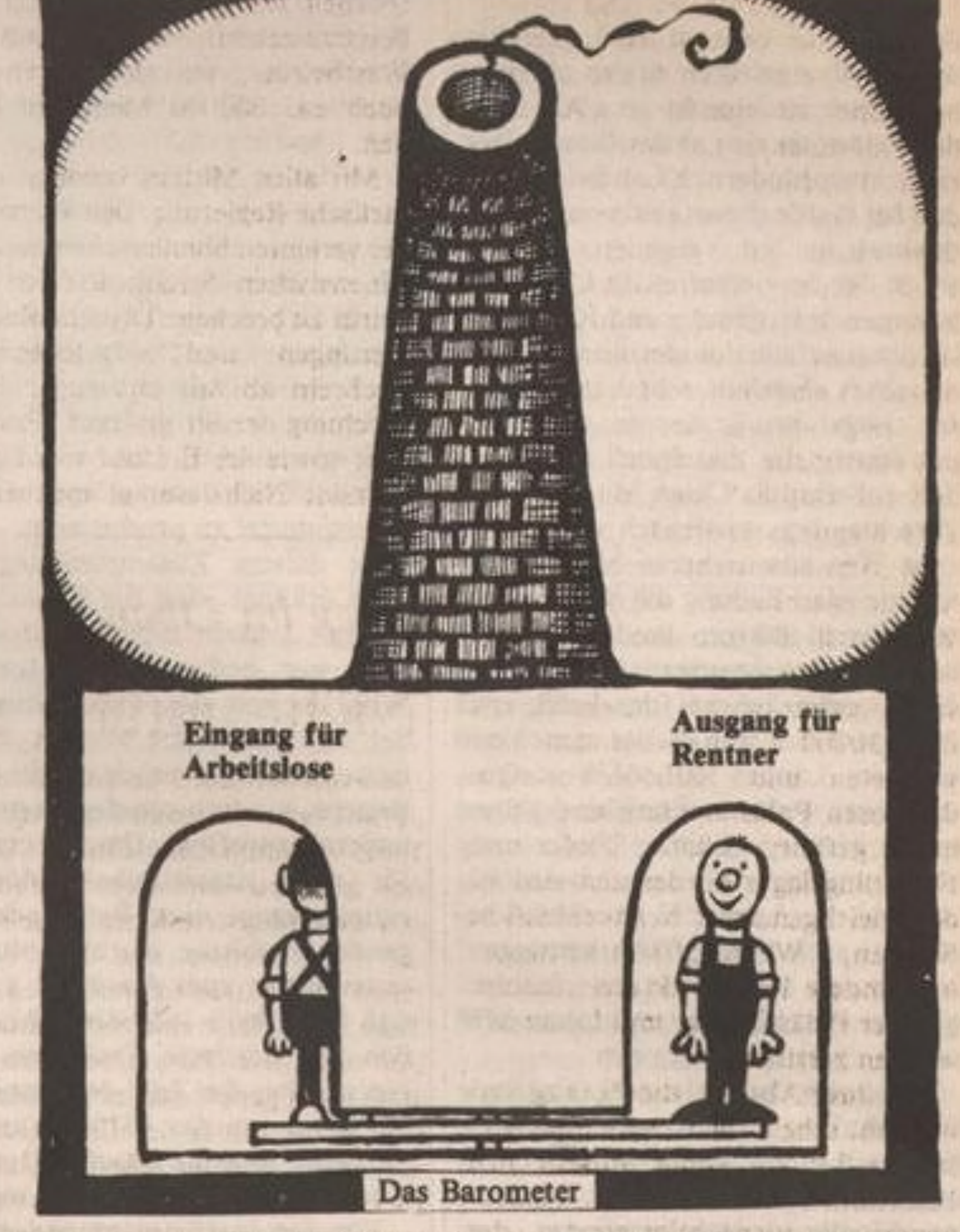
Der Erfolg all solcher Maßnahmen steht zweifellos in den Sternen. Aber beim Vergleich mit der Lage in Westdeutschland lohnt es nicht nur, sich die tausendfachen Abwehrmechanismen des privaten oder die Gesetzmäßigkeiten eines nationalisierten Kapitals unter kapitalistischen Weltmarktprämissen vor Augen zu führen, sondern das, was eine kämpfende Bewegung, sofern es sie gibt, überhaupt vorzuschlagen hat. Da erscheinen all die klugen Erläuterungen von Mandel über GIM bis „links", einschließlich der französischen Linkspresse, daß der Erfolg einer solchen Regierung bzw. daß ihre Transformation von einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses abhängig ist und letztlich nur der vereinheitlichte Aktion der Massen, oder auch dem Generalstreik, vorangetrieben werden kann, irgendwie naiv, um nicht zu sagen dogmatisch.

Denn jede solche Problemstellung geht an den Tatsachen und Schwierigkeiten einer aktuellen revolutionären Politik vorbei, und insbesondere an den politischen Konstellationen in Frankreich. Nicht nur die Arbeiterbewegung ist dort zersplittert und findet schwer zu einer gemeinsamen Haltung gegenüber den restriktiven Regierungsmaßnahmen: So betont z.B. die CGT allenthalben, daß die Kaufkraft und der Lohnausgleich gesichert werden müßten, wohingegen die CFDT Lohnausgleich nur für die untersten Lohngruppen garantiert wissen will und ansonsten offen ist für die Veränderung der Arbeitsinhalte und sowieso ein besseres Gespür für das „autrement vivre", das anders leben, hat, als es bei der CGT und der von ihr traditionell organisierten Facharbeiterschaft zu verzeichnen ist.

Auf der anderen Seite gibt es in Frankreich eben gerade nicht einen solchen Bereich, Leute, Initiativen, die sich um praktische gesellschaftliche Alternativen bemühen, da überwiegt vielmehr der individuelle Rückzug in den ökologischen „vin et miel" (Wein und Honig). Insofern gehen all die Prognosen von deutschen oder französischen Trotzkisten oder „Marxisten-Leninisten", die so schlankweg sich die Lösung von einem Massenaufstand versprechen, am Problem vorbei. Das Problem der französischen Linksregierung besteht doch gerade darin, daß sie sich zwar auf eine Stimmung der Massen gegen das gesamte reaktionäre Aufgebot der vorangegangenen Regierungen, aber eben nicht auf eine Bewe-

sen gegen das gesamte reaktionäre Aufgebot der vorangegangenen Regierungen, aber eben nicht auf eine Bewe-

Die neue Arbeitszeitregelung



Das Barometer

gung mit einem halbwegs klaren Konzept stützen konnte.

Insofern, als weder die Bewegung noch die sozialistische oder erst recht die kommunistische Partei ein stringentes Programm hat, um aus der gegenwärtigen Krise herauszukommen, sollten wir die Analyse, daß die sozialistische Regierung zwar vor „zwei schrecklichen Jahren" (wie sie selbst sagt) steht, aber noch keineswegs das Handtuch geworfen hat, lieber zu vertiefen versuchen. Und was den Erfolg der Politik der französischen Regierung angeht, so kann man m.E. weder die Frankophilen noch die Kritiker des Sozialdemokratismus einfach zum Maßstab nehmen. Die PS-Karte scheint mir jedenfalls noch nicht ausgereizt.

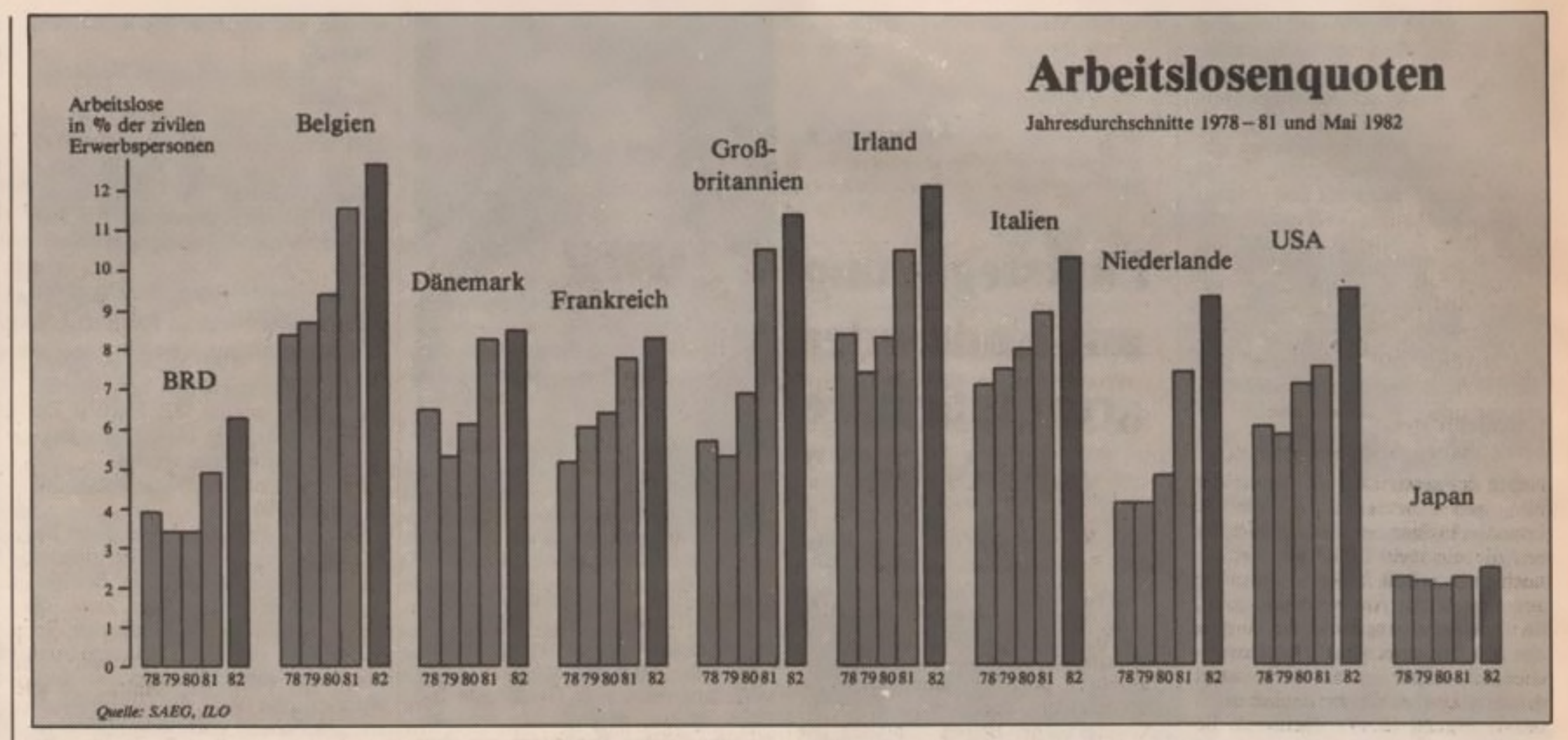
Warentest am Gängelband

kvz. Über zunehmende Behinderung ihrer Arbeit hat sich die Stiftung Warentest bei Vorlage ihres Jahresberichts beschwert. „Die Zügel werden angezogen, am Anfang unserer Arbeit waren wir viel flexibler", sprach ihr Vorstand Hüttenrauch. Durch die Hintertür versuche jetzt auch die Wirtschaft, das Institut an die Leine zu nehmen.

Stein des Anstoßes ist vor allem der Entwurf zu einer DIN-Norm über vergleichende Warenprüfungen. Darin wird verlangt, daß alle Testergebnisse vor Veröffentlichung mit der Herstellerfirma ausgetauscht und mit ihr abgestimmt werden müssen. Außerdem soll festgelegt werden, welche Anforderungen die Stiftung an die geprüften Produkte stellen darf. Damit die Industrie weiß, nach welchen Kriterien geprüft wird – womit dann hinsichtlich anderer Kriterien umso besser geschlampt und beschissen werden kann. „Man will uns in der Methode an das fesseln, was in den Normenausschüssen (wo die Industrievertreter bestimmen) beschlossen wurde", sagt die Stiftung.

Doch auch sonst nehmen die Behinderungen zu. So hat der Deutsche Städtetag eine Untersuchung über die Hygieneverhältnisse in Hallenbädern verhindert. Per Rundschreiben wurden die Bäder kurzerhand aufgefordert, den Testern den Zugang zu den Technikräumen zu verwehren. Und die Hypotheken- und Kreditbanken, obwohl im Kuratorium der Stiftung durch ihren Verband vertreten, verweigern Auskünfte für einen Vergleich der Darlehensbedingungen.

Und schließlich greift auch Lambsdorffs Wirtschaftsministerium immer stärker in die Arbeit der Stiftung ein. „Wer am Geldhahn sitzt, bestimmt über vieles, was in einem Unternehmen vorgeht, auch wenn er nicht direkt Einfluß nimmt", sagt die in solchen Dingen erfahrene Stiftung dazu.



Auch aus dem Arbeitsministerium verlautet jetzt, unter 1 Million werde die Zahl der registrierten Arbeitslosen in der BRD selbst bei günstigster wirtschaftlicher Entwicklung – die heute in weiter Ferne liegt – nicht mehr sinken. Im ungünstigen Fall werde sie in wenigen Jahren auf 4 Millionen steigen. Stillschweigend ist das in allen Krisenrezepten einkalkuliert. Bekämpfung der Wirtschaftskrise, womit die christlichen Demokraten auf Stimmenfang gehen, heißt dort nie Beseitigung der Arbeitslosigkeit, sondern bestenfalls Vollbeschäftigung der Kapitalanlagen.

Die Woche im Rückblick

Die Vorstände der westdeutschen Unternehmen haben trotz Krise auch 1981 gut verdient. Spitzenreiter blieb die Riege von Daimler-Benz. Über 900000 Mark hat dort jeder der erlauchten Herren eingesteckt. Die VW-Vorstände kamen mit 898570 DM auf Platz zwei und die BMW-Chefs kamen trotz einer Kürzung ihrer Bezüge immer noch auf knapp 770000 DM. Heinz Dürr und Kollegen konnten 582000 DM aus ihrem Vorstandsposten einstecken, 14000 Mark weniger als jeder der 22 Vorstände von Siemens erhielt. Auch die Geschäftsführer von Thyssen konnten nicht klagen, sie waren mit 777000 DM dotiert. Das Durchschnittseinkommen aller sozialversicherten Lohnabhängigen lag bei 31000 DM.

US-Präsident Reagan hat das Getreideabkommen mit der UdSSR um 1 Jahr verlängert. Amerika müsse verläßlicher Vertragspartner sein, sagte er vor Farmern, die rund 25% ihrer Einnahmen aus Exporten beziehen. Nach Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) hat die UdSSR im Landwirtschaftsjahr 1981/82 rund 42 Mio. Tonnen Getreide aus dem Ausland erhalten. Einschließlich der in andere osteuropäische Länder gelieferten Mengen wurden damit 54 Mio. Tonnen oder 27% des gesamten Weltexports in Höhe von knapp 200 Mio. Tonnen an den sowjetischen Block geliefert. Rund ein Drittel ihres Imports hat die UdSSR in den USA eingekauft, Hauptlieferant war Argentinien.

Mit einer weiteren Zunahme der polnischen Auslandsschulden rechnet das HWWA-Institut in Hamburg. Bis 1985 hätte die polnische Regierung an westliche Gläubiger 27 Mrd. $ zurückzuzahlen, dazu 13 Mrd. $ an Zinsen. Dem stünden – folge man den Erwartungen der polnischen Regierung – ein Exportüberschuß von insgesamt bloß 6,8 Mrd. $ gegenüber. 33 Mrd. $ können also nur durch weitere Kreditaufnahme oder Umschuldung gedeckt werden. Im ersten Halbjahr 1982 sank die Produktion in Polen um 7,8% unter das Vorjahresniveau, noch stärker war der Einbruch in der importabhängigen verarbeitenden Industrie. Die RGW-Länder lieferten in diesem Zeitraum nur 0,2% mehr nach Polen, bezogen aber fast 13% mehr als 1981. Löhne und Gehälter stiegen bis Ende Juni um 45,4%, die Lebenshaltung verteuerte sich um 103,9%.

„Stärker durch belastende Faktoren geprägt" sei die Wirtschaftsentwicklung in den letzten Monaten, schreibt das Wirtschaftsministerium in seinem jüngsten Lagebericht. Zwar habe sich die industrielle Erzeugung auf dem im Frühjahr erreichten Niveau gehalten (wie großartig!), negativ sei aber der Auftragseingang beim Verarbeitenden Gewerbe. Die um die Jahreswende lebhaften Auslandsbestellungen sind abgeflaut, und im Inland rührt sich nach wie vor nicht viel.

Neue Konzepte für die Agrarpolitik

Bei der Modernisierung der chinesischen Landwirtschaft gilt die Mechanisierung nicht mehr als die Triebkraft, sondern als Hilfsmittel

dnc. Viele Traktoren und gewaltige Mähdrescher gehören zu den auffälligsten, wenngleich nicht an allen Orten und immer zu den sinnvollsten Merkmalen einer modernen Landwirtschaft. Geprägt wurde dieses Bild von der Entwicklung in den Vereinigten Staaten und in der Sowjetunion. In China verbanden sich Hoffnung und Planung in Richtung auf eine modernisierte Landwirtschaft ebenfalls sehr lange mit einem Mehr an Traktoren und einer Ausweitung der maschinell gepflügten Fläche. Selbst als China Mitte der 50er Jahre aus dem sowjetisch vorgezeichneten Weg auszuscheren begann, formulierte Mao Zedong die bis vor wenigen Jahren gültigen landwirtschaftlichen Modernisierungsziele noch so: „Nach zwölf Jahren (das heißt etwa 1967) wird der Anteil des maschinell bebauten Landes auf 61% steigen, nach zwei weiteren Fünfjahresplänen werden wir die technische Umformung der Landwirtschaft abgeschlossen haben, und der Anteil des maschinell bebauten Landes wird 100% betragen." Zum letzten Mal wurde das „maoistische" Modernisierungsprogramm 1978 von Yu Qiuli aufgenommen.

Doch sehr bald danach, als Ende 1978 / Anfang 1979 die gesamte Volkswirtschaft einer sehr kritischen Prüfung unterzogen wurde, wurde auch das Modernisierungsprogramm von Yu Qiuli hinterfragt. Allerdings – wie ein Vergleich mit dem Stand von 1980 zeigt – waren keineswegs die einzelnen Normen überzogen. Diese wurden annähernd erfüllt bzw. bei Kunstdünger sogar übererfüllt. Offenbar war das ganze zugrunde liegende Konzept problematisch.

Während auf der einen Seite 1978 noch für knapp 1 Million US-$ amerikanische modernste Landmaschinen für die „Freundschaftsfarm" in der Provinz Heilongjiang eingeführt wurden, begann man in den chinesischen Medien zu dieser Zeit grundsätzlich die Möglichkeiten der landwirtschaftlichen Modernisierung zu diskutieren, und es wurde explizit nach einem eigenständigen „chinesischen Weg der Agrarmodernisierung" gefragt. Natürlich wurde gesehen, daß der Maschineneinsatz die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft erhöhen konnte, doch das durfte trotz niedriger Arbeitsproduktivität in China nicht die Hauptseite darstellen. Die im Verhältnis zur Bevölkerung noch unbefriedigende Lebensmittelproduktion und die sehr beschränkte, kaum mehr erweiterbare landwirtschaftliche Nutzfläche verlangten nach anderen Prioritäten. Der chinesischen Landwirtschaft muß in erster Linie daran gelegen sein, mehr Lebensmittel zu produzieren.

In diesem Zusammenhang wurde auch erkannt, daß die bisherige Gleichung Traktorisierung = Modernisierung nur bedingt zielkonform war. Wohl ist mit der Traktorisierung an der Basis angesetzt worden, doch die Entscheidungen wurden nicht von den Bauern, sondern von den Verwaltungskadern getroffen. Daraus ergab sich für das „maoistische" Modernisierungskonzept eine Reihe schwerwiegender Probleme, die am konzentriertesten darin zum Ausdruck kommen, daß von 1965–1980 die Zahl der großen und mittleren Traktoren um das Neunfache, die Zahl der Handtraktoren sogar um das 467fache zugenommen hat, doch die maschinell gepflügte Fläche nur um das 1,7fache anwuchs.

Für den ineffizienten und zum Teil auch unsachgemäßen Einsatz der Traktoren (und auch der anderen Landmaschinen) ist eine Reihe von Faktoren verantwortlich, wie im Verhältnis zu den Agrarpreisen sehr hohe Anschaffungs- und Unterhaltskosten, deren bürokratische Zuweisung an bestimmte Einheiten, deren oft schlechte Wartung, Mangel an Ersatzteilen und landwirtschaftlichen Beigeräten usw. Voll Empörung schreibt zum Beispiel Wang Ruolian in der Guangming Ribao (17. November 1979): „Ich weiß nicht, warum ein Kilogramm Mais den Wert von 0,18 Yuan hat, ich weiß nur, daß zum Kauf eines Traktors ‚Der Osten ist Rot' (75 PS) die Bauern insgesamt 75000 Kilogramm Mais verkaufen müssen." (...)

Um die Stagnation und schlechte Wirtschaftlichkeit der bisherigen Mechanisierungspolitik zu überwinden, werden seit ein, zwei Jahren neue Schwerpunkte gesetzt, und es wird von der Vorstellung Abschied genommen, bis zum Jahre 2000 die Landwirtschaft umfassend modernisieren zu können. Die Mechanisierungsmittel sollen dort eingesetzt werden, wo sie den größten wirtschaftlichen Nutzen bringen, und es sollen nicht mehr nur hauptsächlich Traktoren, sondern vermehrt den sehr unterschiedlichen Bedingungen in der Landwirtschaft entsprechende Ackergeräte produziert werden. So soll zum Beispiel die Traktorisierung im wesentlichen nur noch in den wenig dicht besiedelten Regionen des Nordostens weiter gefördert werden, wo sie auch wirklich zu höheren Erträgen beiträgt. In den fruchtbaren Schwemmlandgebieten (Yangzi- und Perlflußdelta) dagegen sollen andere Prioritäten gesetzt werden. Dringend ist dort die Mechanisierung der Be- und Entwässerung, da sehr ungleiche Niederschläge und stark schwankende Wasserführung der Flüsse leicht zu verheerenden Naturkatastrophen führen. In den Hügel- und Berggebieten dagegen ist der Transportsektor das schwache Kettenglied. (...)

Die mechanischen Hilfsmittel sollen aber nicht nur entsprechend den Erfordernissen eingesetzt werden, sondern die größten Modernisierungsanstrengungen bewußt in den Einheiten vorgenommen werden, deren wirtschaftliche und finanzielle Vorbedingungen besonders gut sind. Solche Einheiten sollen zuerst modernisieren, die sich diese Modernisierung nicht nur leisten können, sondern wo auch der größte wirtschaftliche Nutzen erwartet werden kann. So wird zum Beispiel eine bereits teilweise mechanisierte Volkskommune von zusätzlichen Landmaschinen einen größeren Nutzen haben als eine überhaupt nicht mechanisierte. Im ersten Fall kann die Kommune allmählich ganz auf die traditionellen Geräte verzichten, während im zweiten Fall sowohl traditionelle wie moderne (zum Beispiel Pferde *und* Traktoren) gehalten werden müssen.

Diese differenzierte und regional unterschiedlich gewichtete Mechanisierung läuft auf eine Bevorzugung der reicheren Einheiten hinaus. In der Regel sind das Einheiten mit einem recht gut entwickelten Nebengewerbe, das nicht nur die Akkumulation der zum Kauf der Landmaschinen nötigen Finanzmittel erlaubt, sondern – wenn entwicklungsfähig – auch die Voraussetzung für die Beschäftigung der durch die Mechanisierung frei werdenden Arbeitskräfte darstellt. Da die ländliche Bevölkerung in kollektiven Einheiten organisiert ist, deren Mitglieder unabhängig vom objektiven Arbeitskräftebedarf alle ernährt und gekleidet werden, ist diese Beschäftigungsproblematik lange Zeit nicht ausreichend beachtet worden. Die Unterbeschäftigung führte ja nicht zum Verlust der Lebensgrundlage, sondern „lediglich" zu Stagnation oder Absinken des Lebensstandards für alle. Das Abrücken von einer gleichmäßigen und breitgestreuten, aber auch bürokratisch verordneten Mechanisierung in China bedeutet so für die ärmeren Gebiete keineswegs notwendigerweise eine Verschlechterung der Entwicklungsbedingungen. Im Gegenteil: In vielen Fällen bleiben solchen Einheiten unverhältnismäßig hohe Ausgaben für Landmaschinen erspart, die sie mangels Beschäftigungsmöglichkeiten für die frei werdenden Arbeitskräfte nicht einmal ökonomisch sinnvoll einsetzen können. Es deutet sich hier eine Uminterpretation der Rolle der Mechanisierung bei der Modernisierung an. Im Gegenteil zur Parole Mao Zedongs „Der Ausweg der chinesischen Landwirtschaft liegt in der Mechanisierung", wird heute die Mechnanisierung nicht mehr als die Triebkraft der Modernisierung und Entwicklung gesehen, sondern lediglich als ein Hilfsmittel, das nur unter bestimmten Bedingungen eingesetzt werden kann. Die eigentliche Triebkraft sind Diversifizierung und biologische Maßnahmen (Hochertragssorten, größerer Düngereinsatz usw.) sowie die Erschließung neuer produktiver Bereiche. Fortschritte hierbei hängen nicht nur vom verstärkten Ausbau des Verkehrswesens ab (damit die zusätzlich geschaffenen Produkte auch zu den potentiellen Abnehmern gelangen), sondern auch von einer Verbesserung der landwirtschaftlichen Fachausbildung, damit die Bauern bereit für Innovationen und vom Alten abweichende Wege werden. Erst wenn durch zusätzliche Produktionskapazitäten ein wirklicher Arbeitskräftemangel spürbar wird, kann und muß an die Mechanisierung der arbeitsintensivsten Arbeitsgänge gedacht werden.

Dadurch, daß auch die sogenannten „nationalen Getreidebasen", also Gebiete, die einen besonders hohen Anteil an Handelsgetreide produzieren, zu den vorrangig zu mechanisierenden Regionen gehören, schaffen diese indirekt in den rückständigeren Gebieten günstige Bedingungen für die Diversifizierung. Indem der Staat nun vornehmlich aus diesen Hochertragsregionen den Getreidebedarf der Städte deckt, können für die übrigen Regionen die bislang gültigen Getreideabgabeverpflichtungen reduziert und kann damit der Zwang zur möglichst hohen (aber wenig gewinnträchtigen) Getreideproduktion gemildert werden. An Stelle von Getreide können dann in diesen Gebieten mehr andere Pflanzen wie Baumwolle, Ölpflanzen oder Lokalprodukte angebaut werden, die nicht nur höhere Verkaufserlöse erbringen, sondern möglicherweise auch Rohstoffe für eine lokale verarbeitende Industrie abgeben.

Zusammenfassend: Bis zum Jahr 2000 werden in China nur ausgewählte Gebiete mechanisiert sein, wobei die Mechanisierung sich im Vergleich zu amerikanischen oder japanischen Verhältnissen immer noch relativ bescheiden ausnehmen wird. In den übrigen Gebieten dürften dann aber zumindest die Grundlagen für eine künftige Mechanisierung geschaffen sein. Ob das gelingt, wird weniger von einer speziellen Mechanisierungsstrategie abhängig sein, sondern davon, ob es dem Staat gelingt, durch Ressourcentransfer von den reicheren Gebieten in die ärmeren Gebiete in den letzteren eine entwicklungsfördernde Infrastruktur aufzubauen.

Den – von uns gekürzten – Artikel von *Urs Widmer, München,* entnahmen wir dem Heft 2/1982 von „das neue China". Das Heft, das von der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft herausgegeben wird, kann bestellt werden über die China Studien- und Verlagsgesellschaft, Hungener Str. 6–12, 6000 Frankfurt/M 60. Einzelpreis 3,50 DM, Jahresabonnement 21,00 DM.

Betriebliche Altersversorgung

Steuerersparnis für die Kapitalisten – notwendiger Bestandteil der Altersversorgung für die Lohnabhängigen

akr./mig. Neben der gesetzlichen Rentenversicherung und freiwilligen Versicherung wird die betriebliche Altersversorgung als eine der drei Säulen der Altersversorgung bezeichnet. Die Kapitalisten versuchen gegenwärtig, wobei das 2. Haushaltsstrukturgesetz vom Januar dieses Jahres zum Anlaß genommen wird, die betriebliche Altersversorgung, die nur zum Teil gesetzlich abgesichert ist, abzubauen. In diesem Artikel und der Fortsetzung nächste Woche wollen wir uns ausführlicher mit der *Betrieblichen Altersversorgung* beschäftigen.

Geschichte der betrieblichen Altersversorgung

Neben der gesetzlichen Sozialversicherung haben heute 65 bis 70% der Lohnabhängigen – einschließlich derer, die die meist 10jährige Werkzeit noch nicht erfüllt haben – Anspruch auf betriebliche Altersversorgung. Indem die Bundesregierung die Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung immer mehr nach unten drückte, kommt der betrieblichen Altersversorgung (BAV) wachsende Bedeutung zu.

Ursprünge der betrieblichen Altersversorgung datieren bis ins vorige Jahrhundert zurück. Betriebliche Alterskassen waren in Großbetrieben – wie z.B. Siemens – eingerichtet worden, um sich einen Stamm von Facharbeitern zu sichern, die bei Weggang schwer für die Kapitalisten zu ersetzen waren. Nur ein kleiner Teil der Arbeiter erhielt diese „Früchte fürsorglicher Tätigkeit" der Kapitalisten, da sie nur in Großbetrieben gewährt wurden und nur nach längerer Betriebszugehörigkeit, d.h. in der Regel nach Invalidität bzw. Erreichung des Pensionsalters in dem Betrieb. Bei einem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis gingen die Ansprüche verloren, auch wenn die Arbeiter aus ihrem Lohn selbst Beiträge in die Kasse entrichtet hatten.

Durch die Einführung der Sozialversicherung 1876, teils auf Druck der Arbeiterbewegung, teils als flankierende Maßnahme zum Sozialistengesetz, um den Sozialdemokraten das Wasser abzugraben, wurde die Bedeutung der betrieblichen Altersversorgung entwertet. Ausgebaut wurde in den Folgejahrzehnten die BAV lediglich in Großbetrieben, jedoch ohne bindende Wirkung. Die Faschisten versuchten mit der Gründung sog. „Gefolgschaftskassen" das Herr-Knechts-Verhältnis ideologisch zu verbrämen.

Weniger aus einer vermeintlichen Fürsorgepflicht der Unternehmen als

Fürsorgepflicht der Unternehmen als | dung des Betriebsrentengesetzes.

aus handfestem wirtschaftlichem Eigeninteresse wurde in den Gründerjahren der BRD die BAV neu belebt. Die von den Kapitalisten angehäuften Kapitalien für eine spätere betriebliche Rentenzahlung wirkten steuermindernd und konnten als kreditähnliches Eigenkapital verwandt werden. Besonders waren Großunternehmen in der Form der Aktiengesellschaft begünstigt, die die Rückstellungen für die BAV, die sog. Pensionsrückstellungen, bilden konnten. Bis 1968 waren ca. 54 Mrd. Rückstellungen bei einer jährlichen Rentenzahlung von ca. 2,5 Mrd. DM aufgeschatzt worden.

Die Einschränkungen, wie vor allem die Verfallbarkeit der Ansprüche bei vorzeitigem Ausscheiden, in der Regel 20 Jahren, blieben erhalten, um bei zunehmendem Arbeitskräftemangel die Arbeiter an den Betrieb zu binden. Die von der Bundesregierung 1964 eingesetzte Sozialenquête-Kommission stellte fest, daß die Mobilität der Arbeitskräfte durch die übliche Verfallbarkeits-Klausel zu stark eingeschränkt würde. Druck seitens der Gewerkschaften führte 1974 zur Verabschiedung des Betriebsrentengesetzes.

Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung nach Unternehmensgrößen 1976

Unternehmensgrößenklasse n. Beschäftigten	Unternehmen m. betriebl. Altersversorg.	Arbeitneh. m. betriebl. Altersversorg.
	%[1]	%[1]
10 bis 49	26,7	17,6
50 bis 99	55,1	31,9
100 bis 199	69,2	44,1
200 bis 499	83,9	62,6
500 bis 999	93,1	77,3
1000 bis 4999	98,6	88,9
5000 und mehr	99,3	90,1
1000 und mehr	98,7	89,5
Alle Unternehmensgrößenklassen	36,0	65,0

1 Anteil an der jeweiligen Unternehmensgrößenklasse.
Alle erfaßten Wirtschaftsbereiche. Quelle: Erhebungen über die betriebliche Altersversorgung der Unternehmen für ihre Arbeitnehmer 1976

Formen der betrieblichen Altersversorgung

Auf die verschiedenen Formen betrieblicher Altersversorgung wollen wir im folgenden kurz eingehen. Heute sind am häufigsten unmittelbare Versorgungszusagen des Unternehmens *(Direktzusagen)* vertreten. Finanziert werden sie über Rückstellungen. Das angesparte Kapital bleibt im Unternehmen und unter Verfügungsgewalt der Kapitalisten. Um steuerlich als Schuldposten den Gewinn mindern zu können, muß den Versicherten ein Rechtsanspruch schriftlich zugesagt werden.

Die *Pensionskassen* haben eine unabhängige Rechtsform. Sie unterliegen der Aufsicht durch das Bundesversicherungsaufsichtsamt. Unternehmensübergreifende Versorgungseinrichtungen (z.B. chemische Industrie oder Baugewerbe) sind als Pensionskassen organisiert. *Unterstützungskassen* sind zwar rechtlich selbständige Formen, sie sind aber eng an das Unternehmen angelehnt. Die angehäuften Gelder werden dem jeweiligen Unternehmen als billiges Darlehen gewährt. Bei *Direktversicherungen* schließt der Kapitalist auf das Leben des Arbeiters einen Einzel- oder Gruppenversicherungsvertrag (Lebensversicherung) mit einem Versicherungsunternehmen.

Die Aufwendungen aller Unternehmen in der BRD bis zum Jahre 1981 beliefen sich für die betriebliche Altersversorgung auf ca. 200 Mrd. DM; davon entfielen 81% auf betriebliche Ruhegeldverpflichtungen, 8% auf Unterstützungskassen und je 6% auf Pensionskassen und Direktversicherungen (1977). Steuerlich am günstigsten sind Pensionsrückstellungen, sie belassen das Kapital direkt im Unternehmen, sie wirken liquiditätsfördernd. Die Unterstützungskassen sind rückläufig, seitdem auf die Leistung der Unterstützungskassen ein Rechtsanspruch besteht. Früher bestand dieser Anspruch nicht. Auf Direktversicherungen als alleinige Finanzierungsform greifen nur kleine Kapitalisten, wenn überhaupt, zurück. Die unmittelbaren Versorgungszusagen sind die für die großen Kapitale adäquate, d.h. günstigste Form der betrieblichen Altersversorgung. Darum ist diese Form durch Steuergesetze am meisten begünstigt worden.

Die Neuregelung des

Die Neuregelung des Betriebsrentengesetzes von 1974

Die gesetzliche Neuregelung (BRG) von 1974 hatte im wesentlichen die folgenden Punkte zum Inhalt:

– In § 1 BRG ist festgehalten, daß eine Versorgungszusage dem Lohnabhängigen nicht mehr entzogen werden kann, wenn er das 35. Lebensjahr vollendet hat und mindestens 10 Jahre im Unternehmen beschäftigt war, oder die Versorgungszusage für ihn mindestens drei Jahre besteht und er mindestens 12 Jahre im Unternehmen beschäftigt war. Dies stellt einen Kompromiß dar zwischen der Forderung des DGB nach Verkürzung der „Unverfallbarkeitsfrist" auf 5 Jahre und der Forderung der Kapitalisten nach Beibehaltung der 20-Jahres-Frist.

– § 6 regelt die vorgezogene Altersrente, d.h. nunmehr haben die Arbeitnehmer auch einen Anspruch auf vorgezogene betriebliche Ruhegeldleistungen, wenn sie eine vorgezogene Sozialversicherungsrente erhalten. Hier wurde gleichzeitig festgehalten, daß die Kapitalisten die Möglichkeit haben, die Rente um versicherungsmathematische Abschläge zu kürzen.

– Die Regelung, die die Kapitalisten am schmerzlichsten getroffen hat, ist die in § 16 BRG geregelte „Anpassungsüberprüfungspflicht". Danach sind tatsächlich die erbrachten Rentenleistungen alle drei Jahre zu überprüfen und „unter Berücksichtigung der Belange des Arbeitgebers sowie des Versorgungsberechtigten" entsprechend der Entwicklung der Lebenshaltungskosten anzupassen. Vor 1974 gab es diese Anpassungsregelung nicht, d.h. eine in 1965 erstmals gezahlte Rente in Höhe von 100 DM betrug 1973 trotz der inflationären Entwicklung immer noch 100 DM. Nachteil dieser Regelung ist, daß die Kapitalisten nur zur Überprüfung, aber nicht zur Anpassung gezwungen sind. Aufgrund der Formulierung, daß auch die Belange des Arbeitgebers zu berücksichtigen seien, gelingt es ihnen immer wieder, den Rentnern eine Anpassung ihrer Leistungen mit der Begründung „schlechte wirtschaftliche Lage des Unternehmens" zu verweigern.

– Ein weiterer Vorteil des Gesetzes bildet die sog. Insolvenzsicherung. In den Paragraphen 7 bis 15 BRG ist festgehalten, daß im Falle der Insolvenz des Arbeitgebers, der eine Versorgungszusage erteilt hat, der Pensionssicherungsverein (PSVaG) die Zahlungen der Leistungen übernimmt. Alle Kapitalisten, die betriebliche Ruhegelder zusagen, müssen jedes Jahr einen bestimmten Betrag ihrer Verpflichtungen an den PSV abführen, um die mögliche Insolvenz eines Mitglieds abzusichern. Der PSV ist in der Form eines Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit organisiert. Vor 1974 verloren die Rentner wie auch die Anwärter im Falle der Pleite des Kapitalisten alle Ansprüche auf Ruhegeldleistungen.

Der wesentlichste Punkt ist jedoch durch das Gesetz immer noch nicht geregelt: Nach wie vor steht es den Kapitalisten frei, eine Zusage auf betriebliche Ruhegeldleistung zu geben, d.h. es gibt keinen allgemeinen, gesetzlich abgesicherten Anspruch auf betriebliche Ruhegeldleistungen, so daß immer noch mindestens 30 bis 35% aller Lohnabhängigen, wahrscheinlich aber viel mehr, im Alter nur mit ihrer gesetzlichen Rente rechnen können. Nachteilig ist weiterhin auch, daß die Unverfallbarkeitsfrist immer noch 10 Jahre beträgt, so daß diejenigen Lohnabhängigen, die derzeit Anspruch auf betriebliche Ruhegelder haben, diese u.U. nie erhalten werden. Auch daß gesetzlich keine Mindestrentenhöhe festgelegt ist, läßt der Willkür der Kapitalisten Tür und Tor offen. Über die ungefähre Höhe der betrieblichen Ruhegeldleistungen gibt die Tabelle „Höhe der laufenden Leistungen der betrieblichen Altersversorgung" Auskunft. Die Daten basieren auf Erhebungen des Jahres 1973 und 1976 (eine neuere Erhebung ist gegenwärtig nicht verfügbar). Wie man dieser Tabelle entnehmen kann, hat der überwiegende Anteil der Arbeiter (ca. 77%) 1976 einen Anspruch von maximal 200 DM; nur 4,1% der Arbeiter erhielten in diesem Jahr mehr als 350 DM monatlich (zum Vergleich: über 72% der leitenden Angestellten erhielten 1976 mehr als 350 DM, 40% davon mehr als 1000 DM). Es ist davon auszugehen, daß aufgrund der Krise die Ruhegeldleistungen in den letzten Jahren im Durchschnitt für die Arbeiter noch weiter abgesenkt wurden.

Wie schon weiter oben beschrieben, stellt sich die in § 16 BRG geregelte Anpassungsüberprüfungspflicht als Pferdefuß heraus, und die Kapitalisten weigern sich aufgrund der wirtschaftlichen Situation, die Renten anzupassen. Ihnen kommt dabei zugute, daß die Rentner als nicht mehr Beschäftigte kein Vertretungsorgan, wie z.B. einen Betriebsrat haben, so daß sie gezwungen sind, einzeln vor Gericht zu gehen, wenn sie eine Anpassung ihrer Renten einklagen wollen.

Dieser Schritt wird jedoch von der Masse der Rentner nicht ergriffen, zumal sie häufig nicht über ihre Rechte informiert sind.

Es folgen: Entwicklungstendenzen, Forderungen des DGB

Höhe der laufenden Leistungen der betrieblichen Altersversorgung 1976

Leistungshöhe[1]	Leitende Angestellte	Leistungshöhe[1]	übrige Angestellte	Arbeiter
Fester Betrag in DM	%	Fester Betrag in DM	%	%
unter 200	14,4	unter 100	17,7	29,4
200 bis unter 350	12,3	100 bis unter 200	33,1	47,2
350 bis unter 1000	33,0	200 bis unter 350	33,3	19,4
1000 und mehr	40,3	350 und mehr	15,9	4,1
Alle Leistungshöhen	100	Alle Leistungshöhen	100	100
% des Verdienstes	%	% des Verdienstes	%	%
		unter 5	0,9	0,7
unter 15	3,4	5 bis unter 10	4,8	13,7
15 bis unter 30	40,5	10 bis unter 15	12,4	15,3
30 bis unter 50	44,9	15 bis unter 20	26,8	34,8
50 und mehr	11,1	20 und mehr	55,1	35,5
		15 und mehr	81,9	70,4
Alle Leistungshöhen	100	Alle Leistungshöhen	100	100

1 – Ohne Leistungen aus Höherversicherungen in der gesetzlichen Rentenversicherung
– Leistungshöhe nach 35 Dienstjahren, wobei unterstellt wurde, diese seien von allen Arbeitnehmern im Erhebungsjahr erreicht worden
Wirtschaftsbereiche: Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe), Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe
Quelle: Erhebungen über die betriebliche Altersversorgung der Unternehmen für ihre Arbeitnehmer 1973 und 1976

Hinterhältige Vorteile

frb. Die betriebliche Altersversorgung ist einer jener gesellschaftlichen „Kompromisse", der einerseits einem Interesse der Arbeiter nachkommt, andererseits aber auch dabei sichert, daß die Interessen der Kapitalistenklasse maßgebend bleiben. Sie ist ebenso Ergebnis des Kampfes der Arbeiter wie der ökonomischen Herrschaft der Produktionsmittelbesitzer.

Sicherlich würden die Unternehmen die Ausgaben für die Betriebsrenten am liebsten ganz streichen, und immerhin hat ein Teil der Arbeiter durch sie ein Aufgeld zur gesetzlichen Rente. Wenn's schon sein muß, sagen sich die

Wenn's schon sein muß, sagen sich die

Kapitalisten, so wollen wir wenigstens das beste draus machen. Und das ist ihnen auch gelungen.

Da sind einmal die finanziellen Vorteile, die die Kapitalisten aus dem System der Betriebsrente ziehen. Für jeden unter die Rentenzahlung fallenden Arbeiter zahlen die Unternehmen jährlich in ihre „Pensionsrückstellungen" ein. Der Betrag ist so bemessen, daß er einschließlich Zins und Zinseszins bis zur Verrentung des Arbeiters zu einer solchen Summe angewachsen ist, daß daraus die gesamte Rente gezahlt werden kann. Ganz so, als ob man jeden Monat eine solche Rate auf ein Sparbuch zahlt, daß man sich im Alter davon eine regelmäßige „Rente" abheben könnte. Bloß daß über die Pensionsrückstellungen der Kapitalist verfügt und damit „arbeitet".

Man mag sich die Rückstellung wie einen Sparstrumpf vorstellen; in Wirklichkeit freilich besteht ein entscheidender Unterschied. Während im Strumpf das Geld drin bleibt, holt sich der Kapitalist aus den Rückstellungen selbst billige Kredite. Nur ein kleiner Teil dessen, was jährlich eingezahlt wird, muß ja für die bereits laufenden Betriebsrenten ausgezahlt werden. Mit dem Rest werden die Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen der Kapitalisten finanziert; nur auf dem Papier bleibt die Rückstellung bestehen.

Was also seiner Bestimmung nach als Ausgabe für die Betriebsrente gilt, bleibt in Wirklichkeit zum größten Teil Kapital des Unternehmens.

Und da die Unternehmen um so schöner akkumulieren können, je größer der Batzen Geld, auf den sie zurückgreifen können, begünstigt der Staat die Kapitalansammlung in Form der Pensionsrückstellungen. Er honoriert solche Sparsamkeit mit einem Steuernachlaß, damit auch jeder einzelne Kapitalist begreife, was er im Gesamtinteresse zu tun habe. Stärkung der Finanzkraft der Unternehmen oder ihrer Eigenfinanzierung nennt sich sowas. Was sie selbst als Rückstellung angesammelt haben, müssen sie sich nicht als Kredit von der Bank leihen.

Ein Kapital von rund 200 Mrd. Mark haben die Unternehmen – und vor allem die größten – bislang als Pensionsrückstellungen aufgeschatzt und an sich selbst zur profitlichen Verwendung ausgeliehen. Das ist immerhin etwa ein Drittel dessen, was sich die Unternehmen insgesamt von den Banken ausgeliehen haben – und das

ken ausgeliehen haben – und das

achtfache des Vermögens der gesetzlichen allgemeinen Rentenversicherung! Was den Kapitalisten früher die Rentenversicherung als konzentrierte Finanzquelle war, stellen heute die Pensionsrückstellungen dar – in unmittelbarer Verfügung der großen Einzelkapitale.

Neben diesen Vorteilen, die für die Kapitalakkumulation sehr förderlich sind, liefert die Betriebsrente den Unternehmen eine Reihe von Möglichkeiten, ihre Belegschaft mit einem Netz von Abhängigkeiten zu überziehen. Fachmännisch heißt dies, die Betriebsrente stärke „das Zugehörigkeitsgefühl zum Unternehmen", durch die „Abdeckung des elementaren Sicherheitsbedürfnisses der Arbeitnehmer" solle eine „längere Betriebszugehörigkeit, eine Verbesserung des Betriebsklimas sowie eine höhere Leistungsbereitschaft" erreicht werden. Die Wettbewerbssituation eines Unternehmens auf dem Arbeitsmarkt verbessert sich so.

All dies wäre mit der gesetzlichen Rente allein nicht zu machen, wie ihre niedrige Höhe andererseits die Betriebsrente notwendig macht. Wer die erwünschte Treue gegenüber dem Betrieb vermissen läßt, geht seines Anspruchs auf eine Betriebsrente verlustig. Das trifft natürlich bestimmte Gruppen von Lohnabhängigen besonders: ungelernte Arbeiter und Ausländer, die oft wechseln oder gewechselt werden; Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen. Die Stammbelegschaft wird privilegiert gegenüber den anderen, Spaltungslinien werden gezogen.

Wahrscheinlich war es unumgänglich für die Gewerkschaften, sich auf die Betriebsrenten einzulassen und auf Absicherung zu drängen. Jetzt muß das Ziel sein, sie in die allgemeine Rentenversicherung einzubeziehen.

Nordferro-Belegschaft geht zu Aktionen über

wem. Die Erhaltung der Arbeitsplätze (vgl. KVZ Nr. 25) stand bei der Aktion der Nordferro-Belegschaft am 28.7.82 aus Anlaß der Gläubigerversammlung stark im Vordergrund. Man richtet sich aber realistischerweise von seiten der Belegschaft, des Betriebsrates und der IGM auf Schließung des Werkes ein, und entsprechende Sozialplanforderungen werden diskutiert.

An die von der Gläubigerversammlung beschlossene, vorübergehende Wiederaufnahme der Produktion, um die 60000 t Erzvorrat zu verarbeiten, hat die Belegschaft Bedingungen geknüpft: 1. Beginn der Sozialplanverhandlungen noch in der ersten Augustwoche; 2. Auszahlung des Sozialplanes am 30.9., dem Tag, für den die Massenentlassung der Nordferroaner beim Arbeitsamt angemeldet ist.

„430 Mio. DM für den Aufbau – 150 Mio. DM für den Abriß – wieviel für den Sozialplan?" fragte die Belegschaft auf einem Transparent am 28.7. Sozialplanforderungen sind „zur Zeit nicht realisierbar", hieß es lapidar aus der NFW-Unternehmensleitung. Die Belegschaft hat mittlerweile genauere Vorstellungen über den Sozialplan und eben über den Fälligkeitstag entwickelt. Es gibt in Emden Erfahrungen mit Sozialplänen (Schulte & Bruns, Hertie). S & B-Kollegen mußten bis zu vier Jahre auf Zahlungen aus dem Sozialplan warten. Bei einer Inflationsrate von rd. 5% ist der Sozialplan dann nur noch 80% wert. NFW hat vor einem Jahr die Arbeitslosenrate im Arbeitsamtsbezirk Emden nicht gesenkt, sondern hat abgeworben (TNSW, Werftunion, Frisia). Beispiel: Ein DB-Lokführer sollte im Zuge der Elektrifizierung der Strecke Rheine – Emden versetzt werden und entscheidet sich, als Rangierlokführer bei NFW anzufangen. Alles gute Gründe, mit der Wiederaufnahme der Produktion den Sozialplan durchzudrücken.

Es wird sich zeigen, ob der Bund (SPD) und das Land (CDU), hinter der Nord LB steckt, die Sozialplanforderungen der Belegschaft öffentlich und im Gläubigerausschuß unterstützen (Bund und Land bürgen mit über 200 Mio. DM). Dafür sind die Anzeichen schwach. Eher wird versucht, die NFW als „norwegisches Kind" hinzustellen, wofür Norwegen „Alimente" zahlen sollte. Vor der Kommunal- und Landtagswahl in Niedersachsen stritten sich CDU und SPD darum, wer NFW als seinen Ansiedlungserfolg („Kind") verbuchen könne. Heute schweigen die „höheren" Chargen der SPD und CDU. Stattdessen läßt man den „kleinen" Emder OB (SPD) seinen Urlaub abbrechen und „Telefondienst" schieben nach dem Motto: ich bin jederzeit für Euch (Belegschaft) da. Dabei haben eine Ratssitzung und eine Ausschußsitzung ergeben, daß die Stadt Emden aus Rechtsgründen (keine Eingriffe in ein laufendes Verfahren) nichts für die NFW tun könne. Sie konnte aber in jüngster Vergangenheit 1,5 Mio. DM Steuern stunden.

Mittlerweile liegt dem Sequestor H.R. Schulze (1) ein Zahlungsbefehl der Stadt vor. Es wird höchste Zeit, daß man von der Bundes- und Landesregierung Erklärungen zugunsten der Forderungen der NFW-Belegschaft verlangt. Der Emder OB hat sich bisher z.B. nur für NFW ausgesprochen und zwar im Sinne von: Die NFW-Pleite „wäre ein schwerer Schlag für die Region". Das ist weit von einer konkreten Unterstützung der Sozialplanforderungen entfernt. Bund und Land müssen „genagelt" werden, denn sie haben im Gläubigerausschuß sozusagen die „Mehrheit". Es wäre ein wichtiger Erfolg, wenn die NFW-Belegschaft bei der gegenwärtigen Pleitewelle einen Präzedenzfall bezüglich der Fälligkeit von Sozialplänen schaffen könnte. Es wäre dies u.a. auch ein Erfolg gegen eine versteckte „große Koalition" von CDU, SPD und dem Finanzkapital (oder soll man Verschwörung sagen?). Die Belegschaft wird das „Erzfaustpfand" gebrauchen müssen, und es ist zweifelhaft, ob selbst diese Kräfteanstrengung der Nordferroaner reicht.

(1) H.R. Schulze war bisher in folgenden Konkursverfahren tätig: Borgward, Walter Büromaschinen, Vereinigte Kammgarnspinnereien in Delmenhorst, Video-Color in Ulm, Kleiderfabrik van Delden in Gronau. Über diese Pleiten hätte ich gern mehr gewußt. Wie sind sie ausgegangen? Beurteilung des H.R. Schulze. Bitte Kenntnisse an die Redaktion der KVZ weiterleiten.

Mio. DM). Dafür sind die Anzeichen | die Redaktion der KVZ weiterleiten.

Mit Hin und Her zum Aus für Magirus-Deutz

Fiat sichert sich den Markt, indem ein Verkauf des Werks verhindert wird

siw.Mainz. Es sieht ganz danach aus, daß die IVECO-Konzernleitung nur zum Schein Verkaufsverhandlungen für das Mainzer Omnibus-Werk Magirus-Deutz führen läßt, aber in Wirklichkeit das Werk ganz schließen will. Nach 3 Monaten hat sie die Verhandlungen mit einer Holdinggesellschaft platzen lassen, hinter der US- und Nahost-Kapital stehen soll. Angeblich wären keine ausreichenden Sicherheitsleistungen erbracht worden; dem hat die Holdinggesellschaft widersprochen. Am Montag begannen die Betriebsferien und am Freitag davor hat sie 674 der 1400 Beschäftigten gekündigt. Sie sollen nach den Betriebsferien das Werk nicht mehr betreten dürfen. Am Montag meldete das Handelsblatt, das rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerium habe einen neuen Kaufinteressenten gefunden.

Hinter diesem Hin und Her stecken aber höchstwahrscheinlich geplante Winkelzüge des IVECO-Konzerns und des dahinter stehenden Fiat-Konzerns. Welche Gründe sprechen dafür? Die Beschäftigten des Omnibus-Werkes hatten nach den ersten Schließungsankündigungen mit Demonstrationen und spontanen Werkstreiks und -besetzungen geantwortet. Um die Aufträge, die noch vorhanden waren, abzuwickeln, reagierte die Konzernleitung wohl mit einer Hinhaltetaktik, gab Verkaufsabsichten bekannt (siehe KVZ 29, S. 11), sprach aber „sicherheitshalber" während der Verhandlungen Kündigungen für 670 Beschäftigte aus, die auf Eis lagen. Inzwischen wurde auch bereits ein Sozialplan ausgehandelt, der Abfindungen zwischen 3000 und 70000 DM je Beschäftigtem vorsieht.

Ausschlaggebend für das Platzenlassen der Verkaufsverhandlungen mit der o.g. Holdinggesellschaft ist wohl die Tatsache, daß das Produktionsprogramm von IVECO und Fiat (Bau schwerer LKWs, größere Exportanteile hiervon in Länder der Dritten Welt, vor allem im afrikanischen Raum) weitgehend identisch gewesen wäre mit dem, welches die Kaufinteressenten im Mainzer Werk aufziehen wollten. Die Schließung durch die jetzigen Besitzer anstelle des Verkaufs soll also schlichtweg die Konkurrenz bei enger werdenden Absatzmärkten einschränken. Die Geschäftsleitung hat während der ganzen Verhandlungen Zeit gewonnen, und die Druckmittel der Arbeiter wurden immer schwächer.

Appelle, Beschwörungen, Belobigungen sowie finanzielle Unterstützungszusagen seitens der Vertreter der Landesregierung und des Mainzer Stadtrats haben offensichtlich nichts ändern können. Noch weniger die Gebete des Mainzer Kardinals, der das Werk sogar eigens besucht hatte. IVECO wird sogar auf die Kaufsumme von 100 Mio. DM verzichten, die es von der Holdinggesellschaft bekommen sollte. Dem Rest der Beschäftigten soll nach jetzigen Stand zum Jahresende gekündigt werden mit Ausnahme von 185 Beschäftigten im „wehrtechnischen Bereich". Schon einige Wochen vor den Betriebsferien wurde kurzgearbeitet. Der Arbeitsmarkt in der Nähe soll 200 bis 400 der Beschäftigten aufnehmen, die Arbeitslosenquote in Mainz wird von 4,2 auf 7% steigen. Ein beträchtlicher Teil der Beschäftigten kommt aus dem rheinhessischen Raum und ist aufgrund von Hausbesitz und Nebenerwerbslandwirtschaft kaum in der Lage, an andere Orte umzuziehen.

Wieder die „Überversorgung" im öffentlichen Dienst

Seit Jahren will der Dienstherr der Zusatzversorgung an den Kragen / Koppelgeschäft mit Verdienstsicherung

geh. In aller Abgeschiedenheit versammelte sich am 25. Juni die Große Tarifkommission der ÖTV im Innenministerium in Bonn, um mit dem Vertreter des BMI, Hartkopf, über eine Neuregelung der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst zu verhandeln. Die nächsten Verhandlungen werden am 15. September stattfinden.

Diese Verhandlungen mußte die ÖTV in den Schlichtungsvereinbarungen in der letzten Tarifrunde zugestehen. In dieser Vereinbarung heißt es u.a.: „1. Die Tarifverhandlungen (über die Zusatzversorgungsregelung) wer- den unmittelbar nach Abschluß der die Zusatzversorgungsregelung) wer- den unmittelbar nach Abschluß der Lohnrunde mit dem Ziel fortgesetzt, sie noch 1982 abzuschließen. 2. Materiell ist anzustreben, das Verhältnis zum letzten Nettoentgelt an dem Zustand zu orientieren, der bei Einführung der Gesamtversorgung bestanden hat. 3. Für die vorhandenen Versorgungsrentenberechtigten sowie für die Pflichtversicherten, die innerhalb eines in den Tarifverhandlungen festzulegenden Zeitraumes die Altersgrenze erreichen, werden abbaubare Besitzstandsregelungen vereinbart. Dabei ist die unterschiedliche eigene Beitragsleistung zu berücksichtigen."

Beamte im öffentlichen Dienst erhalten 75% ihres letzten Gehalts als „Ruhestandsgehalt" ausgezahlt. Davon müssen sie – im Gegensatz zu den gesetzlichen Renten – allerdings Steuern zahlen. Um im öffentlichen Dienst eine Gleichbehandlung der Arbeiter und Angestellten zu erreichen, wurde für diese eine *Zusatzversorgung* geschaffen, die den Einkommensunterschied zwischen Rente und Beamtenpension ausgleichen sollte. Zusätzlich zur gesetzlichen Rente, für die ja die normale Sozialversicherung gezahlt wird, wird eine Zusatzrente gezahlt, deren Höhe sich am Ruhestandsgehalt der Beamten orientiert. Beispiel: Ein Beschäftigter hat eine versorgungsfähige Zeit von 35 Jahren aufzuweisen; aus den letzten 3 um die Tariferhöhung „dynamisierten" Jahreseinkommen wird das gesamtversorgungsfähige Entgelt berechnet.

1978 = 22000 × 1,140 (79 = 3,7%; 80 = 6,1%; 81 = 4,2%)*	= 25080 DM
1979 = 24000 × 1,103 (80 = 6,1%; 81 = 4,2%)*	= 26472 DM
1980 = 26000 × 1,042 (1981 = 4,2%)*	= 27092 DM
Zusammen	78644 DM :36 Monate
Gesamtversorgungsfähiges Entgelt	2184,56 DM

*jeweilige Tariferhöhung

35 Jahre gesamtversorgungsfähige Zeit, das ergibt einen „Versorgungsquotient" von 75%, das ist der Höchstbetrag. Daraus ergibt sich, daß die Gesamtversorgung bei 75% von 2184,56 DM = 1638 DM liegt. Der geschätzte Betrag der *gesetzlichen* Rente liegt bei 1250 DM, daraus ergibt sich eine Versorgungsrente von 388 DM.

Die unterschiedlichen Rentenanteile werden unterschiedlich „dynamisiert". Der gesetzliche Rententeil steigt mit der gesetzlichen Rente an. Steigt dieser Teil stärker als die Einkommen im öffentlichen Dienst, nach denen ja die Renten der Ex-Beschäftigten des öf- fentlichen Dienst, nach denen ja die Renten der Ex-Beschäftigten des öffentlichen Dienstes angehoben werden, so konnte es vorkommen, daß auch der 75%-Satz überschritten wurde. Dies wurde schon zum 1.12.1981 gekappt. Nun gibt es immer maximal 75% – allerdings in der beschriebenen Weise laufend angepaßt. Die Höhe der Zusatzrente wird immer durch die Differenz zur gesetzlichen Rente bestimmt.

Mit der Schlichtungsvereinbarung hatte sich die ÖTV in der Sache im wesentlichen der Forderung des Abbaus der Zusatzrente gebeugt: „Das Verhältnis (der gesamten Rente, gesetzliche und zusätzliche) zum letzten Nettoentgelt an dem Zustand zu orientieren, der bei Einführung der Gesamtversorgung bestanden hat." Im Gegenzug will die ÖTV dafür eine Verdienstsicherungsregelung bei Rationalisierungsentlassungen etc. durchsetzen. Dies ist allerdings nicht in der Schlichtungsvereinbarung festgelegt. Im einzelnen lauten die ÖTV-Forderungen, wie sie in der Verhandlung am 25.6. vorgetragen wurden:

„1. Anspruch auf Versorgungsrenten auch für die Beschäftigten, die vor Eintritt des Versicherungsfalls aus Gründen ausscheiden, die sie persönlich nicht zu vertreten haben, zum Beispiel bei Rationalisierung, Gebiets- und Verwaltungsreform, Schließung einer Behörde usw. 2. Sicherung der Versorgungsrente für Beschäftigte, die eine Rente auf Zeit erhalten, wenn nach Wegfall dieser Rente die Wiedereinstellung in den öffentlichen Dienst vom Arbeitgeber abgelehnt wird. 3. Zahlung der Versorgungsrente auch an Schwerbehinderte, die eine Rente auf Zeit erhalten, deren Beschäftigungsverhältnis jedoch nicht endet. 4. Zahlung der Versicherungsrente an weibliche Versicherte, die wegen Bezugs des vorgezogenen Altersruhegelds mit 60 Jahren ausscheiden. 5. Keine Kürzung der Versorgungsrente, wenn eine weibliche Beschäftigte sowohl eigenen Anspruch auf Versorgungsrente als auch Anspruch auf Hinterbliebenenrente hat. 6. Zahlung einer Mindestgesamtversorgung an Arbeitnehmer, die 15 Jahre pflichtversichert waren und die diese Mindestgesamtversorgung nur deshalb nicht erhalten können, weil sie nicht ununterbrochen bei demselben Arbeitgeber beschäftigt waren. ... 9. Zahlung einer Versicherungsrente auch an Mehrfachbeschäftigte, das heißt an die Arbeitnehmer, die bei mehreren Arbeitgebern beschäftigt sind und zur Zeit keine Leistungen erhalten."

Eine Beurteilung der Aussichten dieses Konzepts fallen schwer, weil kaum Druckmöglichkeiten in der Hand der Gewerkschaft und der Belegschaft zu sein scheinen. Bereits vor den Verhandlungen ist ja die Gewerkschaft von ihrer bisherigen Position: 100% des Nettoeinkommens als Rente für Arbeiter und Angestellte – (Tarifexperte Mertens: „Wer sein Leben lang gearbeitet hat, soll seinen Lebensstandard beibehalten können") abgegangen. Denn „Zustand ... bei Einfüh- dard beibehalten können") abgegangen. Denn „Zustand ... bei Einfüh- rung der Gesamtversorgung" bedeutet 85 – 90% des letzten Nettoeinkommens. Nach Angabe der Arbeitgeber im öffentlichen Dienst betragen heute die Renten bei nichtverheirateten Arbeitern und Angestellten 120 – 125% und bei Verheirateten 105 – 106%.

Die Mittel für diese Renten werden durch eine Umlage von den öffentlichen Arbeitgebern aufgebracht, 1981 schlugen sie mit an die 4 Mrd. zu Buche.

In diesem Zusammenhang ist oft von der „Überversorgung" die Rede. Abgesehen von der etwas schillernden Gestalt dieses Begriffs, soll hier nur das Verhältnis zu anderen betrachtet werden: also mehr Rente als andere vergleichbare Teile des Arbeiterkörpers.

Sicher ist es so, daß die Angestellten im Verhältnis mehr Rente als vergleichbare Beamte bekommen. Die Ursache liegt in der vollen Besteuerung der Beamtenpensionen.

Wie die obige Beispielrechnung zeigt, sind die Renten hier auch höher als die für vergleichbare Beschäftigte in den übrigen Bereichen außerhalb des öffentlichen Dienstes. Genaugenommen muß man aber die Zahlungen des öffentlichen Dienstherrn an die Versorgungsanstalten als Lohnbestandteil verbuchen. Die Übernahme der Zahlungen durch den Arbeitgeber 1974 muß als Ergebnis des zu der Zeit besonders heftigen – und erfolgreichen – Kampfes im öffentlichen Dienst gesehen werden.

Selbst wenn man diese Einschätzung nicht teilt, so wäre aus dem Gesamtinteresse der Lohnabhängigen Genugtuung nicht am Platze: was ist denn mit den Betriebsrenten, die ja auch die gesetzliche Rente „aufstocken"? Sollte diese auch der Kürzung durch Gesetzgeber oder Kapitalisten anheimgestellt werden? Etwa mit dem Argument der Gleichbehandlung oder „Überversorgung". Erworben sind diese doch auch durch vereinbarte Zahlungen durch die Kapitalisten.

Siemens Betriebsvereinbarung: Gesund für Teilzeitarbeit

kvz. Nach dreijährigem Versuchsstadium wurde jetzt bei Siemens folgende Vereinbarung vertraglich geregelt: In Absprache zwischen Beschäftigten, Vorgesetzten, Personalabteilung, Betriebsrat, Sozialberatung und Betriebsarzt wird bei längerer Krankheit eine Teilzeitarbeit für den jeweiligen Beschäftigten festgelegt, um ihm die „Wiedereingliederung zu erleichtern". Wer mehr als 20 Stunden schafft, erhält in der gesamten Zeit der Teilarbeit seinen vollen Lohn. Neben dem schon bekannten Verfahren, Arbeiter mit gebrochenem Bein für einen anderen Arbeitsplatz „gesund zu schreiben", ist dies nun eine neue Möglichkeit sowohl der Verkürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle als auch des frühzeitigen Einsatzes im Produktionsprozeß. Das ganze wird noch „human" damit begründet, daß man ja die „Mitarbeiter" nicht zu früh dem anstrengenden 8-Stunden-Tag aussetzen wolle. Was bei dieser Regelung nebenbei auch noch abfällt, ist, daß der Hausarzt in dieser Vereinbarung seine Rechte und Anweisungen völlig verliert. Der Betriebsarzt wird über diesen Weg zur entscheidenden Instanz.

Gesamtmetall, Sozialhilfe und die „höheren Tariflöhne"

kvz. Noch am 27.7. hatte Gesamtmetall in einer Pressemitteilung pompös verbreitet: „Die von der IG Metall immer wieder geäußerte Behauptung, der Tarifverdienst in der untersten Metall-Lohngruppe liege unter Sozialhilfeniveau, ist eindeutig falsch und läßt sich mit Zahlen widerlegen. Dies beweist eine Untersuchung des ISG-Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik in Köln." Nun hat der Sozialdezernent des Deutschen Städtetages Dr. Happe der Behauptung von Gesamtmetall widersprochen und dargelegt, daß die Studie des ISG-Instituts „Sozialhilfebedürftigkeit und Dunkelziffer der Armut" mit falschen wissenschaftlichen Ansätzen operiert habe. Insbesondere weist er darauf hin, daß in einer Vorläuferstudie vom gleichen Institut gerade die Möglichkeit eines Überschreitens der Sozialhilfe über den Tariflohn festgestellt wurde. In der jetzigen zweiten Studie sei mit Durchschnittszahlen operiert worden, die eine solche Möglichkeit naturgemäß ausschließen würde. Gerade wegen dieser Methode könne sich aber Gesamtmetall nicht auf die Studie berufen. Happe brachte Beispiele: Für einen Haushalt mit 3 Personen wird eine durchschnittliche Warmmiete von 370 DM, für einen Haushalt von 5 Personen eine solche von 385 DM monatlich vom ISG angenommen. Für Ballungsgebiete ist das ein schlechter Witz. „Hinzu kommt, daß vor allem Sozialhilfeempfänger oft in besonders teuren Wohnungen untergebracht werden, weil die Mietkosten erstattet werden." Ähnliches gelte für die Heizkosten, die das ISG bei monatlich 35 DM (!) für einen 5-Personenhaushalt ansetzt.

Weirton Stahl möchte verkaufen

Bedeutet Arbeitereigentum auch Arbeiterkontrolle? Ein Bericht über die Lage in den Stahlstädten Ohios

von Jack Neff

Die Menschen im östliche Ohio-Tal leben in Angst. Die täglichen Nachrichten lesen sich wie Verlustlisten, jede Woche neue Entlassungen in den Stahlstädten von Pittsburgh bis Youngstown. Aber Anfang März wurden die Arbeiter, die in der örtlichen Niederlassung des nationalen Stahlriesen National Steel in Weirton arbeiten, von einem Angebot geschockt, „das sie nicht zurückweisen könnten".

Das Angebot war der Plan von National Steel, die Fabrik in Weirton an die Beschäftigten zu verkaufen, indem sie ihnen die Wahl gaben, entweder eine Fabrik zu kaufen oder durch das Einfrieren von Kapitalinvestitionen, ohne die die Fabrik nicht weiterarbeiten kann, ihre Arbeitsplätze zu verlieren.

Weirton Steel ist das größte Privatunternehmen in West Virginia und die Hauptstütze der Wirtschaft im nördlichen Gebiet dieses Staates. Für Weirton und Steubenville, die sich am Ohio gegenüberliegen, würde der Verlust von Weirton Steel die unsichere Zukunft in keine Zukunft verwandeln.

Der neue Plan von National Steel für die Arbeiter von Weirton könnte sicher nicht nur ein Meilenstein für die Geschichte dieses Stahlgebiets sein, sondern für die gesamte Industriegeschichte der USA. Mit 11500 Beschäftigten insgesamt, davon 3000 zur Zeit vorübergehend entlassen, würde Weirton Steel die größte arbeitereigene Fabrik des Landes sein.

Einen Arbeitereigentumsplan zu entwickeln und zu bestimmen, wer tatsächlich Weirton Steel im Eigentum der Beschäftigten kontrolliert, sind die Aufgaben, die sich die Unabhängige Stahlarbeitergewerkschaft, die Unabhängige Gewerkschaft des Sicherheitspersonals und eine kürzlich gegründete unabhängige Kommission gestellt haben.

Die Unabhängige Stahlarbeitergewerkschaft (ISU), die Hauptgewerkschaft in der Fabrik, ist den Vereinigten Stahlarbeitern oder einer anderen Gewerkschaft nicht angeschlossen. National Steel hat die Vereinigte Stahlarbeiter-Gewerkschaft (USW) aus der Fabrik durch etwas höhere Lohnzahlungen als in anderen USW-Betrieben herausgehalten. Es ist eine kritische Frage, wie „unabhängig" die ISU wirklich ist. Während die Gewerkschaftsfunktionäre von einer unabhängigen Kommission gewählt werden, werden sie von der Firma bezahlt und zwar zu einem höheren Lohn als die anderen Arbeiter, obwohl sie nicht in der Fabrik arbeiten.

Nachdem National Steel im März angeboten hatte, seine Niederlassung in Weirton zu verkaufen, hatten einige Arbeiter und Beschäftigte aus dem Management eine unabhängige Kommission gebildet, um die Arbeit an einem Arbeitereigentumsplan zu verstärken.

Diese unabhängige Kommission beschuldigte das von der Gewerkschaftsführung eingesetzte Komitee zur Erarbeitung eines solchen Planes, die Beschäftigten und die Öffentlichkeit über die Pläne im dunklen zu lassen. Kommissionsmitglieder beantragten, an den Sitzungen des Komitees teilnehmen zu dürfen; dies wurde ihnen abgelehnt. Der Präsident der ISU, Richard „Red" Arrango, der kürzlich in einer Nachwahl geschlagen wurde, sagte im März: „Da sind ein paar, die auf den Komiteetreffen sitzen wollen, aber wir wurden gewählt, um diese Leute zu vertreten und das werden wir tun." Darryl Nicholson, ein 17jähriger Arbeiter, sagte bei einem Treffen der unabhängigen Kommission: „Wir haben sie nicht als unsere Geschäftspartner gewählt. Wir haben sie gewählt, damit sie uns gegenüber der Geschäftsführung vertreten. Ich habe sie nicht gewählt, damit sie mein Lebensschicksal entscheiden." Er ergänzte: „Da ist keiner in der Fabrik, den sie nicht irgendwann schonmal unter Druck gesetzt haben."

Während die Mehrheit für die Erarbeitung eines Arbeitereigentumsplanes ist, will Weirton Steel die Arbeiter dazu drängen, die gesamte Fabrik zu kaufen. Obwohl in der dann neugegründeten Fabrik die Arbeiter das Hauptkapital aufgebracht hätten, würde dies unter der Verwaltung einer Treuhändergesellschaft bleiben und die Kontrolle über die Fabrik würde nur derjenige haben, der die Treuhändergesellschaft kontrolliert.

In vielen „arbeitereigenen" Fabriken bleibt die Kontrolle in einem Aufsichtsrat von Direktoren, in dem die Arbeitervertreter die Minderheit sind. Robert Toothman, ein Sprecher der National Steel, schlug vor, daß der Aufsichtsrat aus drei Gewerkschaftsmitgliedern, einem Vertreter des Managements und drei Leuten von außerhalb zusammengesetzt sein sollte, z.B. „örtliche Geschäftsleute, Bankiers oder Leute, die das Geld für den Kauf der Fabrik geliehen haben."

In einem Flugblatt im April stellte die unabhängige Kommission fest: „Eine traurige Lehre, die wir aus früheren Arbeitereigentumsplänen gezogen haben, ist, daß gewöhnlich die alten Beziehungen und Leitungsstrukturen in der neuen Fabrik wieder hergestellt werden. Mit dem Steigen der Profite verstärkt das alte Management noch seine Kontrolle über die Firma. Arbeiter, denen weisgemacht wurde, sie würden jetzt für sich selber arbeiten, nehmen Lohnkürzungen hin bei gleichzeitiger Verschärfung des Arbeitstempos."

Die Kommission zitierte eine Studie des Instituts für Sozialforschung in Michigan, das herausgefunden hatte, daß in 73% aller Betriebe, die in Arbeitereigentum übergegangen waren, den Beschäftigten nicht das Recht auf Wahl ihrer Vertreter eingeräumt wurde. Ein Mitglied der Kommission, Steve Baumann, fragte: „Wird von uns erwartet, daß wir beides liefern, Kapital und Arbeit, und trotzdem keine Kontrolle haben sollen?"

Die Kommission hofft, daß dies nicht der Fall sein wird. Sie will die Kontrolle der Arbeiter über die Finanzen und alle Machtbefugnisse, sei es nun in den Fabriksälen oder im Aufsichtsrat der „arbeitereigenen" Fabrik.

Im April veröffentlichte die Kommission eine 10-Punkte-Plattform, in der u.a. gefordert wird, daß die Beschäftigten ihre Vertreter nach dem Verfahren: ein Mann, eine Stimme, wählen können. Ergänzend forderte die Kommission, daß auf dem Recht der Beschäftigten, kollektiv zu entscheiden und zu handeln, bestanden werden muß in der neuen Firma und daß sie dazu eine „starke, unabhängige und demokratische Gewerkschaft" brauchen. Arbeitsplatzsicherheit, Widerrufsrecht, Altersrenten sind noch andere Forderungen.

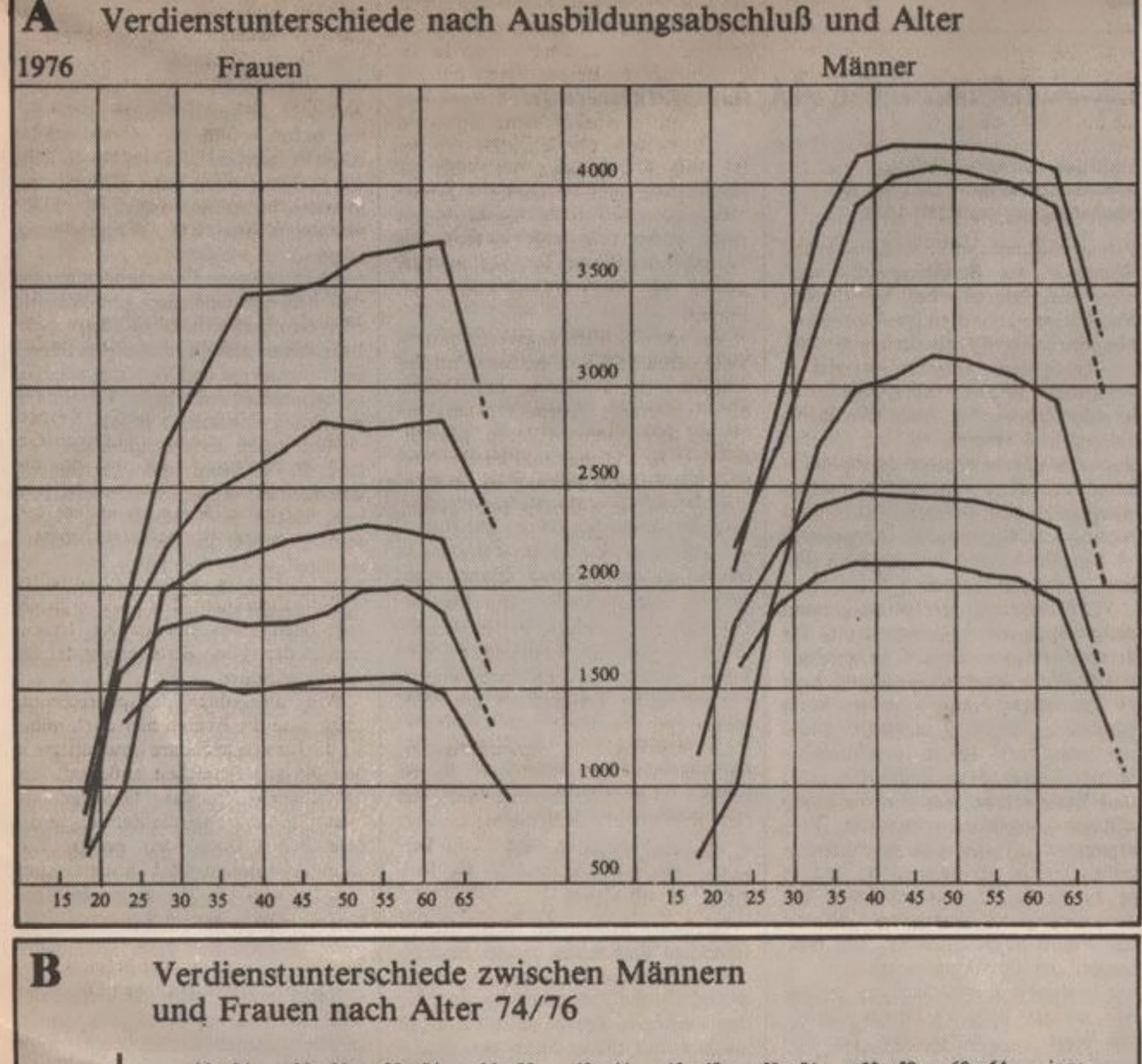
National Steel hat einen klaren Vorteil, wenn sie Weirton Steel an seine Beschäftigten verkauft. Gelingt es ihr, kann sie verhindern, zusätzliche 400 US-Dollar monatlich an Altersrenten an die Beschäftigten zu zahlen, wenn die Fabrik geschlossen wird. Sie könnte auch die neuen „Arbeitereigentümer" dazu zwingen, bis zu 400 Mio. US-Dollar für die notwendigen Umweltschutzmaßnahmen aufzubringen und für andere notwendige Investitionen, die National Steel bis jetzt ignoriert hat. National Steel scheint auch zu versuchen, einen guten Preis für den Verkauf zu erzielen. Die Geschäftsführung bestimmte den Buchwert der Firma mit 370 Mio. US-Dollar, etwa 12 Mio. höher als der Marktwert, den eine Maklerfirma für die gesamte Anlage ermittelt hat.

Die unabhängige Kommission hat keine leichte Arbeit. Ein Mitglied bekamen Drohanrufe, und in einem Kommentar der Zeitung „Steubenville Herald-Star" wurde der Kommission vorgeworfen, die Einheit für den Erhalt der Weirton Steel zu gefährden. Und trotz der Wahlniederlage ihrer Präsidenten tagt das Komitee der Gewerkschaftsführung der ISU immer noch hinter geschlossenen Türen.

Nachdem die ISU-Mitglieder die Pläne zuerst abgelehnt hatten, haben sie im Mai beschlossen, Geld aus ihrer Streikkasse zu nehmen, um eine Studie für die Übernahme der Fabrik in Arbeitereigentum zu bezahlen, gleichzeitig leiteten sie ihre Gewerkschaftsbeiträge in einen gemeinsamen Fonds der Gewerkschaften. Die Ergebnisse der Studie werden für Ende Juli erwartet. Dann wird sich zeigen, ob die Weirton Beschäftigten die Kredite bekommen, die sie benötigen, um die Fabrik zu kaufen und zu produzieren.

„Die Firma übt einen terroristischen Druck auf uns aus", sagt Skip Mixton, ein Mitglied der unabhängigen Kommission. „Die Leute sind eingeschüchtert und greifen nach jedem Strohhalm." Aber die Kommission hofft noch immer, daß Weirton Steel nicht nur in Arbeitereigentum, sondern auch in Arbeiterkontrolle übergeht.

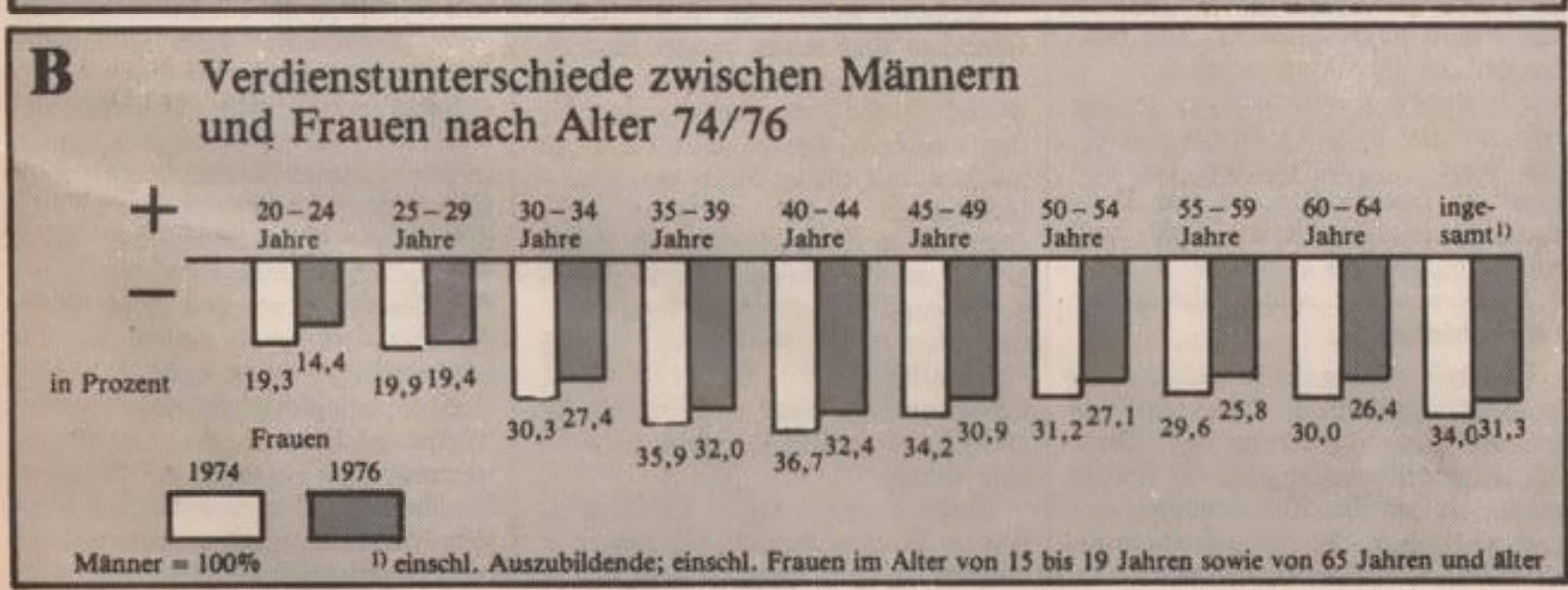
Übersetzung aus „Labor Notes" vom 21.7.82
(Die Labor Notes werden monatlich vom Labor Education & Research Project in Detroit herausgegeben, die Artikel werden hauptsächlich von Gewerkschaftsmitgliedern der verschiedenen Locals, also von örtlichen Gewerkschaftsgliederungen, geschrieben)

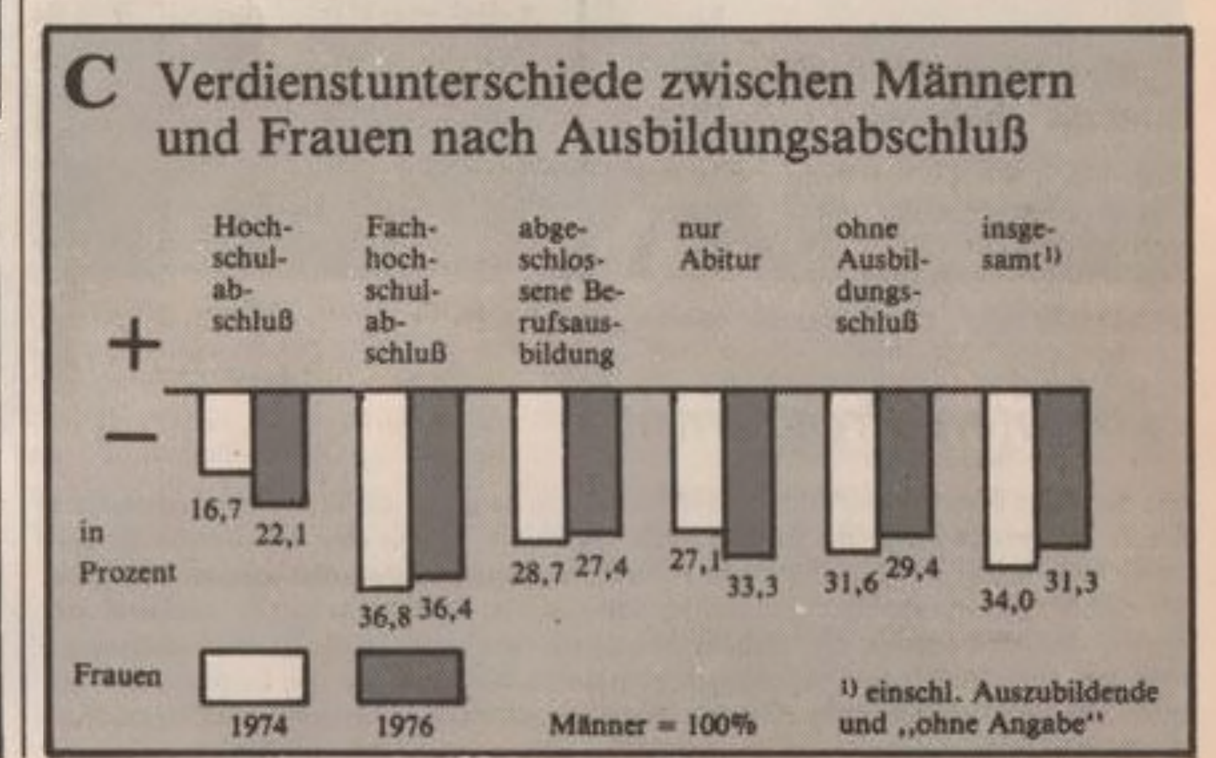


Wie wirkt die Ausbildung auf das Einkommen?

Die Analyse der Zusammenhänge zwischen Ausbildung und Einkommen bildet ein dunkles Kapitel in der bildungsökonomischen Forschung. Erst mit der Beschäftigungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit, die zu Beginn der 70er Jahre eingeführt wurde, hatte man den Zahlenrahmen um diese Zusammenhänge untersuchen und darstellen zu können. Diese Statistik erfaßt 75% aller Erwerbspersonen, mit dem Mangel, daß sie nur bis zur Sozialversicherungspflichtgrenze reicht und die Beamten herausfallen läßt. Eine Auswertung der Beschäftigungsstatistik für die Jahre 1974–1976* hat einige Ergebnisse erbracht. – Beschäftigen wir uns etwas näher mit den Einkommensunterschieden zwischen Frauen und Männer: Schaubild A zeigt (von oben nach unten: Hochschule, Fachhochschule, nur Abitur, abgeschlossene Berufsausbildung, ohne Ausbildungsabschluß) nicht nur den gravierenden Unterschied bei *allen* Bildungsabschlüssen, sondern auch, daß die Fachhochschulabsolventen (oftmals im Bereich der Sozialpädagogik ausgebildet) vergleichsweise absinken. Interessant andererseits, daß die Frauen mit steigendem Alter gegenüber den Männern eher im Einkommen ansteigen. Bei den Männern geht es ab 50 sozusagen kontinuierlich abwärts. – Schaubild B verdeutlicht, wie in jüngeren und älteren Jahren der Einkommensabstand der Frauen *relativ* kleiner ist. Hier macht sich die in der Zwischenzeit häufig stattfindende Familiengründung mit der negativen Wirkung auf den Einkommensabstand bemerkbar. Insgesamt ist für den Zeitraum 74–76 eine leicht rückläufige Tendenz bei den Verdienstunterschieden feststellbar. – Schaubild C: Der Abstand der Frauen mit Hochschulabschluß und Abitur hat sich im Zeitraum 74–76 gegenüber den Männern noch *vergrößert*. Dies ist ein Hinweis darauf, daß es bei den Frauen mit höherem Bildungsabschluß *nicht automatisch* zu einer Annäherung im Lohn kommt.

* „Mögliche Auswirkungen der Bildungsexpansion auf die Einkommensstruktur" (Ergebnisse der Beschäftigungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit), aus: Mitteilungen für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2/80. – Schaubilder nach: Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 8/1981.





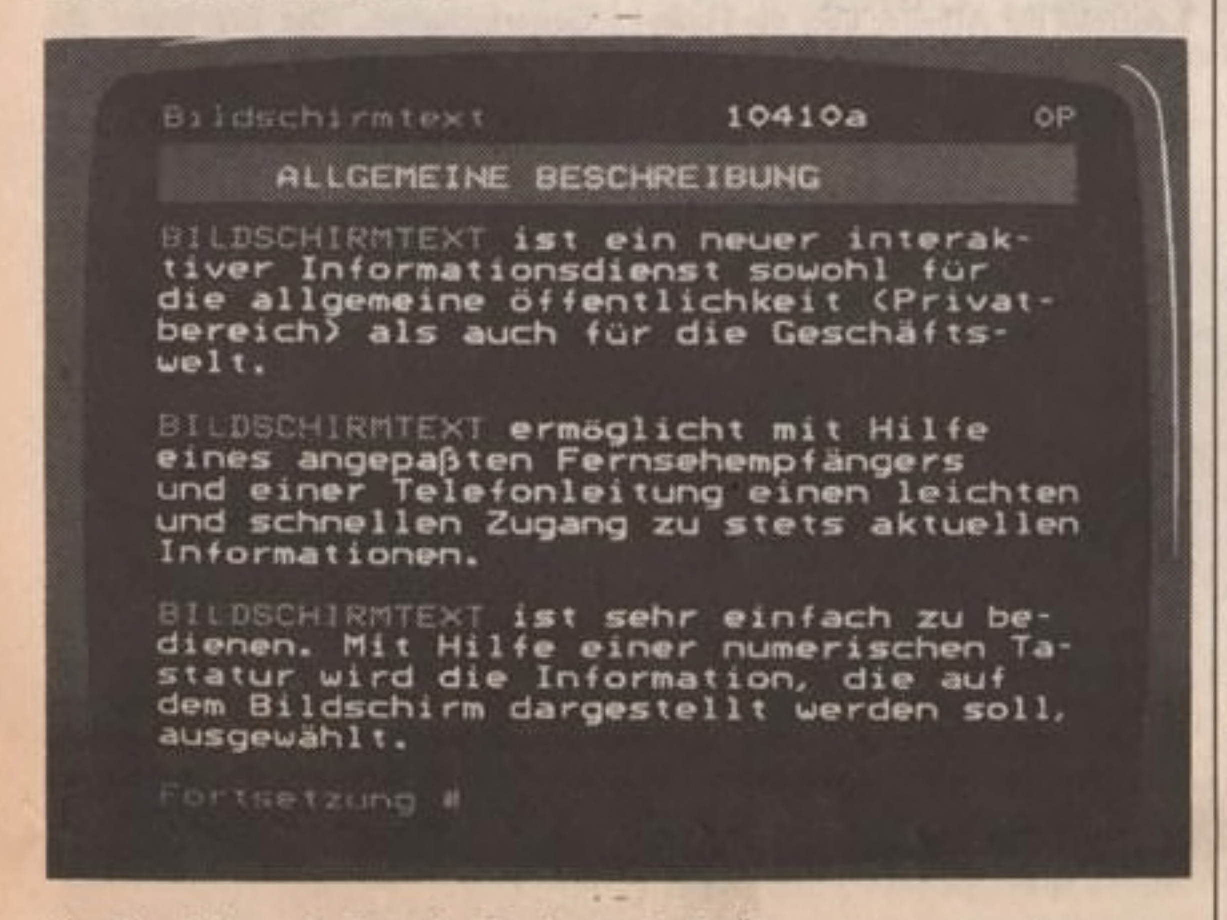
Die „Neuen Medien“

Bildfernsprechen



Zusätzlich zum Fernsprechen wird das Bild der beiden Fernsprechteilnehmer übertragen und auf dem Bildschirm des normalen Fernsehgeräts wiedergegeben. Benötigt werden jeweils eine Fernsehkamera und eine Leitung zwischen den beiden Teilnehmern, die in der Lage ist, nicht nur das Telefonsignal (300 – 3000 Hz) zu übertragen, sondern auch die 6,5 MHz für die Fernsehbilder.

Bildschirmtext



Eine Dienstleistung der Deutschen Bundespost für die Übertragung von Mitteilungen (Texte und Grafiken) über das bestehende öffentliche Fernsprechnetz. Der Teilnehmer kann über eine Tastatur die gewünschten Informationen abfragen und dabei im Dialog mit der Bildschirmtext-Zentrale, einer Art Informationsbank, einem „Suchbaum“ nachgehen oder bestimmte Bildschirmtextseiten abfordern. Zur Datenwiedergabe wird der Bildschirm des Fernsehgerätes mitgenutzt. Der Fernsehempfänger muß über ein Modem an das Telefon angeschlossen werden. Bisher laufen Versuchsprojekte in Berlin und Düsseldorf. Zur Funkausstellung 1983 soll in Berlin der reguläre Betrieb aufgenommen werden. Bereits 1984 sollen 50% aller Fernsprechteilnehmer die Zugriffsmöglichkeit zu diesem System haben. Die Post rechnet bis 1986 mit 1 Mio. Teilnehmern. Ein Modem kostet rund 600 DM.

über eine Tastatur die gewünschten Informationen abfragen und dabei im Dialog mit der Bildschirmtext-Zentrale, einer Art Informationsbank, einem „Suchbaum“ nachgehen oder bestimmte Bildschirmtextseiten abfordern. Zur Datenwiedergabe wird der Bildschirm des Fernsehgerätes mitgenutzt. Der Fernsehempfänger muß über ein Modem an das Telefon angeschlossen werden. Bisher laufen Versuchsprojekte in Berlin und Düsseldorf. Zur Funkausstellung 1983 soll in Berlin der reguläre Betrieb aufgenommen werden. Bereits 1984 sollen 50% aller Fernsprechteilnehmer die Zugriffsmöglichkeit zu diesem System haben. Die Post rechnet bis 1986 mit 1 Mio. Teilnehmern. Ein Modem kostet rund 600 DM.

Kabelfernsehen

Heißt zunächst einmal nichts anderes, als daß mehrere Fernsehgeräte über Kabel an eine Antenne angeschlossen sind. Das beginnt bei den Fernsehgeräten eines Hochhauses, eines Häuserblocks, geht bis zu Stadtteilen und ganzen Städten. Besonders weit ist diese Verkabelung in Belgien und den USA. Dort sind bisher rund 28% an ein solches Kabelfernsystem angeschlossen. Über diese Anlage können nicht nur die „ortsüblichen“ Fernsehprogramme verteilt werden, sondern über spezielle Empfänger oder Übertragungsstrecken auch entfernte Programme eingespeist und übertragen werden. Außerdem kann noch ein selbst produziertes Programm eingespeist und übertragen werden. Im allgemeinen ist dies in Westdeutschland nicht erlaubt. Neben Fernsehprogrammen können auch Rundfunkprogramme übertragen werden.



Produktion einer „Open-Channel“-Sendung in den USA

Satelliten-Programm

Ein Satellit in einer Umlaufbahn in 36000 km Entfernung von der Erde ist feststehend über einem bestimmten Punkt der Erdoberfläche stationiert. Mittels einer besonderen Richtantenne können von dort Rundfunk und Fernsehprogramme ausgestrahlt werden. Vereinbart ist, daß die Bundesrepublik 5 Frequenzen für Rundfunksendungen hat. Im nächsten Jahr wird in deutsch-französischer Gemeinschaftsarbeit ein Fernsehsatellit in den Weltraum geschossen, der von dort ein Probefernsehprogramm senden soll. Für den Empfang sind spezielle Antennen und Empfangseinrichtungen nötig, die nach bisheriger Schätzung mehr als 3000 DM kosten werden.

Glotze total? – Nein danke!

Der Umgang mit den „Neuen Medien“

Von Gerd Heinemann

Laut einer Umfrage in Ludwigshafen wünschen sich 66% der Bürger mehr Fernsehprogramme, Satelliten- oder Kabelfernsehprogramm und Bildschirmtext. Detlef Hensche, Reisender des IG Druck-Vorstandes in Sachen „Neue Medien“, brachte unlängst seine Botschaft an den Mann: Kabelfernseh-Pilotprojekte wie in Ludwigshafen „sind so überflüssig wie ein Kropf“. Im folgenden Aufsatz soll bewußt eine Konzentration auf die Fernsehprogramme erfolgen.

Gibt es zuviel oder zuwenig Fernsehprogramme? Für Helmut Schmidt ist die Sache klar – zuviel! Er plädiert für einen fernsehfreien Tag in der Woche – er schaut nach eigenem Eingeständnis ohnehin nur die späten Nachrichtensendungen an. Die CDU ist für mehr Fernseh-Angebot.

Nach den jüngsten Untersuchungen hat sich der tägliche Fernsehkonsum wie folgt entwickelt:

Durchschnittliche Sehdauer der Erwachsenen (über 14 Jahre) in Minuten	
1964	64
1970	101
1974	114
1979	122
1980	119
1981	115

Diese Zahlen gelten nur für das Nachmittags- und Abendprogramm. Für das Vormittagsprogramm, das in der Zwischenzeit eingeführt wurde, müßten nochmals 4 Minuten hinzugezählt werden. Dies aber ist nur eine scheinbare Verlängerung des Fernsehkonsums des einzelnen, weil die Schichtarbeiter vorher zwangsweise vom Fernsehprogramm ausgeschlossen waren.

Selbst wenn man dies mit einbezieht, ergibt sich ein stabiler Zeitteil, den der Bundesbürger vor dem Fernsehschirm verbringt. Er ist gering gegenüber den „Vielseher-Nationen“ wie Italien, Belgien und den USA, die täglich doppelt soviel fernsehen wie die Westdeutschen. In Italien hat sich nach Freigabe der Sendemöglichkeiten die tägliche Fernsehzeit von 3 Stunden 40 Minuten auf 4 Stunden und 8 Minuten verlängert.

Die Frage ist also weniger, ob eine Erweiterung der Sendezeiten notwendig ist, sondern eher, ob ein weiteres – und zwar *anderes* – Fernsehprogramm notwendig ist. Es gibt eine Reihe von Indizien, die scheinbar für eine Ausweitung des Programmangebots sprechen.

Seit 3 Jahren hat sich auf dem Videorecorder- und Videocassetten-Markt eine rasante Entwicklung ergeben. 1980 waren rund 4% aller Haushalte mit einem Videorecorder ausgestattet.

Anzahl der verkauften Videorecorder	
1981	750000
1982*	1100000
1983*	1500000

* geschätzt

1990, so wird gerechnet, werden 50% aller Haushalte mit Videorecordern ausgestattet sein.

Noch stärker expandierte der Einsatz der Videocassetten. Rechnete man 1980 mit 4 Mio. verkauften Leercassetten, so stieg diese Zahl 1981 auf 7,5 Mio. und wird 1982 bereits 21 Mio. erreichen.

„Von einer größeren Öffentlichkeit unbemerkt hat sich in der Bundesrepublik das so umstrittene, verteufelte und verteidigte ‚private‘ Fernsehen längst etabliert. Nicht wie in den USA oder Italien über Kabel und Ätherwellen, sondern mit Videocassetten, Kameras und Computer“, so beschreibt eine Fachzeitung diese Entwicklung. So unbemerkt ist sie ja nicht mehr, fast jeder Elektroladen hat sich ja inzwischen zum „Videoshop“ gemausert. 1981 wurden mehr als 1 Mio. bespielte Videocassetten registriert, und die Dunkelziffer ist erheblich – bis zu 30% gehen hier die Schätzungen. Pro Videocassette rechnet man durchschnittlich drei Verleihvorgänge.

Mehr Unterhaltung oder mehr Information?

Aber was für ein „Programm“ wird auf diesem „privaten Fernsehen“ gemacht? Ein Drittel des Markts macht der Porno aller Schattierungen aus. – Allerdings ist auch das Bildungsangebot breiter als im amtlichen Fernsehen, rd. 1/6 aller Cassetten sind es. Den größten Bereich macht der Unterhaltungsbereich mit diversen Spielfilmen aus. Neben dem Wunsch, eine bestimmte interessante Sendung jederzeit spielbar zu haben, drückt sich in dieser Entwicklung schon eine indirekte Kritik am bestehenden Fernsehprogramm aus.

Bei der Frage: „Wollen die Bürger mehr Fernsehen oder ein anderes Fernsehprogramm?“ muß man also auf Befragungen der Zuschauer eingehen.

Meinungen, Aktionsprogramm

Christian Schwarz-Schilling, Medienexperte der CDU, auf der

tet sich die Frage, wie denn ein Höchstmaß an publizistischer Unab-

noch zu kurz kommt, da diese mehr und mehr zu Ersatzunterhaltungsprogrammen umfunktioniert worden sind, um besonders in den Abendstunden mehr Programmvielfalt zu bieten. Hier wäre es gut, wenn reine Bildungsprogramme, insbesondere auch für die Er-

Meinungen, Aktionsprogramm

Christian Schwarz-Schilling, Medienexperte der CDU, auf der Medientagung der CDU 1978

Privatrundfunk wird nach unserem Willen in der Bundesrepublik auch nicht als elektronischer Manchester-Kapitalismus, sondern im Rahmen eines vernünftigen Lizensierungssystems – analog dem britischen Beispiel – veranstaltet und an Programmregulative gebunden werden. Auch dies, meine Damen und Herren, möchte ich hier doch einmal sehr deutlich darstellen, es ist einfach nicht wahr, daß es nur die Alternative gibt: öffentlich-rechtliches Monopol Bundesrepublik Deutschland – Rundfunkchaos und Anarchie Italien –, nun wählt bitte. (...)

Wir können auch dem Argument nicht folgen, die mit Privatisierung (ich vermeide das von der SPD so gerne benutzte Wort Kommerzialisierung, meine Damen und Herren, weil wir kommerziellen Rundfunk ja längst haben: das bestehende System ist öffentlich-rechtlich, was das Monopol angeht, und kommerziell, was die Werbeeinnahmen angeht) verbundene Programmvervielfachung sei gesellschaftspolitisch nicht wünschenswert. Sie führe zu einem Programmangebot auf dem niedrigsten gemeinsamen Nenner des Publikumsgeschmacks. Die Meinungen der Publikumsmehrheit als – wie in diesem Zusammenhang geschehen, und das halte ich für ein sehr böses Wort – „moralischen Terrorismus“ zu qualifizieren, ist eine Position, die mit Demokratie nichts und mit Arroganz alles zu tun hat. (...)

Ich komme jetzt zum Schluß auf die Neuen Medien.

Die Entwicklung der Medientechnologie stellt auch für die Presse eine ungeheure Herausforderung dar. Denn seit sich die Rechtfertigung des Sendemonopols der Rundfunkanstalten mit der Knappheit der Sendefrequenzen nicht mehr aufrechterhalten läßt, richtet sich die Frage, wie denn ein Höchstmaß an publizistischer Unabhängigkeit und Vielfalt erreicht werden kann, immer drängender auch an die Vertreter der Presse. Das Verfassungsgericht sieht das Kennzeichen der Presse darin, daß sie durch eine relativ große Zahl nach Tendenz, politischer Färbung oder weltanschaulicher Grundhaltung verschiedenen, miteinander kokurrierenden Erzeugnissen geprägt sei. In dem Maße, in dem eine vergleichbare Vielfalt sendetechnisch möglich wird, verlangt diese Aussage auch bei der institutionellen Ausgestaltung der Rundfunkfreiheit Beachtung.

Die Presse hat somit ein legitimes Interesse an einem freien Zugang zum Bereich der elektronischen Medien. Aufgabe der Unternehmer ist es, die damit verbundene ordnungspolitische und publizistische Herausforderung anzunehmen. Wir sind davon überzeugt, daß die Vielfalt von Information, Meinung und Unterhaltung im Bereich der Neuen Medien am besten durch das marktwirtschaftliche Kräftespiel garantiert werden kann.

G. Stephan, DGB, auf der medienpolitischen Konferenz des DGB, 18./19.4.1978

Beginnen sollten wir beim Kabelfernsehen und seinen neuen zusätzlichen Sendekanälen zunächst einmal damit, alle die Programmangebote für den einzelnen Zuschauer nutzbar zu machen, auf die er bisher aus sendetechnischen oder geographischen Gründen verzichten mußte. Ich denke hierbei an die abendlichen Regionalprogramme der einzelnen Bundesländer sowie an die Programme unserer Nachbarländer wie Österreich, Schweiz und Holland – sie sollten für einen bundesweiten Empfang vorgesehen werden.

Große Chancen liegen voraussichtlich im Bildungsbereich, der bisher in unseren dritten Programmen immer noch zu kurz kommt, da diese mehr und mehr zu Ersatzunterhaltungsprogrammen umfunktioniert worden sind, um besonders in den Abendstunden mehr Programmvielfalt zu bieten. Hier wäre es gut, wenn reine Bildungsprogramme, insbesondere auch für die Erwachsenen-Aus- und -Weiterbildung, eingerichtet würden.

(...) Überzogene Erwartungen werden von den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen an lokale Kabelfernseh-Programme gestellt, die sehr ortsbezogen informieren und Vertreter aller Bevölkerungsschichten in die Programmgestaltung einbeziehen sollen.

Hier haben Erfahrungen aus Holland, England und Japan gezeigt, daß sich diese Erwartungen nicht erfüllt haben. Speziell die holländischen Experimente, vollständig durch das Kultusministerium aus dem Reservefonds für Regionalfunk finanziert, wurden sang- und klanglos beendet, nachdem sie bereits vor drei Jahren ziemlich euphorisch gestartet worden waren. Am positivsten, lassen Sie mich das sagen, waren die Erfahrungen dort, wo Programme nicht nur verteilt wurden, sondern die Bevölkerung weitgehend in die Planung, Produktion und vor allem in die Diskussion einbezogen war.

Überwiegend läßt sich feststellen, daß das Interesse der Bevölkerung nach der Anlaufphase ziemlich rasch abnahm, zumal das lokale Programm in der Qualität der Konkurrenz der anderen Programme nicht standhalten konnte. Auch die Finanzierung der Lokalprogramme durch die Gemeinden selbst nach Ablauf der staatlichen Unterstützungsmaßnahmen und Abschluß der Experimente schlug fehl, d.h. es gab keine Bereitschaft dafür. Wir sollten, so meine ich, aus diesen Erfahrungen lernen und nicht Fehler, die woanders schon einmal gemacht und vielleicht teuer bezahlt worden sind, unbedingt nachvollziehen wollen. Interessant ist m.E. die Tatsache zu werten, daß unsere holländischen Nachbarn die Experimente mit lokalem, nicht kabelgebundenem Radio recht optimistisch einschätzen.

Nach einer Meinungsumfrage „begrüßten“ 46% weitere Fernsehprogramme, 17% „lehnten das ab“, während es 35% „egal“ wäre. Auf die Frage: „Wenn es weitere Fernsehprogramme gibt, was sollten die Programme senden?“ antworteten auf eine Emnid-Umfrage:

Mehr Unterhaltung	52%
Mehr Information	19%
ähnlich wie bisher	27%
keine Angabe	2%

Damit scheinen die recht zu haben, die von einer Erweiterung des Fernsehangebots eine noch weitere Abwanderung zu den Unterhaltungssendungen befürchten und deshalb – aus einem gewissen volkserzieherischen Grund – gegen mehr Fernsehprogramme sind.

Diese Zahlen erklären zwar den Video-Boom ein wenig, nicht jedoch die Tatsache, daß die Sehbeteiligung der „klassischen Samstag- und Donnerstagabend-Unterhaltung“ abgenommen hat. (Samstag abend hatten 1979 24% die ARD-Unterhaltung eingeschaltet, 1981 waren es nur noch 20%, beim ZDF war der Rückgang entsprechend.) Andererseits hat die späte Nachrichtensendung „Heute-Journal“ bei insgesamt schwächerer Sehbeteiligung am Abend die Einschaltquote gehalten, „Tagesthemen“ sogar noch erweitert. Ebenfalls mehr Zuschauer hatten die Nachrichtenmagazine.

Welche Wertschätzung die Zuschauer gegenüber dem Fernsehen haben, zeigt eine weitere Befragung. Es wurde gefragt, was am stärksten *vermißt* würde. Die Zahl derer, die aktuelle politische Information vermißt, hat sich von 50% 1970 über 55% 1974 auf 61% gesteigert. Umgekehrt hat sich das Verhältnis bei der Unterhaltung entwickelt: 30% vermißten 1970 Unterhaltung, 28% 1974 und nur 23% im Jahre 1980.

Es wird also aktuelle politische Information im Fernsehen vermißt, andererseits haben die aktuellen politischen Informationssendungen eine vergleichsweise niedrige Einschaltquote. Der Schluß liegt also nahe, daß die bestehenden politischen Informationssendungen, so wie sie sind, das Bedürfnis nicht erfüllen.

Überraschend ist, daß regionale/lokale Informationen praktisch überhaupt nicht im Fernsehen vermißt werden. Sind diese Regionalsendungen so befriedigend? Vermutlich sind sie so schrecklich, daß sie sich schon lange niemand mehr anschaut und so kein Bedürfnis daran besteht. Nur 1% der Zuschauer vermißt solche Informationen.

Die Bewegung der „Vidioten“

Gleichzeitig, aber fast vollständig getrennt, entwickelt sich eine Bewegung, von der IG Druck geringschätzig als „Vidioten“ bezeichnet, die mit Videokamera und -aufzeichnungsgerät Ereignisse – meist auf der lokalen Ebene – aufzeichnet. Im rotierenden Verfahren werden die bespielten Cassetten auf Abspielstellen im Ort abgespielt. Obgleich wie nach einem warmen Regen diese Gruppen allerorten sprießen, stoßen sie an recht enge Grenzen. Einerseits ist der Kreis derer, die sie mit ihren „Sendungen“ erreichen, klein: oft ein kleines Kneipenpublikum, manche Alternativkinos öffnen sich ihnen. Andererseits grenzen die immer noch beachtlichen Kosten für die Ausrüstung den Kreis der „Macher“ ein. Die enge Verbindung zwischen Machern und Konsumenten, die vielfach auch Akteure vor der Kamera sind, ist nützlich für Kontrolle der Videofilmer und Korrektur ihrer Arbeit.

Beides müßte nicht verloren gehen, wenn ihnen die technischen Einrichtungen wie Kameras zur Verfügung gestellt würden und sie die Möglichkeit hätten, ihre Videocassetten über lokale Sender abzuspielen. Wo Kabelfernsehanlagen bestehen, sollte die Möglichkeit bestehen, über diese Anlage die selbstproduzierten Cassetten abzuspielen.

In den USA und Kanada sind solche „offenen“ Kanäle schon verbreitet. Allein in New York gibt es 4 Kanäle, die unterschiedliche thematische Schwerpunkte haben. Auf einem sind Amateur-Shows oder Live-Diskussionsrunden, auf einem anderen Einzelbeiträge zu sehen, und auf zwei anderen Kanälen haben Gruppen das Recht, in den Äther bzw. das Kabel zu gehen. In anderen Städten ist den offenen Kanälen noch mehr Raum eingeräumt.

In Europa ist das alles etwas anders. Während in den Niederlanden sich technisch versierte Fernsehmacher durch gezielte Abstrahlung ihrer Fernseh-Schwarzsender „Einlaß“ in Kabelfernsehanlagen verschaffen, wird die Einrichtung offener Kanäle hier in Westdeutschland von zwei Seiten bekämpft. Von Verteidigern der bisherigen Fernsehprogramme heißt es, dieser Kanal diene vorwiegend „amateurhaften und medienungerechten Auftritten von Mitteilungsbedürftigen“, so der Professor Kleinsteuber. Das Bürgerfernsehen habe „Alibi-Funktion“, mit der das private Kabelfernsehen durchgesetzt werden solle.

Staatliche Stellen sehen vor allem Probleme da, wo sie keinen Einfluß auf die inhaltliche Gestaltung der Programme nehmen können. So heißt es in einem Bericht der baden-württembergischen Expertenkommission „Neue Medien“: „Für einen Offenen Kanal wird zu überlegen sein, ob nicht zum Teil Sonderregelungen geschaffen werden müßten, um

– einerseits die Spontaneität der Meinungsäußerungen zu erhalten
– andererseits wichtige Rechtsgüter wie die Ehre anderer und die ungestörte Persönlichkeitsentwicklung Jugendlicher nicht ohne Schutz zu lassen.

Rechtliche Bedenken hatte die Kommission dagegen, einen Rückkanal über seine essentiellen Funktionen wie Aufrufdienste und Dialogdienste hinaus etwa für Zwecke plebiszitärer Meinungs- und Willensbildung einzusetzen.“

Gerade die Attraktivität der bisherigen Initiativen ergab sich aus weitgehender Abwesenheit von Zensur durch staatliche Stellen.

Schlußfolgerungen

Meines Erachtens gibt es ein Bedürfnis nach zusätzlichen Telekommunikationsmöglichkeiten. Ein solches Fernsehprogramm sollte auf der lokalen Ebene angesiedelt werden. Bei ländlichen Gebieten wäre der Kreis eine solche Ebene. Der Träger der Produktionseinrichtungen sollte die Gemeinde sein. Der Träger der Sendeeinrichtungen oder der Kabelnetze die Deutsche Bundespost. Neben lokalen Nachrichten sollte der größte Teil der Sendezeit für Beiträge von Gruppen und Einzelpersonen frei sein. Sollte Werbung zur Finanzierung notwendig sein, scheint mir dies kein prinzipielles Hindernis zu sein.

Aktionsprogramm der SPD zu den neuen Techniken im Medienbereich
(Auszüge aus der Kurzfassung)

(...)

2. Die öffentlich-rechtliche Rundfunkordnung in unserem Land hat sich bewährt; bestehende Mängel können durch Reformen korrigiert

mehrung der Fernsehprogramme hindert uns daher nicht, für eine Förderung der technischen und geschäftlichen Kommunikation einzutreten. Für Industrie, Verwaltung, Bundespost, Banken, Versicherungen, Handel, Handwerk und den Dienstleistungsbereich liegen große Chancen in neuen Kommunikationsdiensten, in der Übertragung von Daten und Texten, im Ausbau von Dialog- und Abruf-

5. Die SPD ist weiterhin bereit, die Durchführung von Kabelpilotprojekten zu unterstützen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß kein Land während der Laufzeit der Projekte die gewachsene Rundfunkordnung der Bundesrepublik im Vorgriff verändern will.

6. Die SPD befürwortet die Planungen der Bundesregierung zur För-

Aktionsprogramm der SPD zu den neuen Techniken im Medienbereich
(Auszüge aus der Kurzfassung)

(...)

2. Die öffentlich-rechtliche Rundfunkordnung in unserem Land hat sich bewährt; bestehende Mängel können durch Reformen korrigiert werden. Es bedarf keiner Systemveränderung. Die SPD wendet sich daher strikt gegen eine Kommerzialisierung von Hörfunkt und Fernsehen. Kommerzieller Rundfunk spricht den Zuschauer notwendigerweise in erster Linie als Käufer und Konsumenten an und würde eine Spirale der Programmverflachung herbeiführen. Wo die SPD Verantwortung trägt, wird sie dafür sorgen, daß einer derartigen Entwicklung ein Riegel vorgeschoben wird.

3. Unser Widerstand gilt aber nicht nur der Kommerzialisierung von Funk und Fernsehen, wir sind darüber hinaus skeptisch gegenüber der Vermehrung der Zahl der Programme überhaupt. Wir halten eine solche Programmvermehrung nicht für vordringlich und werden die öffentliche Debatte aus diesem Grunde um den Grundsatz führen, ob alles, was technisch möglich ist, in diesem Bereich auch gemacht werden muß und noch dazu teuer bezahlt werden soll. Dabei spielen wir uns nicht als Vormund des Bürgers auf. Dieser hat im übrigen durch die immer mehr in Anspruch genommene Technik der Videokassetten und Bildplatten zunehmend die Möglichkeit zu individueller Programmauswahl.

4. Wir sind für kommunikationstechnische Innovationen dort, wo sie Arbeitsplätze langfristig sichern, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verbessern und das Leben am Arbeitsplatz erleichtern. Unsere Skepsis gegenüber einer Vermehrung der Fernsehprogramme hindert uns daher nicht, für eine Förderung der technischen und geschäftlichen Kommunikation einzutreten. Für Industrie, Verwaltung, Bundespost, Banken, Versicherungen, Handel, Handwerk und den Dienstleistungsbereich liegen große Chancen in neuen Kommunikationsdiensten, in der Übertragung von Daten und Texten, im Ausbau von Dialog- und Abrufdiensten, in Konferenzschaltungen und schnellem Fernkopieren. Die SPD tritt für die schrittweise Modernisierung des Telefonnetzes der Bundespost und seine Erweiterung hin zu einem integrierten Netz auf Glasfaserbasis ein. Demgemäß fordert die SPD, daß einer Netzausbaustrategie gefolgt wird, die den Ausbau eines integrierten Breitbandnetzes möglich macht, das den für Wirtschaft und Verwaltung wichtigen modernen Kommunikationsdiensten Vorrang einräumt. Dieses ist *auch* geeignet für Hörfunk- und Fernsehverteilung. Eine flächendeckende Verkabelung allein zur Programmverteilung aus öffentlichen Mitteln und in einer nicht mehr zukunftsträchtigen „Kupfertechnologie“ ohne Innovationsimpulse lehnt die SPD allerdings strikt ab.

Der Kampfbegriff vom „Verkabelungsstopp“ geht an der Wirklichkeit vorbei. Die vor einigen Jahren beabsichtigten Investitionen der Deutschen Bundespost für die Verkabelung von 11 Städten werden jetzt im gesamten Bundesgebiet für den Aufbau von Inselnetzen an den Stellen eingesetzt, wo dies zur Verbesserung des Empfangs erforderlich ist. Von einem „Investitionsstau“ kann keine Rede sein.

Wie bisher soll die Netzhoheit bei der Deutschen Bundespost bleiben. Dies gilt gerade auch für integrierte Breitbandnetze. Die Bundespost bleibt beim Ausbau der Netze und bei der Festsetzung der Gebühren den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und der gleichmäßigen Versorgung verpflichtet; dies schließt Privatinitiative bei der Verkabelung nicht aus.

5. Die SPD ist weiterhin bereit, die Durchführung von Kabelpilotprojekten zu unterstützen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß kein Land während der Laufzeit der Projekte die gewachsene Rundfunkordnung der Bundesrepublik im Vorgriff verändern will.

6. Die SPD befürwortet die Planungen der Bundesregierung zur Förderung eines Testsatelliten (präoperationeller Fernsehsatellit). Die staatliche Förderung dieses Test-Satelliten braucht jedoch nicht notwendigerweise einen Einsatz als Rundfunksatellit für die Bundesrepublik nach sich zu ziehen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt spricht sich die SPD u.a. haushaltspolitischen Gründen gegen die Nutzung von direktsendenden Rundfunksatelliten in der Bundesrepublik zur Programmverbreitung aus.

Für den Fall, daß zu einem späteren Zeitpunkt eine politische Entscheidung für den Betrieb eines deutschen Funk- und Fernsehsatelliten fallen sollte, sind Vorbereitungen der öffentlich-rechtlichen Anstalten für entsprechende Programme – beispielsweise ein Europa-Programm – sinnvoll. In der gegenwärtigen Situation greifen solche Planungen der tatsächlichen Entwicklung weit vor.

8. Die SPD beobachtet die Modellversuche mit Videotext und Bildschirmtext mit Aufmerksamkeit. Videotext ist Rundfunk. Bei Bildschirmtext liegt der medienpolitisch relevante Teil, nämlich der Abruf der für die Allgemeinheit bedeutsamen Informationen, zwischen Presse und Rundfunk. Nach Abschluß der laufenden Versuche soll endgültig über die Einführung und Zuordnung entschieden werden. Der Teil des Bildschirmtextes, der Informationen ohne publizistische Inhalte insbesondere von Teilnehmer zu Teilnehmer vermittelt, ist reiner Fernmeldedienst und unterliegt somit keinen medienpolitischen Restriktionen.

BIGFON. Breitbandiges Integriertes Glasfaser-Fernmeldeortsnetz



1984 werden in 6 Städten Versuchsanlagen errichtet. Innerhalb dieser Anlagen soll die Möglichkeit des Fernsprechens, des Bildfernsprechens, des Fernsehens, Bildschirmtext, Telefax, Datenübertragung, Telex (Fernschreiber) und Teletex und Stereo-Empfang bestehen.

Teletex, Datex



Zur schnellen Übertragung von Korrespondenzen (Teletex) und Daten (Datex).



Zur schnellen Übertragung von Korrespondenzen (Teletex) und Daten (Datex).

Kabelfernseh-Pilotprojekte

In vier Städten (München, Berlin, Dortmund und Mannheim-Ludwigshafen) sollen Kabelfernsehanlagen gebaut und erprobt werden, die daneben noch einen „Rückkanal“ vom Teilnehmer zurück zur Zentrale haben. Erforscht werden soll nach verschiedenen technischen und betrieblichen Modellen der Bedarf an weiteren Medien-Diensten und deren künftigen Finanzierung. In Dortmund wird folgendes angeboten:

- 5 verschiedene reguläre Fernsehprogramme (WDR I, WDR III, ZDF, NDR I, NDR III)
- 10 Hörfunkprogramme in Stereoqualität
- 5 Hörfunkprogramme in Monoqualität
- 1 WDR-Lokalprogramm Dortmund
- 1 WDR-offener Kanal (Hier kann jeder Dortmunder Bürger ein eigenes Programm gestalten)
- 1 ZDF-Musikprogramm (Hier will das ZDF laufend klassische und Unterhaltungsmusikfernsehprogramme bringen)
- 1 Kanal, den die Stadt Dortmund für technische Dienste nutzen will: Fernwirken, Fernmessen, Fernüberwachen etc.
- 1 Videotext
- 1 Abrufprogramm, das als Block oder als Individualprogramm exclusiv abgerufen werden kann (spezielle Informationen)
- 1 Kabeltext-Verteildienst (Hier werden spezielle Dortmunder Informationen verteilt. Man könnte eine Lokal-Fernsehzeitung darunter verstehen.)

Telefax

Fernkopieren, über Telefonleitungen können mittels Fernkopierer Text-Seiten, Grafiken, grobe Bilder etc. übertragen werden. Nach den bisherigen Normen dauert die Übertragung einer DIN A4-Seite 2 oder 3 Minuten. Bei breitbandigen Übertragungsleitungen, wie z.B. im BIGFON-Versuch, könnte diese Übertragungszeit auf wenige Sekunden verringert oder mit feinerer Auflösung die Qualität des Übertragenen verbessert werden.

Videotext

Dient zur Übertragung von Texten und Grafiken. Sie können ähnlich wie beim Bildschirmtext durch Eingabe von Kennziffern an der Fernsehgerätbedienung aus einer Informationsbank ausgewählt werden. Es ist kein Anschluß an das Telefonnetz notwendig, die Daten werden durch einen technischen Kunstgriff während des laufenden Fernsehprogramms unmerkbar übertragen. Ein Versuchsprogramm läuft in der gesamten Bundesrepublik seit August 1980.

Die Ästhetisierung der Barbarei

Beispiele vom Zusammenhang von Kunst, Technik und Soldatentum in faschistischer und sowjetischer Sicht

Von Bernd Wagner

Zwei Zitate: „Beim Scheine einer Leuchtkugel sah ich Stahlhelm an Stahlhelm, Seitengewehr an Seitengewehr blinken und wurde von dem stolzen Gefühl erfüllt, einer Handvoll Männer zu gebieten, die vielleicht zermalmt, aber nicht besiegt werden konnten. In solchen Augenblicken triumphiert der menschliche Geist über die gewaltigsten Äußerungen der Materie, der gebrechliche Körper stellt sich, vom Willen gestählt, dem furchtbarsten Gewitter entgegen … Auch das Gefecht des Weltkrieges hat seine großen Augenblicke gehabt. Das weiß jeder, der sie in ihrem Reich gesehen hat, die Fürsten des Grabens mit den harten, entschlossenen Gesichtern, tollkühn, so sehnig, geschmeidig vor- und zurückspringend, mit scharfen, blutdürstigen Augen, Helden, die kein Bericht nennt."

„Die militärische Tätigkeit der sowjetischen Streitkräfte ist ein Feld für heroische Taten, und zwar im Frieden wie im Krieg. In dem Heroismus der Soldaten zeigt sich die geistige Schönheit des Sowjetmenschen … militärische Tätigkeit (ist) nicht nur eine Schule kämpferischer Meisterschaft, sondern auch der geistigen und physischen Stählung, der Diszipliniertheit und Organisiertheit des Menschen. Und wenn der Dienst mit Begeisterung geleistet wird, wenn sich dabei die schöpferischen Möglichkeiten der Soldaten sowie die organisierende und leitende Rolle des Kommandeurs äußern, so bereitet dieser auch ästhetischen Genuß."

Das erste Zitat stammt aus dem Roman „In Stahlgewittern" von Ernst Jünger aus dem Jahr 1920. Das zweite Zitat steht in dem Lehrbuch der sowjetischen Armee und der Volksarmee der DDR „Die marxistisch-leninistische Ästhetik und die Erziehung der Soldaten". Verfasser des Buches sind die sowjetischen Offiziere und Philosophieprofessoren Generalmajor Prof. Dr. phil. A.S. Milowidow und Oberst Prof. Dr. phil. B.W. Safronow. Seit 1979 liegt es in Deutsch beim Militärverlag in Berlin (Ost) vor. (1)

Mit seinem Roman „In Stahlgewittern" steht E. Jünger am Beginn einer kriegsverherrlichenden Literatur, die ihre Wirkung aus einer Ästhetisierung des Krieges und der Verherrlichung eines neuen Heldentums in den Stahlgewittern und Materialschlachten dieses modernen technisierten Krieges gewinnt. Der Krieg ist hier ein technisches und heldenhaftes Erlebnis, in dem Mannestugenden wie Mut, Härte, Opferbereitschaft, Kameradschaft noch ihren gebührenden Platz haben und den Krieger formen. „In Stahlgewittern" hatte bis 1929 eine Auflage von 45000 Exemplaren, zur Zeit des Faschismus stieg die verkaufte Auflage auf über 100000. In der Bundesrepu-
auf über 100000. In der Bundesrepu-
blik gibt es seit einigen Jahren wieder eine Neuauflage. Und Ernst Jünger soll Ende August dieses Jahres von der Stadt Frankfurt den Goethepreis verliehen bekommen.

Ernst Jüngers literarische Darstellung des Krieges war gerade in ihrer Ästhetisierung des kriegerischen Erlebnisses Vorbild für eine ganze Richtung von Kriegsliteratur. Gepriesen und nachgeahmt wurde sein Versuch einer Sinngebung des Krieges vor allem von Schriftstellern konservativer, rechter und faschistischer Provenienz. Er fand aber auch lobende Worte bei einem Teil der Liberalen und Linken. (2)

Ästhetik ist die Lehre vom Kunstschönen. Das Kunstschöne soll nach der klassischen Ästhetik vor allem über die Erbauung am Schönen der Bildung des menschlichen Charakters und seiner Gemütskraft dienen. Schöne Kunst „gefällt ohne alles Interesse", „ist eine Vorstellungsart, die für sich selbst zweckmäßig ist". (Kant)

Ästhetisierung des Krieges meint, daß die Triebkräfte des Krieges und das Grauen und Elend des Krieges, die die Frage nach dem Sinn dieses Krieges hervorrufen, verdeckt werden durch den Selbstwert des Krieges, die Kameradschaft, das Sich-Bewähren-Können, den Mannesmut, und der dieser Tugenden eigenen „Schönheit" gepaart mit der Faszination über die technische Vollkommenheit menschlicher Produktivkraft im modernen Krieg. L'art pour l'art, Kunst um der Kunst willen, diese These spätbürgerlicher Kunsttheorie wird durch die Ästhetisierung des Krieges auf den Krieg übertragen – Krieg um des Kriegs willen, die Sinngebung des Krieges in sich selbst und seinen eigenen Werten und in dem Erlebnis einer faszinierenden Technik, die erst im Krieg ihren erreichten Standard richtig unter Beweis stellen kann. Eine grausame Vision angesichts des zigfachen atomaren Overkills, eines drohenden Krieges, der in Minutenfrist die Menschheit ausrotten und die Erde unbewohnbar machen kann.

Wie der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, so ist seine ideologische Verbrämung durch die Ästhetisierung des Krieges nur der zugespitzte Ausdruck der Ästhetisierung der Politik, die im Faschismus ihren bisherigen Höhepunkt erreicht hat. Das Ablenken von den Inhalten und Hintergründen der Wirklichkeit zur Konservierung der bestehenden Verhältnisse durch formalisierende und ästhetisierende Darstellung wird zu einem wesentlichen Bestandteil herrschender Ideologie. Militärische Massenaufmärsche, prachtvolle Herrschaftsarchitektur, politische Kundgebungen als künstlerische Inszenierungen sind Ausdrücke einer Ästhetisierung der Politik, die ihr Pendant in der Politisierung der Ästhetik hat.

Walter Benjamin beschrieb diesen Zusammenhang 1936: „Massen haben ein Recht auf Veränderung der Eigentumsverhältnisse; der Faschismus
tumsverhältnisse; der Faschismus
sucht ihnen einen Ausdruck in deren Konservierung zu geben. Der Faschismus läuft folgerecht auf eine Ästhetisierung des politischen Lebens hinaus. Der Vergewaltigung der Massen, die er im Kult eines Führers zu Boden zwingt, entspricht die Vergewaltigung einer Apparatur, die er der Herstellung von Kultwerten dienstbar macht. Alle Bemühungen um die Ästhetisierung der Politik gipfeln in einem Punkt. Dieser eine Punkt ist der Krieg. Der Krieg, und nur der Krieg, macht es möglich, Massenbewegungen größten Maßstabs unter Wahrung der überkommenen Eigentumsverhältnisse ein Ziel zu geben. So formuliert sich der Tatbestand von der Politik her. Von der Technik her formuliert er sich folgendermaßen: Nur der Krieg macht es möglich, die sämtlichen technischen Mittel der Gegenwart unter Wahrung der Eigentumsverhältnisse zu mobilisieren." (3)

Was bei Ernst Jünger erst in Ansätzen vorhanden ist, kommt unter dem Faschismus voll zur Entfaltung. Es werden nicht mehr nur das „Naturschauspiel" des Krieges und die Faszination und Präzision der technischen Errungenschaften beschrieben und der Krieg als Naturkonstante und entscheidendes Erziehungselement des Menschen und des Volkes behandelt, sondern die Ästhetisierung wird zum politischen und künstlerischen Konzept erhoben. Ein Manifest von Emilio Marinetti, einem der bekanntesten Künstler des italienischen Faschismus, über den Kolonialkrieg der italienischen Faschisten in Äthiopien bringt diese „Weiterentwicklung" zum Ausdruck: „Seit siebenundzwanzig Jahren erheben wir Futuristen uns dagegen, daß der Krieg als antiästhetisch bezeichnet wird …



Ein afghanisches Dorf nach sowjetischem Raketenbeschuß, 1980 – „Tiefe Freude erleben die Raketensoldaten, wenn sie die Ergebnisse ihrer kollektiven Arbeit sehen. All die schwere, komplizierte und gewissenhafte Vorbereitungsarbeit ist getan. Der Start freigegeben. Ein Feuerstrahl steigt in den Himmel. Die Bedienung wartet fast regungslos und gespannt. Heißt es: Ziel vernichtet, so fallen sich die Soldaten vor Freude in die Arme." Milowidow/Safronow „Die marxistisch-leninistische Ästhetik und die Erziehung der Soldaten", Berlin (Ost) 1979

leninistische Ästhetik und die Erziehung der Soldaten", Berlin (Ost) 1979

Demgemäß stellen wir fest: … Der Krieg ist schön, weil er dank der Gasmasken, der schreckenerregenden Megaphone, der Flammenwerfer und der kleinen Tanks die Herrschaft des Menschen über die unterjochte Maschine begründet. Der Krieg ist schön, weil er die erträumte Metallisierung des menschlichen Körpers inauguriert. Der Krieg ist schön, weil er eine blühende Wiese um die feurigen Orchideen der Mitrailleusen bereichert. Der Krieg ist schön, weil er das Gewehrfeuer, die Kanonaden, die Feuerpausen, die Parfüms und Verwesungsgerüche zu einer Symphonie vereinigt. Der Krieg ist schön, weil er neue Architekturen, wie die der großen Tanks, der geometrischen Fliegergeschwader, der Rauchspiralen aus brennenden Dörfern und vieles andere schafft … Dichter und Künstler des Futurismus … erinnert euch dieser Grundsätze einer Ästhetik des Krieges, damit euer Ringen um eine neue Poesie und eine neue Plastik … von ihnen erleuchtet werde!" (4)

Man müßte meinen, daß die Grausamkeiten zweier Weltkriege, die Brutalität der mit technisch hochentwickelten Waffen geführten Kriege, etwa in Indochina und Mittelamerika oder in Afghanistan und Eritrea und der drohende atomare dritte Weltkrieg einer weiteren Ästhetisierung des Krieges ein für allemal den Riegel vorgeschoben haben. Allein schon die Verleihung des Goethepreises an den Protagonisten dieser Ästhetisierung im August 1982 straft diese Hoffnung Lüge. Indizien, die wie die Preisverleihung auf das Gegenteil hinweisen, gibt es bei uns viele. Erinnert sei nur an Karl Heinz Bohrers Kriegshymnen im Feuilleton der FAZ für die britische Kriegsflotte im Malwinenkrieg, oder simpler die Kriegsspielzeuge, die Kriegsspielautomaten, die Waffenschaus und Werbefilme der Bundeswehr. Kriegsgewöhnung und Kriegsvorbereitung eben nicht nur mit politischer Ideologie, sondern durch die Militarisierung des Alltags und der Köpfe über die Propagierung der ästhetischtechnischen Vollkommenheit der modernen Waffensysteme und der psychologischen Faktoren von Mannesmut und Kameradschaft.

Was sich bei uns erst wieder, teilweise in „schüchternen" Ansätzen und gegen massenhaften Widerstand durchsetzen muß, ist im Herrschaftsbereich der Sowjetunion bereits zur massiven ideologischen Kriegsgewöhnung und Kriegsvorbereitung gediehen. Die Militarisierung der Gesellschaft und des Alltags, etwa durch Wehrkundeunterricht in den Schulen und „Wehrertüchtigung" bei Kindern, ist erheblich weitergetrieben. Diese ideologische, politische und körperliche Vorbereitung auf militärische Aggression hat, wie etwa an der Friedensbewegung in der DDR ersichtlich, nicht in gewünschtem Umfang die angestrebten Resultate gezeigt. In der Sowjetunion und der DDR hat man sich jetzt anscheinend Ernst Jünger und der faschistischen Kriegsherolde erinnert und den Blick auch auf die ästhetischen und psychologischen Aspekte des modernen Krieges gelenkt. Natürlich gilt dabei das, was die sowjetischen Ästheten schreiben immer nur für die Soldaten der Sowjetarmee und ihrer militärischen Verbündeten, da sie für ein „gerechtes" Ziel kämpfen. Diese Prämisse ist gesetzt und unterscheidet diese modernen Kriegsästheten von den faschistischen Autoren nur durch das umgekehrte Vorzeichen. Auch für diese war der Krieg nur auf der einen Seite ein ästhetisches Erlebnis. Die Untermenschen, die es zu bekämpfen galt, waren als Barbaren bar jeder ästhetischen Empfindsamkeit.

Das Lehrbuch „Die marxistisch-leninistische Ästhetik und die Erziehung der Soldaten" steht in der Tradition der Faszination und Propagierung libidinöser Beziehungen zur modernen Kriegstechnik, des Selbstwerts und Eigensinns kriegerischer Handlungen und des Kameradschaftserlebnisses und Mannesmuts des Soldatenlebens, wie sie in der rechten Kriegsliteratur geprägt wurden. Ein Kommentar erübrigt sich:

„Ästhetisches im Dienst tritt in Gestalt militärischer Symbole, Traditionen und Gewohnheiten sowie im Zeremoniell in Erscheinung, die nicht nur äußerlich eindrucksvoll und schön sind, sondern auch einen tiefen moralischen und ästhetischen Sinn haben." „Die Schnelligkeit, mit der sich eine Gefechtssituation verändert, und das Zusammentreffen zufälliger Umstände ähneln der ‚Millionen Varianten', die sich dem ‚geistigen Auge' des Künstlers auftun." „Ein kluger und geschickter Soldat ist in seiner Art ein Künstler, der fähig ist, nach den ‚Gesetzen der Schönheit' zu handeln." „Der Soldat wird in gewissem Sinne auch ästhetisch erregt, wenn ihm das Fahrzeug oder die Waffe gehorcht, wenn er mit kleinstem Zeit- und Kraftaufwand hohe Ergebnisse erzielt." „Der Anblick einer startbereiten Rakete bewirkt beim Soldaten ästhetische Gefühle und ein Anwachsen moralischer Kräfte." „Dank der moralischen Schönheit einer Handlung unter tragischen Umständen entfaltet sich jene kraftvolle emotionale Erregung und Anspannung, die man gewöhnlich als ‚Gefechtsrausch' bezeichnet." (5)

Das sind nicht Zitate von Jünger, Beumelburg oder Marinetti, sondern
Beumelburg oder Marinetti, sondern
aus dem Lehrbuch für die Sowjetarmee und die Nationale Volksarmee. An den Völkern Afghanistans, Eritreas oder Kampucheas wird diese Ästhetik der Barbarei gegenwärtig „geübt".

(1) Die Zitate aus diesem Buch sind dem Artikel von R.G. Wagner „Ästhetische Fragen des Nuklearkrieges – Rezension des Buches von Milowidow/Safronow" in der Zeitschrift „Befreiung" Nr. 24/25 entnommen.
(2) Vgl. zu E. Jünger und der Kriegsliteratur auch die Artikel im „Umbruch" Nr. 5/1982
(3) W. Benjamin: Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit, in: ders.: Lesezeichen, Leipzig 1970, S. 403
(4) zitiert nach Benjamin, a.a.O., S. 403 f.
(5) siehe Fußnote 1

Fernsehtip

Wer weiß schon, daß in Indien in den letzten Jahren die meisten Kinofilme der Welt gedreht werden. So hat sich eine Industrie in der Größenordnung Hollywoods herausgebildet – die reichlich Kommerz produziert. Aber in den letzten Jahren beginnt sich der alternative Film zu entwickeln. Darüber wird in der Sendung **„Bombays neue Sterne"** berichtet. *Sonntag, 8.8., 17.45 Uhr im ARD.* – Die amerikanische Serie „Roots" nach den Büchern von Alex Haley wird fortgesetzt. **„Roots – Die nächste Generation"** hat den Kampf der Schwarzen um die volle Gleichberechtigung zum Inhalt. Die 14 Folgen umfassen den Zeitraum der Sklavenbefreiung bis hin zur aktuellen Gegenwart. In Amerika galt die Fortsetzung als kompromißloser in der Kritik der US-Gesellschaft als die Anfangsserie, obwohl keineswegs mit „Weltstars" gespart wurde. *Montag, 9.8., 20.15 Uhr im ARD.* – Rainer Werner Fassbinders Spielfilm **„Angst essen Seele auf"** wird als erstes in einer Reihe von Filmen und Fernsehspielen des Regisseurs wiederholt. Fassbinders wohl optimistischster Film beschreibt die Geschichte der Liebe zwischen Putzfrau Emmi und dem marokkanischen Gastarbeiter Ali, die allen nur möglichen gesellschaftlichen Pressionen ausgesetzt ist. Im Grunde eine Variation von „Katzelmacher", hatte Fassbinder hier äußerst volkstümlich (im positiven Sinne) seinen Film gestaltet. Fassbinder: „Der Reiz des Films liegt wirklich darin, daß es gut geht zwischen den beiden, daß so eine Liebe überhaupt möglich ist. Die Erwartungshaltung des Zuschauers ist doch, so eine Geschichte kann nicht gut gehen. Die Partikel, aus denen der Film zusammengesetzt ist, finde ich eigentlich schon sehr realistisch. Ich weiß nur nicht, ob die Geschichte als Ganzes realistisch ist. Aber das ist mir auch egal gewesen, weil der Realismus doch immer beim Betrachter passiert. Das, was dann mit der Wirklichkeit zu tun hat, das kann doch nur im Kopf des Zuschauers passieren." *Montag, 9.8., 21.20 Uhr im ZDF.*